

GrKo21

Normalität als Experiment

Großer Konvent der Schader-Stiftung

Dokumentation der Jahrestagung am 29. Oktober 2021

Schader-Stiftung (Hrsg.)



Schader Stiftung

GrKo21

Normalität als Experiment

Großer Konvent der Schader-Stiftung

Dokumentation der Jahrestagung am 29. Oktober 2021

Schader-Stiftung (Hrsg.)



Schader Stiftung

Herausgeber

Schader-Stiftung
Goethestraße 2, 64285 Darmstadt
Telefon 0 61 51 / 17 59 - 0
Telefax 0 61 51 / 17 59 - 25
kontakt@schader-stiftung.de
www.schader-stiftung.de

Redaktion

Alexander Gemeinhardt (verantwortlich), Peter Lonitz,
Monika Seipp-Berghäuser, Alla Stoll, Anna-Lena Treitz

Texte

Michèle Bernhard, Alexander Gemeinhardt, Anselm Hager,
Christopher Hamich, Roger Häußling, Jens Hübertz,
Gisela Kubon-Gilke, Dorothea Kübler, Karen Lehmann,
Peter Lonitz, Kirsten Mensch, Luca Müller, Laura Pauli,
Caroline Y. Robertson-von Trotha, Nora Schierenbeck,
Roman Schmitz, Rolf Schnauffer, Philipp Schulz,
Tatiana Soto Bermudez, Luise Spieker, Ursula Stein,
Anna-Lena Treitz, Dennis Weis

Fotografie

Schader-Stiftung, privat, Christoph Rau, Darmstadt

Satz

Ph. Reinheimer GmbH, Darmstadt

Gestaltung und Herstellung

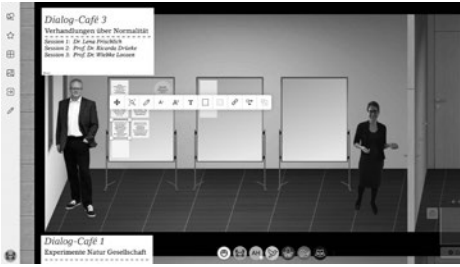
Ph. Reinheimer GmbH, Darmstadt

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-932736-56-8



Dezember 2021





*Für den Dialog zwischen
Gesellschaftswissenschaften
und Praxis*

#getvaccinated



Sonder-Sitzung

Inhaltsverzeichnis

1

7 Einleitung

2

13 Programm

3

21 Prolog

4

23 Keynotes

5

37 Dialog-Cafés

6

93 Biogramme der Teilnehmenden

7

121 Wahl zum Kleinen Konvent

Kein Vorwort

Der neunte Große Konvent der Schader-Stiftung hinterlässt bei uns als den Angehörigen der Stiftung zunächst ein Gefühl der Erleichterung. Wir konnten Gastgeberin eines gelungenen hybriden Konvents sein, neunzig Personen vor Ort und weitere sechzig in der Digitalen Dependence kamen in den Austausch, das frühzeitig aufgesetzte 2G-Infektionsschutzkonzept hat funktioniert, es gab keinen Impfdurchbruch, dafür viel Freude am Wiedersehen vor Ort, gerade in einem kleinen Zeitfenster der Möglichkeiten. Die Arbeit ist getan – und alle wohlauf. Ein wenig erinnern Konferenzberichte zurzeit an „Frontberichterstattung“. Ist das dieses „normal“, von dem nun so oft die Rede ist? Nein, nicht normal. Und deshalb soll das C-Wort nach dem Vorwort nicht mehr fallen und das Resümee des Konvents dreht sich nicht um das Virus und unser aller Kampf dagegen und auch nicht um dessen unmittelbare Folgen.

Jedenfalls nicht vorrangig. Denn jeder der vielfältigen Themenbereiche dieses Konvents ist mittelbar durchdrungen von den Erfahrungen der Pandemie. Das Monster zu benennen mag vor der Angst im Dunkeln schützen: Corona. Aber wir haben uns Themen zugewandt, die keinesfalls verschwinden oder nachrangig in der Wahrnehmung werden dürfen. Wir wollen damit den Weg frei machen, helfen für ein Denken und Leben in Freiheit und Gleichheit und Solidarität – doch dazu später mehr.

Ein Vorwort

Der neunte Große Konvent der Schader-Stiftung hinterlässt bei uns als den Angehörigen der Stiftung zunächst ein Gefühl der Dankbarkeit für die hohe Beteiligung unserer Partnerinnen und Partner. Die Konventsarbeit prägt diese Stiftung durch und durch, denn hier bündeln sich die Begegnungen und Erfahrungen. Die Kollegin lernt den Kooperationspartner eines Kollegen kennen, von dem sie nur aus der Teambesprechung und Berichten weiß. Da ist jener aus dem Podcast „In guter Gesellschaft“ und jene, die uns auf Instagram so oft liked. Menschen werden en passant miteinander bekannt, die sich unbedingt kennen sollten und über dieses Relais Schader-Stiftung zueinander finden.

Und auch die internen Ebenen treffen sich. Die prägenden kleinen Formate der Dialog-Cafés am Nachmittag wurden in Teams aus dem Kollegium und dem Kleinen Konvent als Wissenschaftlichem Beirat detailliert vorbereitet. Auch das Gespräch mit den Mitgliedern der Gremien findet ungezwungen außerhalb von Tagesordnungen statt, und es tut einem engagierten und kompetenten Team gut, wenn Senatsmitglieder und Stiftungsrät*innen sehen und erleben, wie gearbeitet wird – Gelegenheit zur Wertschätzung und konstruktiven Kritik. Es überrascht kaum, dass wir im Jahresverlauf immer wieder andere Einrichtungen und Stiftungen dazu beraten, wie eine solche Arbeit funktioniert und fruchtbar werden kann, wenn eine Stiftung für ihre Zielgruppe, bei uns also die Gesellschaftswissenschaftler*innen und deren Partner*innen aus der Praxis, da sein will.

Räume bereitstellen – auf dem Schader-Campus und in der Digitalen Dependence – und Kommunikation stiften, informierte Gespräche und Kontakte ermöglichen, das ist die Aufgabe der Schader-Stiftung in jährlich rund vierzig Kooperationsprojekten und mehreren langfristigen Drittmittelprojekten; derzeit „Systeminnovation für Nachhalti-

ge Entwicklung (s:ne)“, ein Projekt aus der Bund-Länder-Förderinitiative „Innovative Hochschule“ gemeinsam mit der Hochschule Darmstadt, und „Integrationspotenziale finden Stadt“ mit dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration. Das ist immer experimentell – und für uns ganz normal.

Normalität als Experiment – in concreto

Mit dem Konventsthema 2021 hat der Kleine Konvent im Herbst 2020 ein Thema ausgerufen, das die Schader-Stiftung intensiv durch dieses Jahr begleitet hat. Jenseits dieses prägenden Themas wurde an verschiedenen Stellen deutlich, wie die Dualität des Experimentellen und Normalen klärend und stilbildend wirken kann.

Die oben erwähnten Bezüge zu Nachhaltiger Entwicklung und zu Themenkomplexen von Vielfalt und Integration sind naheliegende Beispiele für den transformativen Impuls des Konventsthemas. Schon die Suche nach den relevanten Akteur*innen und die Identifikation von Akteursqualitäten fokussieren auf das vermeintlich Normale und auf die notwendigen experimentellen Perspektiven. Denn auch Innovation in der Nachhaltigen Entwicklung zielt auf Alltagstauglichkeit und die Anwendbarkeit in der gesellschaftlichen Breite. Das Symposium Transformative Forschung (tF-Symposium 2021) stand folgerichtig unter dem Titel „Vom Experiment in den Mainstream“.

Debatten zu Vielfalt sind durchdrungen von der schwelenden Frage nach der Normalität – und Normativität. Das hatte der Große Konvent 2020 „Das Erleben der Anderen“ intensiv untersucht und gerade auch das Othing, die normative Grenzziehung zwischen dem Eigenen und dem als fremd und andersartig Empfundene thematisiert. Aus dieser Erfahrung heraus konnten 2021 Projekte zur Vielfalt in internationalen Bezügen ebenso umgesetzt werden wie die Diskussion um das neue Normale in Städtebau und Quartiersentwicklung, aber auch die schriftstellerische Verarbeitung im Literarischen Salon „Ich, Du und die Anderen – ‚Fremde‘ Erfahrungen“.

Neben vielen anderen Kooperationsprojekten hat die Zusammenarbeit mit der Goethe-Universität Frankfurt und der Stiftung Wissenschaft und Demokratie in Kiel im Bereich der Sicherheitspolitik die „Normalität als Experiment“ in besonderem Licht gezeigt. In dieser längerfristigen Kooperation erlauben wir uns einen Blick auf sicherheitspolitische Fachfragen, mit den Augen von Laien. Wie bewerten Nicht-Fachleute die Perspektiven von Frieden und Sicherheit unter verschiedenen Informationsgraden und in unterschiedlichen Settings. Höhepunkt war und ist in 2021/22 ein sicherheitspolitisches Planspiel.

Für die Schader-Stiftung durchaus experimentell war die Eröffnung der Schader-Residence im Frühjahr 2021. Mit der Geographin Anna-Lisa Müller zog die „Fellow #01“ ein und hat drei Monate intensiv die Gelegenheit wahrgenommen, mit der Stiftung zu leben und diese zu bereichern. In Tischgesprächen mit Akteur*innen des lokalen Umfelds und Gästen verschiedener Fachrichtungen, in zwei Europäischen Hausparlamenten in Kooperation mit Pulse of Europe und bei weiteren Veranstaltungen, unter anderem mit der kooperierenden Bürgerstiftung Darmstadt, konnten wir wechselseitig erleben, wie erfrischend und belebend eine so wohlwollende Sicht von außen ist, die sich auf eine Aktivität von Innen einlässt. Normalität, die wir weiterführen werden, wir freuen uns auf die nächsten Fellows in 2022 und in Zukunft, die Haus Schader damit, neben den Veranstaltungsräumen, der Galerie und den Büros, eine weitere lebendige Funktion geben.

The Times They Are a-Changin‘

Die Schader-Stiftung bleibt lebendig und sich bei aller Kontinuität auch im Wandel treu. Aufgaben und Verantwortung werden auf Zeit übernommen und so bleibt es,

Menschen zu danken, die gehen, und andere herzlich willkommen zu heißen, die kommen. Das gilt im Kreis der Kolleg*innen ebenso wie in den Gremien.

Der Kleine Konvent kooptiert seit jeher eine Persönlichkeit aus der nächsten akademischen Generation, immer für zwei Jahre. So stand am Ende des Großen Konvents der Abschied von Philipp Schulz, Doktorand der Geographie an der Universität Heidelberg, der in den vergangenen zwei Jahren mit ganz außergewöhnlicher Kompetenz und Begeisterung die Stiftungsarbeit befördert hat. Ihm folgt die promovierte Politikwissenschaftlerin Marilena Geugjes. Sie ist an der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung tätig und hat bereits seit Jahren mit der Stiftung in Projekten zu Sicherheitspolitik und dem Kulturvergleich zwischen Deutschland und den Ländern des Nordens zusammengearbeitet. Wir freuen uns sehr auf den noch intensiveren Austausch.

Zu unserem (und ihrem) größten Bedauern musste in diesem Jahr, in dem sie in die Europäische Akademie der Wissenschaften und Künste gewählt wurde, aus gesundheitlichen Gründen Gisela Kubon-Gilke aus dem Kleinen Konvent ausscheiden. Die Professorin der Evangelischen Hochschule Darmstadt war die erste Ökonomin im Konvent und hat diesen nicht nur fachlich erheblich bereichert und an vielen Projekten partizipiert. Ihr gilt unser tief empfundener Dank. Ihr Nachfolger Peter F. Titzmann von der Leibniz Universität Hannover ist der Schader-Stiftung bereits seit dem ersten Großen Konvent 2013 verbunden und hat immer wieder das Themenfeld Vielfalt und Integration begleitet. Als Entwicklungspsychologe bringt auch er einen neuen, erweiternden fachspezifischen Blick in den multidisziplinären Dialog des Konvents ein.

Wiedergewählt wurden die Sprecherin des Konvents, die Kulturwissenschaftlerin Caroline Y. Robertson-von Trotha (Karlsruhe), sowie der Politikwissenschaftler Anselm Hager (Berlin) und die Kommunikationswissenschaftlerin Ulrike Röttger (Münster). Sie bilden mit den Genannten sowie dem Soziologen Roger Häußling (Aachen) und der Stadtplanerin Ursula Stein (Frankfurt) den neuen Kleinen Konvent.

Eine operativ tätige Stiftung kann immer nur so gut arbeiten und so wirksam sein, wie ihr das in den eigenen Strukturen möglich ist. Die Voraussetzungen sind in der allgemeinen wirtschaftlichen Lage durchaus anspruchsvoll. Deshalb ist nicht nur die Verantwortung für die wirtschaftlichen Grundlagen der Stiftung entscheidend, die der Stiftungsrat unter der langjährigen Leitung von Rudolf Kriszeleit und Karin Wolff mit Augenmaß und Weitblick wahrnimmt, sondern auch dessen Interesse und Einbindung in die operativen Themen, um zu erleben und mit zu gestalten, wie die Stiftung arbeitet und in schwierigen Zeiten mit hohem Engagement und hoher Loyalität zur Stiftungs-idee lebt. Unserem Stifter Alois M. Schader gilt Dank und Vertrauen für die langfristige gute Zukunft dieser wichtigen Institution in der Wissenschaftsstadt Darmstadt und weit darüber hinaus. Der Senat hat sich nicht nur mit Dorothea Kübler beim Großen Konvent, sondern über das Jahr mit etlichen ehemaligen Schader-Preisträger*innen aktiv in die Stiftung eingebracht, wofür wir besonders dankbar sind.

Ein persönlicher Dank schließt diese Reihung. Neben dem Vorstand für Vermögen / Finanzen / Liegenschaften Robert Langer hat seit nunmehr fünf Jahren das Vorstandsmitglied Christof Eichert in ganz hervorragender Weise die Entwicklung der Schader-Stiftung befördert. Mit seiner reichen kommunalpolitischen und ministerialen Erfahrung, aber nicht zuletzt auch seinem Wissen aus der Leitung dreier großer Stiftungen war er der Schader-Stiftung, ihrem Stiftungsrat, den weiteren Gremien, den Mitarbeiter*innen der Stiftung und nicht zuletzt dem Unterzeichneten selbst ein immer zugewandter, kreativer, loyaler und hoch engagierter Berater, Kollege und Freund. Seine Verdienste um die Entwicklung der letzten Jahre können nicht hoch genug ein-

geschätzt werden und wir freuen uns darauf, dass er der Schader-Stiftung auch nach dem Ende seiner Amtszeit weiter verbunden bleiben wird.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt im Stresstest

„Haben die Geduld miteinander verloren“ betitelt die FAS am 5. Dezember d.J. das Gespräch mit der Schader-Preisträgerin und Direktorin des Leibniz-Instituts Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Nicole Deitelhoff. Ein gutes Bild für die ungleichen Geschwindigkeiten, Richtungen, Haltungen und Ziele, die sich in der Gesellschaft abzeichnen. Neben den politischen Institutionen und dem Individuum scheinen auch Märkte, Kultur und sogar zivilgesellschaftliche Agenturen wie Stiftungen zuweilen schlicht Geduld, Maß und Mitte zu verlieren. Der Stresstest ist aus seiner Nische als psychologische Methode in den allgemeinen Sprachgebrauch migriert und vor genau zehn Jahren von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum „Wort des Jahres“ in Deutschland ausgerufen worden. Wäre er mittlerweile für das „Unwort des Jahres“ reif?

Die Schader-Stiftung wird im Jahr 2022 und auf dem Weg zum zehnten Großen Konvent am 4. November 2022 den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Stresstest fokussieren. An Aufgaben mangelt es nicht. Da ist die sozial-ökologische (oder ökologisch-soziale) Transformation, die den jahrhunderte- und jahrzehntelangen Stresstest für die natürlichen Lebensgrundlagen in eine Beziehung zu setzen hat mit sozialen Perspektiven, ökonomischer Phantasie und politischen Möglichkeiten. In diesem Zusammenhang treten Stadt-(Um-)Land-Konflikte weiter in den Vordergrund, wie auch die Abkopplung vermeintlicher Eliten von vermeintlich Abgehängten. Integration und Vielfalt machen sich immer noch, aber längst nicht nur an Herkunft, Aussehen, Lebensstilen und -entwürfen fest, die Balancen zwischen Individualität und Egoismus, zwischen Gemeinsinn und Vereinnahmung erfordern neue Definitionen und wohl auch guten Willen; ein rares Gut. Und natürlich – so weit immerhin hat der gute Vorsatz der Vorbemerkung gereicht – kommt auch die Pandemie als Treiber in den Blick. Es gibt also genügend zu verhandeln im kommenden Stiftungsjahr.

Liberté – Égalité – Solidarité

Im Rahmen des Business Ethics Summit 2016, der Jahrestagung des Deutschen Netzwerks Wirtschaftsethik, sprach Angelika Nußberger, auch sie Schader-Preisträgerin und Senatsmitglied, im Schader-Forum von der Trias des „Schlüsselbegriffs der französischen Menschenrechtsbewegung“, der Brüderlichkeit oder eben: Geschwisterlichkeit, die Freiheit und Gleichheit ebenso verbindet wie diese ergänzt. „Solidarität“, so Nußberger weiter, „meint im Grunde dasselbe wie ‚fraternité‘ oder Brüderlichkeit, ist aber weniger pathetisch; das eine ist beschreibender Begriff, das andere Metapher; beides drückt eine Grundhaltung der Verbundenheit und des Füreinander-Einstehens aus“. Die Schader-Stiftung hat sich bei dieser Idee für das Konventsthema 2022 bedient. Der Solidarität wird also nachzuforschen sein, im Kleinen wie im Großen und – machen Sie sich darauf gefasst – wir werden an vielen Stellen intensiv besprechen, wie es denn um unser aller Verständnis der Geschwisterlichkeit auf diesem Planeten steht, den zu bewahren und zu retten sich die Gesellschaft derzeit so eindringlich aufmacht.

Und wir suchen das Gespräch. Wie wird Gleichheit Gleichem und Ungleichem gleichermaßen gerecht? Kann in der Gleichbehandlung des Gleichen Freiraum entstehen für die faire, fürsorgliche und friedliche Ungleichbehandlung des Ungleichen? Wo bedarf es definitorischer Verständigung über Begriffe und Normen des Gleichen, des Normalen? Und wie steht es letztlich um die Freiheit, dieses fragile Grundrecht, Schwester der Würde, so verletzlich und auch so leicht zu missbrauchen? Als wissenschaftsfördernde Stiftung legen wir einen Fokus auf die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Dialog, aber auch auf den freien Zugang zu Bildung und Fortkommen in eben diesem System, auf Unfreiheiten, die an gläsernen Decken und überkomme-

nen Codes enden. Und wo angesichts der globalen Freiheitsdefizite, mit dem Blick auf Flucht und Vertreibung, Hunger, Sklaverei, erzwungene Stummheit, wo bleiben da die dagegen klein erscheinenden und doch gerechtfertigten Fragen nach Freiheitsrechten in der Pandemie – und wo bleiben jene angesichts globaler Krisen geradezu lächerlichen Fragen, die den Grad der Freiheit des Bundesbürgertums an seiner Möglichkeit misst, ein Eis zu essen oder einen Latte Macchiato im Café zu trinken? Womit auch dieser gute Vorsatz des neuen Konventsjahrs nun endgültig im Ansatz gescheitert wäre – wir sind wieder bei Corona.

Dank

Achtzehn Persönlichkeiten aus Gesellschaftswissenschaften und Praxis haben sich bitten lassen, als Impulsgeber*innen Dialog-Cafés zu begleiten. Mit der Professorin und Direktorin am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und Schader-Preisträgerin von 2020, Dorothea Kübler, und dem Geschäftsführenden Dramaturgen des Humboldt Forums Berlin, Roman Schmitz, haben wir zwei Menschen gewonnen, die in den Keynotes nicht nur klug gesprochen, sondern uns etwas zu sagen hatten und offen waren und sind für den Dialog – weit vor diesem Konvent und über diesen Konvent hinaus. Fast einhundertfünfzig Personen sind Mitglieder und Mitdenkende des Konvents. Das ist für die Schader-Stiftung ein Geschenk und ein Engagement, dem wir uns unterjährig würdig erweisen wollen, um gemeinsam diese Idee des Dialogs zwischen Praxis und Gesellschaftswissenschaften mit Raum und Leben zu erfüllen.

Der Große Konvent ist Teamarbeit, wortwörtlich das gesamte Team der Schader-Stiftung ist involviert und bereitet über das Jahr gemeinsam mit dem Kleinen Konvent das vor, aus dem jede Konventstagung entsteht, die ihren Erfolg in der Begegnung, dem Austausch und den neuen Gedanken, Bezügen und Kontakten hat. Im Zentrum der Organisation steht Anna-Lena Treitz, Mitarbeiterin der Konvente. Sie, Johanna Lanio im Projektmanagement und Alla Stoll in der Vorstandsassistenz sind Motoren dieses Prozesses. Den sich immer weiter entwickelnden technischen Möglichkeiten und Herausforderungen werden in der Veranstaltungstechnik Alexander Hinz und Justus Heinecker gerecht, am Ende ist Monika Berghäuser Garantin für die präzise Publikation. Meiner Persönlichen Referentin Laura Pauli danke ich besonders für alle Unterstützung im Hintergrund.

Die Inhalte dieses Konvents haben die Wissenschaftlichen Referent*innen der Stiftung aufbereitet, die auch bereits die Dialog-Cafés moderierten. Sie geben nicht nur am Konvent, sondern über das ganze Jahr der Idee eines Dialogs auf dem Schader-Campus Wert und Wirklichkeit, sie beleben den Stifterwillen mit Einsatz, Kompetenz und Freude. Michèle Bernhard, Karen Lehmann, Kirsten Mensch, Laura Pauli, Tatiana Soto Bermudez, Anna-Lena Treitz und Dennis Weis sei deshalb besonders gedankt, ebenso den ehemaligen Praktikant*innen, die sich teilweise seit Jahren zur Protokollierung einfinden.

Ob in den Räumen des Schader-Campus oder in der Digitalen Dependance, wir sehen uns hoffentlich wieder im kommenden Konventsjahr. Bleiben wir im Kontakt. Bleiben Sie gesund und optimistisch. Und bleiben Sie der Schader-Stiftung gewogen!



Alexander Gemeinhardt
Geschäftsführender Vorstand
Direktor der Schader-Stiftung

10:30 – 10:40 Uhr **Begrüßung**
Alexander Gemeinhardt
 Vorstand der Schader-Stiftung

10:40 – 10:50 Uhr **Prolog**
 „Normalität als Experiment“ – Vier Perspektiven

10:50 – 11:30 Uhr **Keynotes**
Prof. Dr. Dorothea Kübler
 Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
 und Technische Universität Berlin
Roman Schmitz
 Geschäftsführender Dramaturg, Humboldt Forum Berlin

11:30 – 12:00 Uhr **Aussprache**
Gesamtmoderation
Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha
 ehem. Karlsruher Institut für Technologie (KIT),
 Sprecherin des Kleinen Konvents

12:00 – 12:15 Uhr **Wahl**
Erläuterung des Verfahrens

12:15 – 13:00 Uhr Mittagessen

Dialog-Cafés

Dialog-Café 1 Experimente Natur Gesellschaft

Begleitung: Prof. Dr. Roger Häußling, RWTH Aachen

Moderation: Dr. Kirsten Mensch, Schader-Stiftung

Experimente haben längst die geschlossenen Räumlichkeiten von Laboratorien verlassen und nisten sich in unsere soziale Wirklichkeit ein. Neues im Erprobungszustand prägt das Verhältnis zwischen Natur und Gesellschaft, wandelt den jeweils individuellen Zugang zur Natur. Natur- und ingenieurwissenschaftliche Erkenntnisse fördern einen unumkehrbaren Umbau von Welt. Marktwirtschaftliche Zielsetzungen führen zudem zu kritikwürdigen Beziehungen zu Mitmenschen und Natur. Wäre dies ein Experiment unter Laborbedingungen, hätte man es abgebrochen. Entspricht der so entstandene Umgang des Menschen mit der ihn umgebenden Natur der normalen Lebensweise? Wie ist auszuhandeln, was als normativ richtig gilt?

Dialog-Café 2 Experiment als Institution

Begleitung: Prof. Anselm Hager Ph.D., Humboldt-Universität zu Berlin und Prof. Dr. Gisela Kubon-Gilke, Evangelische Hochschule Darmstadt

Moderation: Tatiana Soto Bermudez, Schader-Stiftung

Die Suche nach Lösungen für neue Herausforderungen und die Etablierung von Verbesserungen des Status quo kann in Gesellschaften aus politisch-institutioneller Perspektive sehr unterschiedlich organisiert werden. Eine heute gängige Vorstellung ist es, mögliche Neuerungen zunächst in Labor

oder Experimentierwerkstatt genannten Umfeldern modellhaft zu erproben, bevor sie mit den klassischen Mitteln staatlicher Normsetzung zum Regelfall erhoben werden. Das ist jedoch nur eine mögliche Antwort darauf, wie institutionell mit neuen Herausforderungen umgegangen werden kann. Welche Ansätze aus politisch-regulativer Perspektive gibt es, die das Experimentieren zum Normalzustand erheben, die offene, permanente Suchprozesse organisieren oder ein sich an neue Gegebenheiten anpassendes Regelwerk der Normalität schaffen?

Dialog-Café 3 Verhandlungen über Normalität

Begleitung: Alexander Gemeinhardt, Schader-Stiftung

Moderation: Dr. Michèle Bernhard, Schader-Stiftung

In unserer Gesellschaft gibt es einen breiten Konsens, was Normalität bedeutet. Das Narrativ wird durch Medien und vor allem in den Sozialen Medien gefüllt. Interessant ist zu fragen, wer dort über Diskursmacht verfügt. Finden gesellschaftliche Aushandlungsprozesse, was als Normalität gilt, überhaupt statt? Wer bestimmt die Diskurse? Welche Kommunikationskanäle spielen eine Rolle? Verschwörungsideologien und Fake News scheinen sich immer weiter zu verbreiten. Öffentliche Debatten – auch durch journalistische Experimente – könnten neue Wege sein, um dem entgegenzuwirken.

Dialog-Café 4 Dialog: Drei Experimente

Begleitung: Philipp Schulz, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Moderation: Laura Pauli, Schader-Stiftung

Ein Experiment im Sinne der Wissenschaft lässt sich als methodisch angelegte Untersuchung zur Gewinnung von Erkenntnissen beschreiben. Die Erfahrungen, die uns während eines Experiments zuteil werden, sind so eindrücklich, wie wir sie durch eine reine Auseinandersetzung mit der Theorie nicht erleben können. Wie immer gibt es beim Großen Konvent sechs Dialog-Cafés – doch diesmal wird eines ein bisschen anders sein, eben abseits der #GrKo-Norm. Wir wollen den gewohnten Ablauf verlassen, experimentellere Wege der Kommunikation einschlagen und dem Dialog eine ganz neue Perspektive geben.

Dialog-Café 5 Transformation der Normalität

Begleitung: Prof. Dr.-Ing. Ursula Stein, Büro Stein Stadt- und Regionalplanung, Frankfurt am Main

Moderation: Karen Lehmann, Schader-Stiftung

Das Anthropozän zeichnet sich durch das kontinuierliche Überschreiten der planetaren Belastungsgrenzen aus. Die Weltgemeinschaft steht damit vor großen Herausforderungen, es braucht eine Transformation der bestehenden Produktions- und Konsummuster. Doch wie kann so ein grundlegender Wandel funktionieren? Welche Veränderungen im Denken, Handeln und Wirtschaften braucht es? Experimente können nützlich sein, um im Kleinen Neues auszuprobieren und Lösungsansätze auf ihre Praxistauglichkeit zu erproben. Doch wie müssen sie aufgebaut sein? Wie sehen übergreifende Muster von erfolgreichen Veränderungsprozessen aus?

Dialog-Café 6 Die dominante Normalität

Begleitung: Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha, ehem. Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

Moderation: Dennis Weis, Schader-Stiftung

Der Status quo, die Orientierung an Normalem bringt notwendigerweise ein Machtgefälle mit sich, anhand dessen entschieden wird, wer und was in das Spektrum der Normalität fällt und wer außen vor bleibt. Wenn Normalität das Selbstverständliche, das Erwartbare ist: Wie etablieren sich Gegebenheiten als Normalitäten, vor allem im Zuge gegenwärtiger Entwicklungen durch humanitäre Krisen und Konflikte oder die Zerstörung von Lebensraum? Wie können Migration und Vielfalt modellhaft erprobt werden, um inklusiv mit Ankommenden an einer neuen Normalität zu arbeiten? Wer bestimmt den Diskurs, wer diktiert die Ansätze, die das Experiment zum Regelfall erheben?

Session 1

Dialog-Café 1.1 Was ist normal?

Marius Albiez, Richard Beecroft, Annika Fricke,
Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

Unsere gewinnmaximierende Wirtschaftsform, die ökologische und soziale Kosten externalisiert, führt in einer technisch geprägten Gesellschaft zu einer Lebensweise, welche zugleich das menschliche Leben auf der Erde gefährdet und die Wahrnehmung dessen verschiebt, was als normal gilt. Das macht es schwer, auch nur darüber nachzudenken, wie man sich individuell und als Gesellschaft von diesen Mustern lösen kann. Wie lassen sich – in Real- und Gedankenexperimenten – nachhaltigere Alternativen identifizieren, entwickeln, erleben und bewerten?

Dialog-Café 2.1 Innovation trotz Regelwerk

Prof. Dr. Dr. Jürgen Ensthaler, Technische Universität Berlin
Innovationen und rechtliche Regelsetzungen sind scheinbar ein Widerspruch, der nur durch die laufende Überarbeitung des Rechts auflösbar ist. Um Innovation auch ohne Rechtsänderung innerhalb der aktuellen Gesetzgebung und Rechtssetzung zu ermöglichen, wird zumeist der Abbau von Regulierungen für notwendig gehalten. Kann Innovation auch ohne Rechtsänderungen stattfinden?

Dialog-Café 3.1 Die eigene Normalität

Dr. Lena Frischlich, Westfälische Wilhelms-Universität Münster
*Wir leben in einer Gesellschaft, die sich stark ausdifferenziert hat. Das Internet eröffnet die Möglichkeit, aus einer Fülle von Informationen zu selektieren und auch selbst ausgewählte Inhalte zu veröffentlichen. Dabei werden häufig Informationen bevorzugt, die die eigene Meinung bestärken. Nicht zuletzt durch die Pandemie gibt es scheinbar immer mehr Anhänger*innen von Verschwörungsideologien. Dazu kommt die Verbreitung von Fake News. Welche gesellschaftlichen Folgen hat all das?*

Dialog-Café 4.1 Dialog im Dunkeln

Dörte Maack, Autorin, Coach, Prisdorf
Kooperationspartner: Dialogmuseum Frankfurt

Ist es möglich, sich in die Lebenswelten Anderer hineinzusetzen? Selbst dann, wenn sie so weit weg von der eigenen Normalität scheinen, dass wir uns keine Vorstellung davon machen können? Rund eine Million Menschen in Deutschland sind stark sehbeeinträchtigt oder blind. Wie inklusiv leben wir mit ihnen zusammen und welche Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe haben sie tatsächlich? In diesem Experiment möchten wir in einen Dialog treten, wie viele von uns ihn bisher kaum kennen werden. Wir möchten erfahren, wie Kommunikation funktioniert, wenn Gestik und Mimik nutzlos sind. Wir verlassen unsere gewohnte Welt und sind neugierig darauf, in der Dunkelheit eine gemeinsame Sprache zu finden.

Dialog-Café 5.1 Wie Transformation gelingt

Dr. Kora Kristof, Umweltbundesamt, Dessau
Der Klimawandel und viele andere Probleme zeigen uns immer deutlicher, dass grundlegende Veränderungen anstehen. Die Gesellschaft steht vor der Herausforderung, die dafür nötige sozial-ökologische Transformation zu gestalten. Viele gute Ideen scheitern allerdings an der Umsetzung. Neben der Frage danach, was sich verändern soll, stellt sich auch die Frage, wie wir erfolgreicher verändern können. Damit rücken die zentralen Erfolgsfaktoren für gesellschaftlichen Wandel und deren praktische Anwendung ins Zentrum.

Dialog-Café 6.1 Normalität durch Macht

Prof. Dr. Manuela Boatcă, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
Migration beschleunigt sozialen Wandel. Die Gesellschaft wird vielseitiger und komplexer, die Alltagskultur ändert sich, ganz gleich ob in der gemeinschaftlichen Debatte oder in der Lebensrealität. Wenn Normalitäten wandern, verschiebt sich das Normale am Ankunftsort

möglicherweise. Dagegen bauen sich Widerstände auf, Anpassungsprozesse werden vielerorts von der Mehrheitsgesellschaft abgelehnt. Denn der langsame Wandel von Normvorstellungen hängt weiter von strukturellen Dominanzverhältnissen ab. Wer profitiert von sozialen Normen, wie sie sind? Wer misst Normalität und mit welchen Mitteln wird sie zum Regelfall? Wer bleibt abhängig und unsichtbar?

14:00 – 15:00 Uhr

Session 2

Dialog-Café 1.2 Was wird normal?

Prof. Dr. Hanna Zapp, Evangelische Hochschule Darmstadt
Ende der 1980er Jahre wollte die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (Brundtland-Kommission) mit ihrer Arbeit „eine konkrete Utopie“ für die Menschheit entwickeln. Inzwischen sind rund 40 Jahre vergangen. Die notwendige sozial-ökologische Transformation hat nicht stattgefunden und ist mit einer linearen Verlängerung der derzeitigen wirtschaftlich-technischen Praxis wohl nicht zu verwirklichen. Welche Rolle spielen Haltungen und Einstellungen, Utopien oder Visionen zur Verwirklichung der Transformation? Welchen Einfluss haben Institutionen, politische Rahmenbedingungen, transdisziplinäre Verfahren?

Dialog-Café 2.2 Innovation ohne Wettbewerb

Dr. Matthias Schulze-Böing, Hochschule Fulda
In einer funktionierenden Marktwirtschaft ist der Wettbewerb ein wichtiger Treiber von Innovation und der Suche nach neuen Produkten und Dienstleistungen. Ob das auch immer die besten Lösungen im Hinblick auf die Bedürfnisse der Menschen und die Probleme der Gesellschaft sind, zeigt sich im Einzelfall. Für den Staat und die öffentlichen Verwaltungen gibt es den Wettbewerb nicht oder nur eingeschränkt. Dennoch besteht auch hier, das hat auch die Corona-Pandemie gezeigt, ein großer Innovations- und Entwicklungsbedarf. Wie kann man Innovationsfähigkeit auch jenseits von Markt und Wettbewerb sichern?

Dialog-Café 3.2 Deutungsmacht

Prof. Dr. Ricarda Drüeke, Paris Lodron Universität Salzburg
Eine Ausgrenzung durch (scheinbare) Normierungen findet innerhalb gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse statt, die sich zunehmend digitaler Medien bedienen. Auch durch Algorithmen, die bestimmte Normen priorisieren, werden solche Tendenzen verstärkt. Gleichzeitig wird von Aktivist*innen versucht, Normen positiv zu verändern – es entstehen widerständige Taktiken und neue Möglichkeitsräume. Folgende Fragen stehen im Fokus: Wer definiert das Normale? Welche Normalitäten wollen wir? Welche Rolle spielen Medien dabei?

Dialog-Café 4.2 Dialog und Interaktion

Bernhard Mohr, Schauspieler, Produzent, Trainer
Kooperationspartner: Subito Improvisationstheater
Interaktion und Dialog erfolgen meist entlang etablierter Kommunikationsmuster. Wir haben Erwartungen über den nächsten kommunikativen Zug unseres Gegenübers und bereiten unsere Antwort darauf vor. Doch was passiert, wenn wir diese Gewohnheiten aufbrechen? In diesem Experiment werden wir uns dem Dialog auf eine ganz andere Art und Weise nähern. Wir lassen das übliche Prozedere außen vor und erschließen uns ein Thema über Wortassoziationen, Wort für Wort-Ketten, Wortfelder sowie Satz für Satz-Geschichten. Wir kreisen es Schritt für Schritt ein und schärfen es mit starken Bildern. Im Improvisationstheater ist diese experimentelle Art des Dialogs Normalität. Wir wollen von der Spontaneität und Kreativität des Improvisierens lernen.

Dialog-Café 5.2 Transformative Experimente

Matthias Wanner, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH
Experimente bieten die Gelegenheit, Neues in einem geschützten Raum auszuprobieren. In der transformativen Forschung (tF) arbeiten Wissenschaftler*innen und Praxisakteur*innen gemeinsam in realweltlichen

Experimentierräumen, um durch die Verbindung verschiedener Wissensbestände eine nachhaltige Entwicklung zu befördern. Wie sind solche Räume ausgestaltet? Welche ersten Rückschlüsse können aus bisherigen Reallabor-Projekten gezogen werden? Was sind die Voraussetzungen für erfolbringende Experimentierräume?

Dialog-Café 6.2 Normalität durch Ungleichheit

Koray Yılmaz-Günay, Migrationsrat Berlin e.V.

*Kenne ich die Codes und die sozialen Normen nicht, muss ich mit ablehnenden Reaktionen rechnen. Wenn die Erwartungen der Mehrheitsgesellschaft nicht erfüllt werden können, kann Abgrenzung zur Alltagserfahrung werden. Sie wird strukturell und verhindert die freie Entfaltung unterrepräsentierter Mitbürger*innen, die systemisch unter „normal“ nicht mitgedacht werden. Doch was passiert, wenn diese Diskriminierungserfahrungen zur Norm werden, wenn Ausgrenzung Normalität wird? Wie wirken sich diese Erfahrungen auf unterschiedliche Gruppen von Minderheiten aus?*

15:00 – 16:00 Uhr

Session 3

Dialog-Café 1.3 Natur und Normalität

Dr. Regina Rhodius, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Das Verständnis von Gesellschaft und Natur als diametrale Gegenüberstellung hat einerseits die Moderne produziert, andererseits die mit ihr zusammenhängende Erforschung und Ausbeutung der Natur mit sich gebracht. Dabei ging es um menschlich-eigenmütige Zugänge und nicht darum, ein Gespräch mit der Natur zu suchen. Es braucht hingegen – wie die ökologische Krise zeigt – andere Ansätze, die statt Ausplünderung ein Einvernehmen mit der Natur anstreben. Experimentell tun sich hier die Reallabore hervor, die nachhaltigkeitsorientiert, reflexiv und lernend agieren.

Dialog-Café 2.3 Experiment als Programm

Prof. Dipl.-Ing. Julian Wékel, Institut für Städtebau und Wohnungswesen München

Neue Herausforderungen erfordern institutionelle Innovation. So lassen sich Experimente auch programmatisch als Bestandteil administrativer Praxis einsetzen. Gleichzeitig ermöglicht das zivilgesellschaftliche Experiment Veränderung, die spontan in die individuelle Praxis umgesetzt werden kann. Der experimentellen Erprobung und Innovation sind im Spannungsfeld von Tradition und Norm allerdings auch Grenzen gesetzt. Welchen Impuls benötigt es zur Grenzüberschreitung bisheriger Routinen hin zur Veränderung?

Dialog-Café 3.3 Veränderungen

Prof. Dr. Wiebke Loosen, Universität Hamburg

*Der klassische Journalismus hat sich nicht zuletzt durch Soziale Medien verändert. Besonders durch die komplexe Beziehung zwischen Journalist*innen und Konsument*innen kann aufgezeigt werden, woran sich die Verschiebungen festmachen lassen. Die verschiedenen Zielgruppen sind nicht alle über die traditionellen Medien wie Fernsehen, Radio und Print zu erreichen. Wie gelingt es dennoch, ihr Vertrauen zu erhalten?*

Dialog-Café 4.3 Dialog auf Distanz

Dörte Maack, Autorin, Coach, Prisdorf

Kooperationspartner: Dialogmuseum Frankfurt

„Was, wenn die Welt plötzlich nicht mehr die ist, die wir kennen? Was, wenn der Kontakt zu anderen Menschen nicht mehr gelingt wie gewohnt?“ Diese Worte hätten wahrscheinlich den ersten Lockdown innerhalb der Covid-19-Pandemie passend beschrieben. Doch es sind die Worte von Dörte Maack, Pädagogin, Sportwissenschaftlerin und Linguistin, die vor 20 Jahren erblindete. Wie können wir einen resilienten Umgang im Angesicht multipler Krisen und Herausforderungen erlernen? Welche positiven Aspekte bietet ein Zusammenarbeiten auf Distanz und der veränderten virtuellen Kommunikation? In diesem Experiment werden wir

interaktiv die Perspektive wechseln. In einem Workshop möchten wir im virtuellen Raum alternative Techniken und Werkzeuge der Kommunikation kennenlernen und aus der Distanz heraus Nähe schaffen.

Dialog-Café 5.3 Transformation als Normalzustand

*Christian Ziegler, Fischerwerke GmbH & Co. KG, Waldachtal
Change Agents haben eine treibende Rolle in Veränderungsprozessen. Gerade große Unternehmen können durch ihre Geschäftspraktiken maßgeblich Erfolgsvoraussetzungen für wirtschaftliche und soziale Innovationen schaffen und auch in ihre Lieferketten hineinwirken. Einige Unternehmen haben dabei eine Vorreiterrolle inne. Was motiviert sie? Wie steuern sie die Veränderungsprozesse intern und außerhalb des Unternehmens? Welche Ansätze sind dabei erfolgversprechend? Welche Grundsätze sind handlungsleitend und sind diese auf andere Unternehmen übertragbar?*

Dialog-Café 6.3 Normalität durch Resilienz

*Salman Tyyab, Journalist und Medienberater, Muslim Television Ahmadiyya Deutschland, Frankfurt am Main
Was beeinflusst die Fähigkeit von Gesellschaften, externe Störungen zu verkraften, ohne dass sich ihre wesentlichen Systemfunktionen ändern? Wie können sich die Lebenswirklichkeit und die Bedarfe aller in einer Vielfalt an Normen widerspiegeln? Wie wächst dabei nicht nur die Widerstands- und Regenerationsfähigkeit von Gesellschaften im Hinblick auf komplexe und unvorhersehbare Herausforderungen, beispielsweise durch ständige Migrationsbewegungen und ein Mehr an kulturellen Einflüssen, sondern auch jene der Teile der Gesellschaft, die das Normale verändern? Wie entsteht Repräsentation in der Normalität?*

16:00 – 16:30 Uhr

Abschlussplenum

16:30

Ausklang in Haus Schader

21 **Prolog**

Prof. Dr. Susanne Gerber, Lotte Jung,

Prof. Dr. Stephan Lessenich, Tzehaie Semere

Redaktion: Anna-Lena Treitz



Der Prolog des Großen Konvents der Schader-Stiftung 2021 steht für Sie als Aufzeichnung unter www.schader-stiftung.de/GrKo21 oder auf dem YouTube-Kanal der Schader-Stiftung zur Verfügung.

24 **Leben im großen Experiment**

Prof. Dr. Dorothea Kübler

29 **Institution als Experiment**

Roman Schmitz

33 **Fragen an die Keynotes**

Gesamtmoderation: Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha

Die Keynotes des Großen Konvents der Schader-Stiftung 2021 stehen für Sie als Aufzeichnung unter www.schader-stiftung.de/GrKo21 oder auf dem YouTube-Kanal der Schader-Stiftung zur Verfügung. Die beiden Vortragsmanuskripte wurden für die Druckfassung leicht überarbeitet.



**Prof. Dr. Dorothea Kübler, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
und Technische Universität Berlin**

Leben im großen Experiment

Ich freue mich sehr über die Möglichkeit, heute etwas über das Verhältnis von Normalität und Experiment sagen zu können. Ich bin Verhaltensökonomin und Experimental-ökonomin. Es geht in meiner experimentellen Forschung also um Verhalten, und zwar meistens um das Verhalten von Menschen gegenüber anderen Menschen, also um die Ökonomie des Zusammenlebens.

Die Pandemie war ein großes Experiment: Was passiert mit uns, wenn wir alle zu Hause bleiben? Wie solidarisch sind wir gegenüber gefährdeten Personen? Mit welchen Restriktionen können wir zurechtkommen und mit welchen nicht? Das öffentliche Leben beschränkte sich auf Straßen, Märkte, das absolut Notwendige. Der Bewegungsradius war eingeschränkt, der eigene Kiez, wie wir in Berlin sagen, oft sogar nur ein paar Straßen, waren plötzlich die ganze Welt.

In dieser neuen Situation fand ich es bemerkenswert, wie anpassungsfähig wir sind. Immer wieder gab es neue Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie und immer wieder neue Ideen, wie das Leben trotzdem weiter gehen konnte. Wir haben gesehen, was alles möglich ist, was man sich einfallen lassen kann. Restaurants haben Gerichte zum Mitnehmen verkauft. In New York, wo ich derzeit lebe, werden immer noch Straßen für den Autoverkehr gesperrt, damit mehr Leute draußen Platz haben, Geschäfte haben einen Stand vor der Tür aufgemacht. Buchläden wurden zu geistigen Tankstellen erklärt, um geöffnet zu bleiben; auch eine Kulturleistung. Man muss also immer damit rechnen, dass Menschen gute Ideen haben! So viel Normalität wie möglich unter schwierigen Umständen.

Der Titel des Großen Konvents der Schader-Stiftung ist also gut gewählt. Mit „Normalität als Experiment“ sind wir mittendrin in dem, was uns in den letzten Monaten alle beschäftigt hat. Wir haben im Dauereperiment gelebt; Maßnahmen wurden ergriffen, dann wurde abgewartet, wie sich die Zahlen entwickeln; Länder mit anderen Maßnahmenbündeln wurden zum Vergleich herangezogen, um daraus Schlüsse zu ziehen, wie es bei uns weitergehen sollte.

Was bedeutet so eine Zeit für die Gesellschaft und für die Menschen? Vieles natürlich, je nach Lebenslage und je nachdem, wie einen die Pandemie getroffen hat. Nur zwei Aspekte möchte ich betonen. Ich denke, es gab zum einen eine große Verunsicherung –

natürlich aufgrund des Virus selbst, aber auch darüber, welche Regeln morgen gelten. Andererseits gab es aber auch die Erfahrung, dass Neues auszuprobieren und zu experimentieren seinen Wert hat.

Was genau sind Experimente?

Bevor ich auf den gesellschaftlichen Wert und Unwert von Experimenten zu sprechen komme, möchte ich versuchen zu klären, was wir unter einem Experiment verstehen. Es ist zum einen der umgangssprachliche Gebrauch als „Ausprobieren von Neuem“. Solche Experimente können befreiend sein, denn etwas Neues auszuprobieren, ergebnisoffen zu sein, zuzulassen, dass etwas nicht erfolgreich ist, eröffnet Möglichkeiten. Andererseits ist da die Unsicherheit. Adenauers berühmter Wahlslogan „Keine Experimente!“ hat genau auf diese negative Konnotation von Experimenten abgestellt.

Zum anderen ist mit „Experiment“ aber auch eine kontrollierte Versuchsanordnung gemeint, in der Medizin, der Physik, der Chemie, aber auch in den Sozialwissenschaften. Das ist mein Metier als Experimentalökonomin. Und das ist die engere Bedeutung des Worts „Experiment“.

Was genau sind aber nun sozialwissenschaftliche Experimente? Teilnehmer fällen Entscheidungen, die beobachtet und als Datenpunkte erfasst werden. Experimente finden im Computerlabor oder, wie wir sagen, im Feld statt. Im Labor sitzen Personen am Computer und fällen Entscheidungen gegen Geld. Feldexperimente finden außerhalb des Labors statt. Die Experimentatorin greift in die Umwelt der Menschen ein und beobachtet dann, was sie tun.

Hier ist ein aktuelles Beispiel für ein Feldexperiment. Die Forschungsfrage ist: Führt das Tragen von Masken dazu, dass Menschen weniger Abstand halten? Werden die Menschen leichtsinniger mit Maske? Dieses Verhalten, das man auch als Risikokompensation bezeichnet, ist zum Beispiel in Bezug auf Sitzgurte im Auto oder Fahrradhelme bekannt. Die Wissenschaftler:innen stellten sich für das Experiment in Warteschlangen, und zwar entweder mit oder ohne Maske. Dann maßen sie mit Hilfe einer App auf ihrem Smartphone genau ab, wie groß der Abstand zur nächsten Person hinter ihnen war, also wie viel Abstand diese Person zu ihnen hielt. Die Forscher:innen haben herausgefunden, dass der Abstand, der zu einer Person mit Maske gehalten wird, größer ist, als der zu einer Person ohne Maske.

Um die Gründe dafür herauszufinden, haben sie Menschen befragt. Dabei hat sich gezeigt, dass die Leute Personen mit Maske nicht für ansteckender halten, sondern denken, dass diese Personen einen größeren Abstand wünschen. Sie halten also aus Rücksicht mehr Abstand. Natürlich können solche Verhaltensweisen sich über die Zeit verändern. Damit ist sogar zu rechnen. Und es kann Unterschiede geben zwischen verschiedenen Teilen der Welt. Aber solche Experimente sind wichtige Beiträge, um sich für die richtigen Politikmaßnahmen zu entscheiden, in diesem Fall die Maskenpflicht.

Normalität und Diversität

Eine ganz andere Dimension von Normalität ist ihr Verhältnis zu Diversität. Was ist normal, gewohnt, entspricht unseren Vorstellungen und Stereotypen? Auch in dieser Bedeutung, um die es ja beim Großen Konvent auch gehen soll, besteht ein Bezug zu sozialwissenschaftlichen Experimenten. Denn es gibt eine große experimentelle Forschung in der Sozialpsychologie und der Ökonomie zur Frage, woher Stereotype kommen – etwa in Bezug auf Herkunft, Hautfarbe oder Geschlecht – und dazu, welche Auswirkungen sie haben.

Kennen Sie den von Psychologen entwickelten Implicit Association Test? Wenn nicht, probieren Sie ihn aus! Er erlaubt es, implizite Einstellungen und Stereotype zu messen. Die Probanden müssen rasch Wörter bestimmten Kategorien zuordnen. Hier ein Beispiel: Sie sollen in schneller Taktung Namen zuordnen, gesammelt sind arabisch-muslimische Namen und andere Namen. Dann wird es schwieriger, im zweiten Schritt sollen Sie „gute“ Begriffe und muslimische Namen oder „schlechte“ Begriffe und andere Namen einander zuordnen. Diese „guten“ und „schlechten“ Begriffe wurden Ihnen vorher gezeigt, es ist also klar, was in welche Kategorie fällt. Schließlich sollen dann gute Begriffe mit „anderen“ Namen und schlechte mit arabisch-muslimischen Namen verbunden werden.

Menschen mit Stereotypen machen mehr Fehler und sind langsamer, wenn sie Begriffe, die sie nicht miteinander assoziieren, mit derselben Hand (rechts oder links) erfassen müssen. Also, wer langsamer ist bei der Aufgabe, gute Begriffe und muslimisch-arabische Namen mit einer Hand zu erfassen, der hat möglicherweise Vorstellungen, die damit nicht übereinstimmen. Es ist erstaunlich schwer, selbst wenn man bewusst gegen die Stereotype arbeitet. Versuchen Sie es einmal!

Ich will noch ein ganz reales Beispiel nennen: Es wurde nun ein Experiment durchgeführt, bei dem fiktive Bewerbungen an Arbeitgeber verschickt wurden. Die Bewerbungen unterschieden sich nur in Bezug auf den Namen, in diesem Fall, in dem es um schwedische Stellenausschreibungen ging, waren es männliche schwedische Namen und muslimisch-arabische Namen. Viele von Ihnen kennen sicherlich solche Studien, mit denen man Diskriminierung messen kann. Es gibt viele mögliche Ursachen für die unterschiedliche Behandlung von Bewerbern mit identischen Eigenschaften, abgesehen vom Namen. Es zeigt sich nun, dass diejenigen Arbeitgeber, die stärkere Stereotype im IAT aufwiesen, also schlechte Eigenschaften mit arabischen Namen besser verarbeiten konnten als gute Eigenschaften mit arabischen Namen, auch eher Bewerber mit schwedischen Namen einstellen wollten. Zwar wurden die Arbeitgeber gefragt, welche Bevölkerungsgruppen sie bevorzugt einstellen, ihr Verhalten hatte mit diesen direkt abgefragten Einstellungen allerdings nichts zu tun.

Das heißt, Diskriminierung findet in dieser Studie und insgesamt heute seltener als früher explizit und offen statt. Aber die implizite Diskriminierung, die übrigens auch Minderheiten und Frauen selbst zeigen, ist nach wie vor stark und hängt direkt mit unseren Vorstellungen von Normalität zusammen.

Experimente in den Sozialwissenschaften

Aber von den beiden Beispielen, dem Masken- und dem Diskriminierungsexperiment, zurück zur Methode. Sind Experimente wirklich der „Goldstandard“? So sieht es das British Medical Journal: *„Britain has given the world Shakespeare, Newtonian physics, the theory of evolution, parliamentary democracy – and the randomized trial.“* (British Medical Journal, 2001) Hier ist die Rede von der randomisierten Versuchsanordnung. Für die Medizin ist das selbstverständlich, aber nicht für die Sozialwissenschaften, die traditionell Daten von Statistikbüros, amtlichen Erhebungen oder Umfragen nutzen. Dagegen sind Labor- und Feldexperimente eine relativ neue Datenquelle. Der zentrale Vorteil von Experimenten ist, dass sich in ihnen kausale Zusammenhänge beobachten lassen. Es geht also nicht nur um Korrelationen, also darum, was gemeinsam mit etwas Anderem auftritt, sondern darum, welche Faktoren welche anderen bedingen. Aber wozu sind sozialwissenschaftliche Experimente eigentlich gut? Ich möchte immerhin einige Funktionen nennen:

- Überprüfung der Theorie
Die Risikokompensationstheorie lässt sich mit Hilfe der Versuchsanordnung der maskierten und unmaskierten Schlangensteher überprüfen.

- **Creation of Phenomena**
In Experimenten können unerwartete Phänomene auftauchen. Diese lassen sich dann weiter untersuchen.
- **Erklärungen finden**
Experimente sind auch dazu da, um Gründe für ein bestimmtes Verhalten herauszufinden. Zum Beispiel, dass implizite Diskriminierung mitverantwortlich ist für das diskriminierende Verhalten von Arbeitgebern.
- **Experiment als Modell**
Mit Hilfe von Experimenten kann man eine Variable verändern und dann beobachten, welchen Effekt das hat. Man kann alle anderen Faktoren ganz genau kontrollieren und fix halten. Zum Beispiel wird bei den Bewerbungen nur der Name verändert oder die Person in der Schlange trägt eine Maske oder keine Maske.
- **„Whispering in the ears of princes“**
Experimentelle Evidenz kann helfen, Prinzen oder auch Politiker:innen zu überzeugen. Hier: Die Maskenpflicht ist nicht schädlich. Oder: Implizite Diskriminierung ist ein Problem.
- **Windkanal**
In Experimenten kann man neue Verfahren ausprobieren, um zu verstehen, wie die Menschen sich ihnen gegenüber verhalten. Beispiel: Wie wirkt das Angebot einer Bratwurst für eine Erstimpfung auf die bisher Ungeimpften? Erhöht das die Impfbereitschaft oder nicht?

Experimentierfeld Pandemie

Heißt das also: „Experiment all the time?“ Es gab, wie zu Anfang ausgeführt, aufgrund der Pandemie zahlreiche Experimente. Regierungen haben ausprobiert, welche Kampagnen für Maßnahmen der öffentlichen Gesundheit funktionieren (Masken, Händewaschen, Abstandhalten, Impfungen). Schulschließungen sind ein Experiment – in Bezug auf die Auswirkungen auf den Pandemieverlauf, aber auch die Bildungseffekte. Viele Kommunen haben auf Risiken des ÖPNV durch das Corona-Virus mit dem Ausbau von Radwegen geantwortet, häufig temporär. Es gab also vor allem viele unkontrollierte Experimente, ein Ausprobieren, ohne die Bedingungen so zu gestalten, dass man daraus etwas lernen kann. Das hatte in der Pandemie manchmal gute Gründe, denn es bestand Handlungsdruck, wenn die Zahlen sprunghaft anstiegen. Aber bei Weitem nicht immer.

Ich möchte schließen mit der Behauptung, dass Deutschland kein Land der Experimente ist. Zu Beginn der Pandemie haben die Bundesländer häufig unterschiedliche Maßnahmen ergriffen. Das nennt man „natürliche Experimente“. Man kann solche Unterschiede nutzen, um die Wirksamkeit der Maßnahmen zu untersuchen. Aber an den Diskussionen darüber, dass unterschiedliche Regeln ungerecht sind, dass sie etwa zu Verwirrung führen, sieht man, wie schwer es ist zu experimentieren, also etwas gezielt auszuprobieren.

Dabei ist eine gute Evaluation von Politikmaßnahmen oft nur durch Randomisierung möglich. Die Modelle, die Epidemiologen nutzen, um Vorhersagen zu machen und Maßnahmen zu empfehlen, sind immer nur so gut, wie die Parameter über das Verhalten, mit denen sie gefüttert werden. Zum Beispiel: Wieviel bringen regelmäßige Schnelltests an Schulen? Das könnte man sehr leicht überprüfen, in dem man Schnelltests an einigen Schulen durchführt und an anderen nicht. Für solche Experimente gibt es viele Hindernisse, etwa rechtliche, ethische und auch prinzipielle: Ist es beispielsweise in Ordnung, wenn für eine gewisse Zeit einige Schulen keine Schnelltests bekommen, andere doch?

Experimente sind keine Normalität und sollten es auch nicht sein. Aber ich finde, wir sollten sie öfter ertragen, wenn sie uns Aufschluss darüber geben, was funktioniert. Denn anstatt viele kleine Experimente zu akzeptieren, leben wir alle in einem großen Experiment – aber ohne Kontrollbedingungen! Die Risiken ungetesteter Politikmaßnahmen sind enorm.

Vielleicht ist ja der kulturelle Wandel in Bezug auf die Normalität von Experimenten eine langfristige Hinterlassenschaft der Pandemie? Oder es gibt zumindest ein Bewusstsein dafür, dass Experimentieren auch manchmal etwas Befreiendes sein kann.



Roman Schmitz, Humboldt Forum Berlin

Institution als Experiment

Ich freue mich, wieder hier zu sein und diesmal mit Ihnen über das Humboldt Forum zu sprechen. „Normalität als Experiment“ ist ein fantastisches Thema. Denn wir können sagen: Das Humboldt Forum ist ein großes Experiment. Und zwar, das habe ich jetzt gerade von Dorothea Kübler gelernt, ein unkontrolliertes. Was es umso spannender macht. Ich stehe hier als Geschäftsführender Dramaturg im Bereich Programm und Veranstaltungen des Humboldt Forums und werde Ihnen die Komplexität des gesamten Gebildes nun näherbringen. Wir arbeiten im Moment mit einer Vielzahl von Normalitäten und versuchen rund um das wahrscheinlich größte Kulturprojekt, das Deutschland in den letzten Jahrzehnten gesehen hat, beständig neue Normalitäten zu realisieren.

Sie kennen das Humboldt Forum mit Sicherheit alle aus den Schlagzeilen. Wir – da ich nun dort tätig bin, schließe ich mich ein – stehen in den letzten Jahren, eigentlich seit Beginn der Diskussion um die Frage nach dem Abriss des Palasts der Republik, ungefähr so in der Öffentlichkeit da: „Das Berliner Schloss in Nöten“, „Das Luftschloss“, „So schlimm steht es wirklich um das Humboldt Forum“. Wir sind also mit einer sehr großen Bürde in der öffentlichen Wahrnehmung gestartet. Zudem haben wir mit sehr vielen aktivistischen Positionen zu tun, die sich vor allem um die Frage des deutschen Umgangs mit dem Kolonialismus und der Kolonialität, in der wir noch leben, drehen. Ich selbst glaube, das Humboldt Forum wird vornehmlich als ein Schloss wahrgenommen. Und deshalb werden wir in den kommenden Jahren die Aufgabe haben, aus dem Schloss ein Forum zu machen – einen Ort, an dem sich Menschen begegnen können.

Geschichte und Auftrag des Ortes

Dafür blicken wir einmal kurz auf die Architektur und die Genese des Humboldt Forums: Das Humboldt Forum ist zwischen 2013 und 2020 nach sehr vielen Auseinandersetzungen rund um die Frage, wie es aussehen soll, gebaut worden. Seit Ende 2020 haben wir in verschiedenen Schritten eröffnet. Die letzte Öffnung wird nächstes Jahr – im Herbst 2022 – stattfinden. Ich glaube, jede*r von Ihnen hat Wissen und eine Meinung rund um das Humboldt Forum. Deswegen spare ich mir den Versuch, die Genese dieses Gesamtprojektes nochmal zu erläutern. Stattdessen möchte ich Ihren Blick auf das Eosanderportal lenken. Nach einem Entwurf von Franco Stella sehen wir dort einen Teil der Eingangshalle des Humboldt Forums, ein Zusammenspiel aus barocker und moderner Architektur. Dort empfangen Sie zwei Engel und in der Mitte dieses Portals sehen Sie einen Adler. Dieser Adler ist heute noch das Zeichen der

Bundesrepublik Deutschland. Er war aber eben auch ein Macht- und Repräsentationssymbol der Monarchie. Er war Teil einiger Flaggen der deutschen Kolonialgebiete, zum Beispiel in „Deutsch-Ostafrika“, dem heutigen Tansania, Ruanda und Burundi. Dort gab es auf der schwarz-weiß-roten Flagge ebendiesen Adler. Dieser Adler in der Rekonstruktion der Fassade ist eines von vielfältigen Symbolen, mit denen wir im Haus zu tun haben.

Ich möchte Sie noch einmal kurz in die Geschichte dieses Ortes mitnehmen, denn ich finde, sie macht sehr klar, was unser Auftrag ist. An dem Ort, an dem jetzt das Humboldt Forum steht, stand früher einmal ein Dominikanerkloster. Dann kam das Schloss hinzu und mit ihm der Sitz der Hohenzollern in Berlin, ein großer Repräsentationsanker. Nach dem Untergang der Monarchie und mit Beginn der Weimarer Republik wurde das Schloss zu einem Zentrum für Wissenschaft und Kultur. Das ist ein sehr wichtiger Punkt, der in der Debatte im Moment kaum thematisiert wird: Das Schloss war bereits zwischen 1918 und 1933 ein Raum und Ort, an dem Wissenschaft, Kultur und Kunst aufeinandertrafen. Ab 1933 wurde das Schloss wieder zu einem sehr klaren Symbol der Macht und von den Nazis entsprechend inszeniert. Nach dem Zweiten Weltkrieg stand das Schloss erst einmal ziemlich zerbombt in der Mitte von Berlin. In der DDR wurde dann 1976 der berühmte Palast der Republik gebaut. An dieser Stelle setzt wahrscheinlich auch Ihre Erinnerung rund um die Debatte ein. Diese müssen wir nun nicht mehr führen, denn der Palast der Republik ist abgerissen worden. Trotzdem ist auch er für uns ein wichtiger Referenzort, denn er war tatsächlich ein Ort für die Bevölkerung. Es gab ein Dutzend Restaurants, es gab eine Bowlingbahn und Tanzlokale. Der Palast war ein Magnet, ein nutzbarer Ort für die Bevölkerung und nicht nur ein Repräsentationsort. Mittlerweile ist das Humboldt Forum fertiggestellt und damit sind wir auch in der Gegenwart angekommen.

Normalität erweist sich als Experiment

Ich möchte Ihnen jetzt die Komplexität unseres Experiments etwas näher erläutern. Ich bin bei der Stiftung Humboldt Forum im Berliner Schloss angestellt. Wir haben im Humboldt Forum aber auch die Exzellenzinitiativen der Humboldt Universität zu Berlin, die Flächen dort nutzen. Angesiedelt sind außerdem das Stadtmuseum Berlin, das eine Ausstellung bespielt, und die Staatlichen Museen zu Berlin, die zusammen mit dem Ethnologischen Museum und dem Museum für Asiatische Kunst aus Dahlem ins Humboldt Forum gezogen sind. Wir alle zusammen sind das Humboldt Forum. Das macht, glaube ich, die ganze Komplexität dieses Experiments und dieses Kulturortes sehr deutlich. Wir haben keine Weisungsbefugnis gegenüber den Kolleg*innen der anderen Institutionen. Mein Auftrag als Geschäftsführender Dramaturg und der unseres Teams ist es, die Zwischenräume, also alle Räume des öffentlichen Lebens, die im Humboldt Forum existieren, zu aktivieren, zu bespielen und in Kooperation mit den anderen Akteuren tätig zu werden. Unser Auftrag ist es, Programm und Veranstaltungen an diesem Ort zu machen.

Dass wir es dabei manchmal mit einer komplizierten Gemengelage zu tun haben, zeigt eine Debatte, die Sie mit Sicherheit alle verfolgt haben. Es geht um das sogenannte Luf-Boot. Das Luf-Boot ist eines der zentralen Objekte der Dahlemer Sammlungen des Ethnologischen Museums in Berlin. Vor zehn Jahren, als der Beschluss gefasst wurde, das Ethnologische Museum und das Museum für Asiatische Kunst in das Berliner Schloss einzuziehen zu lassen, überlegte man sich, einige Highlightobjekte auszuwählen. Dazu gehören unter anderem die Benin-Bronzen und dieses besagte Luf-Boot. Das Luf-Boot wurde im Jahr 2018 eingebracht, steht nun über zwei Etagen hinweg in einem sehr großen Kubus, der schließlich zugemauert wurde. Folglich kriegen wir das Boot nie wieder aus dem Schloss heraus, außer das Schloss wird noch einmal zerstört.

Die Debatte, die sich darum entsponnen hat, löste der Historiker Götz Aly im Frühjahr 2021 aus. Er hat sich die Frage gestellt, welche Geschichte rund um dieses Boot erzählt wird. Die Geschichte, die jahrelang in Dahlem erzählt wurde, sieht so aus: Die Deutschen haben das letzte Luf-Boot, einen hochseetauglichen Katamaran, der ohne Metall oder Ähnliches von den Bewohnern der Insel Luf gebaut wurde – ein Weltkulturerbe – glücklicherweise gerettet. Damit, so die Erzählung, blieb es der Öffentlichkeit in Dahlem zugänglich. Das war eine schöne Geschichte. Die Leute sind in den Berliner Westen gekommen und fanden das Boot klasse. Jetzt hat Götz Aly auf Basis einer simplen Faktenlage herausgearbeitet, dass die Erzählung rund um das Boot früher beginnen muss. Sie spielt in der Zeit des Kolonialismus, als deutsche Wirtschaftsverbände und Truppen des deutschen Staates nach Luf kamen und dort in einem Vernichtungskrieg die Bevölkerung komplett ausrotteten. Schließlich nahmen sie das letzte Boot der Bewohner*innen der Insel mit nach Deutschland. Sie sehen, wir stehen plötzlich an einem Punkt, an dem wir feststellen, dass die Geschichten, die bis hierhin erzählt wurden, auch ganz anders erzählt werden können. Wir als Forum haben den Auftrag, diese Geschichten zu prüfen und zu fragen, was die Exponate und Kunstwerke zeigen und was sie auslösen. Die Normalität seit der Entscheidung, die Objekte aus Dahlem im Humboldt Forum einzubringen, hat sich dergestalt geändert, dass wir aus meiner Perspektive sagen können, das heutige Ausstellen dieses Luf-Bootes ist eine Art von Experiment.

Wer erzählt die Geschichte über wen

Ich möchte Sie nun noch einmal in den Eingangsbereich des Humboldt Forums mitnehmen. Wir stehen in der Eingangshalle, im Rücken die Engel und den Adler, Sie sehen damit die drei Seiten der modernen Fassade. Auf der rechten Seite befindet sich der große „Kosmograf“. Es handelt sich um verschiedene Video-Cubes, mit denen die Besucher*innen empfangen werden. Anhand eines weiteren Beispiels möchte ich Ihnen zeigen, wie selbstverständlich die Debatte um Normalität geführt werden kann und wie sie sich verändern kann. Am 22. September 2021 haben wir die Eröffnung der Staatlichen Museen zu Berlin gefeiert. Weit im Voraus wussten wir, dass der Bundespräsident kommen wird. Und wir haben Chimamanda Ngozi Adichie eingeladen, eine nigerianische Schriftstellerin, die Ihnen mit Sicherheit allen bekannt ist und die eine Eröffnungsrede gehalten hat. Die Frage, vor der wir in der Konzeption dieses großen Momentes standen, war: Spielen wir in Richtung der alten Fassade und soll der Bundespräsident den Adler über sich haben oder müssten wir das Bild drehen? Schlussendlich haben wir den Aufbau gedreht. Wir stehen also vor dem Kosmografen, vor der modernen Fassade und der Bundespräsident sagt: „Die Verbrechen der Kolonialzeit, Eroberung, Unterdrückung, Ausbeutung, Raub, Mord an Zehntausenden von Menschen brauchen einen angemessenen Ort in unserer Erinnerung. Wir müssen uns der Verantwortung vor diesem Teil der deutschen Geschichte stellen“. Frau Adichie sagte: „Das Humboldt Forum wurde als ein Ort konzipiert, um die Universalgeschichte der Menschheit aus vielen Perspektiven zu erzählen. Das ist ein lobenswerter Gedanke, aber er ist lückenhaft, weil wir uns noch einmal mit der Frage der Macht auseinandersetzen müssen. Wer erzählt die Geschichte, wer ist der Erzähler und von wem wird erzählt? Wer hat entschieden, dass Afrikanische Kunst als ethnologisch klassifiziert wird? Wer hat das Recht, den Anderen auszustellen?“.

Unerwartetes kreiert neue Normalität

Das Humboldt Forum steht seitdem an einem Wendepunkt, was den Weg angeht, den wir in den nächsten Jahren gehen werden. Denn das Forum ist der Ort, an dem wir die deutsche Vergangenheit rund um die Kolonialzeit verhandeln müssen und werden. Gemeinsam mit allen Kolleg*innen aus dem Haus haben wir uns darauf geeinigt, das Humboldt Forum zu einem Ort der Vielstimmigkeit zu machen, an dem natürlich auch der Wissensdrang und die Bildungsfragen der Brüder Humboldt eine Rolle

spielen, aber auch einen Ort, an dem dekolonialisiert wird. Und zwar nicht nur, was die Exponate angeht, sondern vor allem auch unser Wissen und unsere Praxis. Wir sind ein Ort der kulturellen Bildung. Wir wollen barrierefrei, sozial, ökologisch und kulturell nachhaltig handeln. Ich als Veranstaltungs- und Theatermacher versuche mit unserem Team, das künstlerische performative Arbeiten mit der Architektur und den Sammlungen ins Verhältnis zu setzen. Bei aller Klarheit wird es dauern, bis wir diesen formulierten Auftrag voll erfüllen werden.

Ein Beispiel: die Installation der chilenischen Gruppe Mil M2 vor dem Gebäude, die Publikumsfragen zum Humboldt Forum sammelte und die Menschen zum Fragenstellen einlud. Täglich erreichten uns rund einhundert Fragen, die wir nach außen sichtbar gemacht haben. Wir müssen den Raum und Räume öffnen. Wir zeigen uns offen und ich behaupte, unser Auftrag ist klar. Wie wir ihn genau umsetzen, ist natürlich eine sehr große Frage.

Abschließend möchte ich noch einmal auf das Thema der Normalität zurückkommen. Vor zehn Jahren war es Normalität zu sagen, wir bauen ein Stadtschloss wieder auf, dort ziehen Sammlungen ein, von denen bereits damals klar war, dass sie sehr viel Raubkunst beinhalten. Man hat sich dafür entschieden, aus diesen Sammlungen Highlightobjekte auszuwählen und mit ihnen zu werben. Diese Normalität hat sich in den letzten Jahren rasant geändert. Ich stelle die These auf, dies ist ein Resultat der öffentlichen Debatte und derjenigen, die sich gegen das Schloss Humboldt Forum positioniert haben.

Unser Auftrag wird sein, die Zwischenräume zu öffnen und zu fragen, wie wir eine diverse Stadtgesellschaft an diesen Ort einladen und wie wir eine Auseinandersetzung mit den angesprochenen Themen schaffen. Wir als Institution sind ein unkontrolliertes Experiment, das kann ich Ihnen aus der Erfahrung des letzten Jahres berichten. Nun finden Dinge statt, die an einem solchen Ort erst einmal nicht zu erwarten sind. Ein Quartett mit klassischer Musik einzuladen, das wäre unproblematisch. Aber ein Festival auszurichten, das in der Berliner Community verhaftet ist – wir haben das unter dem Titel „Durchlüften“ gemacht – den Hof umzugestalten, ein Gastspiel mit einem ruandischen Hipp-Hopper zu veranstalten, das ist noch nicht die Normalität. Aber das ist die Normalität, die im Humboldt Forum einziehen wird. Ich denke, wir haben ungefähr drei bis fünf Jahre Zeit, um aus dem Schloss ein Forum zu machen.



Fragen an die Keynotes

Keynotes

Prof. Dr. Dorothea Kübler
Roman Schmitz

Gesamtmoderation

Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha

„Experimente sind fester Bestandteil von Wissenschaft und finden in den Sozialwissenschaften immer häufiger Anwendung. Aber: sind ihre Ergebnisse nicht häufig Momentaufnahmen? Liefern sie genügend Evidenz, um aus ihnen etwa politische Maßnahmen herzuleiten?“

Kübler: „Zunächst einmal sollte an dieser Stelle zwischen sozialen und anderen, etwa medizinischen Experimenten unterschieden werden. Aber natürlich kommt man – gerade in der sozialen Welt, die in stetem Wandel ist – ständig in neue Situationen, in denen die Evidenz, die man früher gesammelt hat, nicht mehr greift. Aber mein Plädoyer ist es, Neues von Anfang an so in die Anwendung zu bringen, dass man es sinnvoll evaluieren kann.“

„Laufen wir aktuell Gefahr, dass in den Wissenschaften eine Art Methodenhierarchie zugunsten experimentellerer Verfahren entsteht?“

Kübler: „In der Ökonomie gab es in den letzten 20 Jahren eine empirische Wende und ich halte sie für einen riesigen Gewinn, weil wir uns nun damit befassen, wie die Welt wirklich ist. Das geht jedoch auch damit einher, dass die Ansprüche an die Empirie höher geworden sind. Und wenn man wissenschaftliche Ergebnisse publizieren möchte, muss man so oder so Evidenzen liefern. Komplizierter wird es an den Stellen, an denen keine geeignete Evidenz geliefert werden kann. Hier sind innovative Methoden gefragt.“

„Herr Schmitz, bei Ihnen im Humboldt Forum spielen Evidenzen eher eine untergeordnete Rolle, oder?“

Schmitz: „Wir machen Kunst und Kultur an einem Ort, der nicht von Kunst- und Kulturschaffenden konzipiert wurde. Dabei produzieren wir andere Arten von Ästhetiken, als man es auf einer leeren Bühne tun würde. Im Unterschied zum Wissenschaftsbereich muss unser Publikum nicht zwingend ein Urteil fällen, es nimmt im Idealfall

etwas mit. Und die große Herausforderung, unser Experiment, besteht aktuell darin, dass wir unser Publikum noch gar nicht kennen.“

„In der Diskussion machen wir eine Dichotomie zwischen kontrollierten und unkontrollierten Experimenten auf. Dabei meinen wir stets eine wissenschaftliche Kontrolle. Aber: kann Kontrolle nicht auch anders aussehen? Kann man nicht gesellschaftlich, partizipativ kontrollieren?“

Schmitz: „Wahrscheinlich fühlt sich die Situation im Humboldt Forum deshalb so unkontrolliert an, weil viele Fragen offen sind. Aber tatsächlich ist das Humboldt Forum ein demokratisch gewollter Ort und unser Team bewegt sich mit dem öffentlichen Diskurs und der gesellschaftlichen Wirklichkeit.“

„Liegt der Unterschied zwischen naturwissenschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Experimenten nicht darin, dass ein naturwissenschaftliches Experiment unter gleichen Bedingungen wiederholbar sein muss?“

Kübler: „Das ist eine wichtige Frage, die man sich stets stellen sollte. Es gibt jedoch im Sozialen überraschend viele Felder, in denen Experimente über Ländergrenzen hinweg sehr stabile Ergebnisse bringen, etwa wenn es um Diskriminierung geht.“

„Herr Schmitz, wie schafft man es als Institution, dem öffentlichen Diskurs nicht hinterherzuhinken und auch außerhalb der eigenen Blase zu denken? Wie lösen Sie konkret in Ihrem Arbeitsalltag Fragen wie die der Dekolonialisierung?“

Schmitz: „Erst seit Kurzem werden wir als Akteur wahrgenommen. Ein Forum können wir nur werden, wenn wir den Dialog mit der Öffentlichkeit schaffen und sie direkt an Entscheidungen beteiligen. In Bezug auf die Dekolonialisierung von Institution und Werken geht es vor allen Dingen darum, dass wir uns nicht einfach selbst reproduzieren, sondern ständig unsere Strukturen hinterfragen. Konkret ist dabei zum Beispiel die Besetzung von Stellen ein Faktor.“

38 **Dialog-Café 1**
Experimente Natur Gesellschaft

45 **Dialog-Café 2**
Experiment als Institution

55 **Dialog-Café 3**
Verhandlungen über Normalität

64 **Dialog-Café 4**
Dialog: Drei Experimente

72 **Dialog-Café 5**
Transformation der Normalität

81 **Dialog-Café 6**
Die dominante Normalität

Die Mitglieder des Großen Konvents der Schader-Stiftung thematisieren einmal im Jahr Status quo und Perspektiven des Dialogs zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis. Ziel ist es, aktuelle sowie kommende Herausforderungen zu formulieren und daraus Themen und Bedarfe für zukünftige Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften, aber auch für die Arbeit der Schader-Stiftung zu explorieren. In drei Gesprächsrunden in „Dialog-Cafés“, die an Projekte der Stiftung anknüpften, konnten die rund 150 Teilnehmenden des Großen Konvents Erfahrungen und Ideen, Anregungen und Erkenntnisse austauschen.



Dialog-Café 1: Experimente Natur Gesellschaft

Impulsgeberinnen und Impulsgeber:

Marius Albiez, Richard Beecroft, Annika Fricke, Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

Prof. Dr. Hanna Zapp, Evangelische Hochschule Darmstadt

Dr. Regina Rhodius, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Begleitung: Prof. Dr. Roger Häußling, RWTH Aachen

Moderation: Dr. Kirsten Mensch, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Nora Schierenbeck und Dr. Kirsten Mensch

Experimente haben längst die geschlossenen Räumlichkeiten von Laboratorien verlassen und nisten sich in unsere soziale Wirklichkeit ein. Neues im Erprobungszustand prägt das Verhältnis zwischen Natur und Gesellschaft, wandelt den jeweils individuellen Zugang zur Natur. Natur- und ingenieurwissenschaftliche Erkenntnisse fördern einen unumkehrbaren Umbau von Welt. Marktwirtschaftliche Zielsetzungen führen zudem zu kritikwürdigen Beziehungen zu Mitmenschen und Natur. Wäre dies ein Experiment unter Laborbedingungen, hätte man es abgebrochen. Entspricht der so entstandene Umgang des Menschen mit der ihn umgebenden Natur einer normalen Lebensweise? Wie ist auszuhandeln, was normativ als richtig gilt?

Von Selbst-, Real- und Gedankenexperimenten

Experimente überprüfen Hypothesen und tragen zu einem besseren Verständnis der Realität bei. Darüber hinaus können experimentelle Designs genutzt werden, um alternative Normalitäten zu entwerfen, zu erproben und letztendlich umzusetzen. In Reallaboren lässt sich experimentieren, wie zukunftssträchtig Entwürfe neuer Normalitäten sind. Die drei Wissenschaftler*innen Annika Fricke, Marius Albiez und Richard Beecroft am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) eröffnen die erste Session des Dialog-Cafés und betonen den Nutzen verschiedener Arten von Experimenten, um Vorstellungen von einer neuen Normalität zu entwickeln.

Annika Fricke vermittelt die Logik von Selbstexperimenten, die sich auf einer individuellen Ebene abspielen. Es handelt sich um den zeitlich begrenzten Versuch, eine neue Lebensweise aufzunehmen. Alltagsroutinen werden selbständig für eine gewisse Zeit verändert und die Auswirkungen systematisch beobachtet. Selbstexperimente finden in sehr unterschiedlichen Kontexten und zu freigeählten Themen statt, zum Beispiel eine vegetarische Ernährungsumstellung oder ein täglicher meditativer Waldspaziergang. Die von der Impulsgeberin betreuten Selbstexperimente verfolgen das Ziel, nachhaltigere Perspektiven, umweltfreund-

liche Gewohnheiten und Routinen zu etablieren. Die Proband*innen in Karlsruhe sammeln unter dem Stichwort „Vier Wochen ethisch leben“ Erfahrungen. Sie loten den eigenen Handlungsspielraum aus, erleben Selbstwirksamkeit und stoßen die Reflexion eigener Werte an. Ein Selbstexperiment regt dazu an, alternative Praktiken auszuprobieren, bereits vorhandene Infrastruktur zu nutzen und dadurch neue Alltagsroutinen zu etablieren.

Marius Albiez benennt Realexperimente als eine Möglichkeit, neue Verhaltensweisen auf einer sozialen und technischen Ebene zu erproben. Ihre Struktur ist partizipativ, das heißt, Proband*innen bringen sich aktiv ein und weitere Personen dürfen ebenfalls teilnehmen. In dem Forschungsprojekt „Dein BalkonNetz – Energieschafft Gemeinschaft“ werden Bürger*innen Photovoltaik-Balkonmodule zur Verfügung gestellt, um selbst Energie zu gewinnen und in das Stromnetz einzuspeisen. Das Realexperiment verknüpft technische Neuerungen und soziale Aspekte. Denn die Installation eines Balkon-Solarmoduls bedarf beispielsweise der Absprache mit Vermieter*innen oder der Eigentümergemeinschaft. Die Auswirkungen der mobilen Photovoltaikanlagen auf das soziale Zusammenleben werden systematisch beobachtet und dokumentiert. Die vertraute Normalität wird somit durch Realexperimente um neue technische Produkte, Erlebens- und Verhaltensweisen erweitert. Realexperimente sind hier ein Treiber für nachhaltige Entwicklung. Durch ihre Präsenz üben sie gesellschaftlichen Einfluss aus. Dabei sollen möglichst viele „Bubbles“ berührt und einbezogen werden.

Richard Beecroft beschäftigt sich mit Gedankenexperimenten. Sie kommen zum Einsatz, wenn es um Zukünftiges geht oder falls ethische oder rechtliche Vorschriften die Durchführung eines Realexperiments unmöglich machen. Gedankenexperimente zeichnen sich durch Ideenreichtum und „verrückt“ anmutende Aktionen aus. Der Impulsgeber sieht beim vorgestellten Projekt „Urbane Xtopien – Freiräume der Zukunft“ die Chance, verschiedene Zukunftsszenarien abzubilden und Visionen für eine neue Normalität zu erarbeiten. In Kreativworkshops hinterfragten Kinder und Jugendliche ihre Vorstellungen von Normalität und entwickelten neue Ideen. Richard Beecroft betont, dass nicht der „Real-Fall“ am spannendsten ist, sondern der außergewöhnliche, nicht-denkbare Fall. All das, was nicht normal ist, liefert Ideen und Visionen für eine andere Zukunft.

Eine wichtige Rolle bei der Etablierung neuer Gewohnheiten spielt die räumliche Infrastruktur. So müssen neue Verkehrsmittel und Routen zunächst erschlossen werden und neue Wege sich einpendeln. Eine hohe Selbständigkeit bei der Exploration und Etablierung neuer Routinen zeichnet sich vor allem bei Studierenden ab. Gender-Effekte sind ebenfalls zu beobachten. Beim Realexperiment mit Balkon-Solarmodulen etwa waren Frauen unterrepräsentiert – so wie es sich durch den gesamten Energiesektor zieht: von der Chefetage in den großen Unternehmen bis hin zu Informationsveranstaltungen. Um möglichst viele Personen für umweltfreundliche, technische Lösungen zu begeistern, sollten Frauen deshalb besonders berücksichtigt und gezielt angesprochen werden.

Auch Experimente stoßen an Grenzen

Neben dem Hinweis auf Chancen, die unterschiedliche experimentelle Zugänge bieten, kommen in der anschließenden Diskussion auch Fragen auf. Sorgen derartige Experimente für alternative Normalitäten, also für tatsächliche Verhaltensänderungen? Wie wirksam sie sind, lässt sich nicht immer nachvollziehen, da die Erkenntnisse meist auf Selbstauskünften fußen. Die Frage nach langfristigen Verhaltensänderungen ist oftmals nicht Teil der Forschungsvorhaben. Auch das Potenzial von Netzwerk-Effekten wird häufig unzureichend berücksichtigt und miterfasst.

Normalitäten bilden sich häufig, so eine Teilnehmerin der Diskussion, innerhalb einzelner gesellschaftlicher „Bubbles“ ab. In einer Stadt wie Karlsruhe, erwidert Marius Albiez, gibt es zahlreiche Schnittstellen zwischen den gesellschaftlichen Gruppierungen. Wenn Reallabore wie die des KITs dort ansetzen, können sie durchaus stilbildend für die städtische Gesellschaft werden.

Das Neue Normal – Ungerechtigkeiten bleiben bestehen

Während in der ersten Session des Dialog-Cafés die Logik verschiedener Experimente im Vordergrund stand, geht die zweite Session der Frage nach, was zukünftig normal werden wird und wie eine Transformation dorthin gelingen kann. Die Impulsgeberin Hanna Zapp, Professorin und selbständige Beraterin in den Bereichen Strategieentwicklung, Mediation und Coaching, zeichnet einen kritischen Zukunftsentwurf eines „Neuen Normal“ und prophezeit einen steinigen Weg dorthin. Sie gibt zu, das neue Normal auch nicht zu kennen, jedoch existieren sich abzeichnende Eckpunkte – und eins ist sicher: „Das Neue Normal wird komplex“.

Verschiedene Subsysteme sind von der sozial-ökologischen Transformation betroffen. Sie folgen Eigenlogiken und Pfadabhängigkeiten. Hier Veränderungen herbeizuführen, ist langwierig, lobbyabhängig und bedarf partizipativer Prozesse. Dies macht es auch so schwer, eine neue, umweltfreundlichere Normalität zu entwerfen.

Hanna Zapp zeigt Eckpunkte auf, die sie für die Normalität der Zukunft als wegweisend ansieht. Zuerst beschreibt sie ein Verständnis von Natur, das diese nicht nur als Mittel für menschliche Zwecke ansieht. Die Politik wird vor der Frage stehen, ob man „alle mitnehmen“ kann oder auf eine Avantgarde setzen muss. Die Impulsgeberin prognostiziert hierbei „tragische Entscheidungen“. Die Ökonomie muss sich, weg vom Ökonomismus, auf eine Form wirtschaftlichen Handelns besinnen, die der Wohlfahrt dient. Auch ein neuer Gesellschaftsvertrag auf Basis des Konzepts von John Rawls wäre denkbar. Doch: Ist nicht die Hoffnung, dass sich durch die sozial-ökologische Transformation die Lebensbedingungen für möglichst viele Menschen verbessern könnten, ein Trugschluss? Die Impulsgeberin bleibt am Ende ihres Zukunftsentwurfs kritisch und formuliert: „Das Neue Normal wird nicht gerechter werden“.

Auch die Diskutant*innen stimmen der Voraussage zu, das neue Normal werde nicht zu mehr Gerechtigkeit führen als die derzeitige Normalität. Die reichsten Länder der Welt sind zurzeit für den höchsten CO₂-Ausstoß verantwortlich. Ärmere Nationen stoßen deutlich weniger Emissionen aus, können sich zugleich nicht vor den Folgen des Klimawandels schützen. Die Impulsgeberin betont, dass Visionen, Haltungen und Einstellungen die Welt nicht gerechter machen. Dies können nur entsprechende Strukturen und Institutionen leisten.

Der Weg zum neuen Normal

Der Weg hin zu einem Neuen Normal wird als herausfordernd und komplex beschrieben. Ein Teilnehmer mahnt ein stärkeres Wirken der Wissenschaft an, die sich hierfür durchaus mit normativen Prämissen ausstatten sollte. Wissenschaft sollte demnach explizit transformativ agieren.

Kritische Stimmen in der Diskussion betonen, dass die Gesellschaft bisher keine prozessorientierten Abstimmungsmethoden kennt, die für eine sozial-ökologische Transformation geeignet sind. Es besteht ein Spannungsfeld zwischen dem Grundsatz, „alle mitzunehmen“, und der Notwendigkeit einer Avantgarde, die die Transformation vorantreibt. Bürgerräte und genossenschaftliche Organisationsformen werden genannt. Zugleich warnt eine Stimme, über neue demokratisch nicht legitimierte Kanäle Einfluss auf Verwaltungshandeln auszuüben. Sonderinteressen müssen abgewehrt werden.



In der Runde tauchen Bedenken auf, die Einflussmöglichkeiten des Individuums hinterfragen. Der einzelne Mensch hat zu wenig Einfluss, um etwas zu verändern. Zudem soll Nachhaltigkeit nicht ins Private „outgesourced“ werden, sondern ist Aufgabe von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Sie müssen Infrastruktur bereitstellen, um dem Individuum nachhaltige Verhaltensweisen zu ermöglichen. Die Diskutant*innen sind sich einig, Werte und Haltungen allein reichen nicht aus, um die Klimakrise abzuwenden, vielmehr werden Kontrollmechanismen, gesetzliche Leitplanken und veränderte Strukturen seitens der Politik gebraucht. Dies lässt sich am Beispiel der Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz verdeutlichen. Trotz des Desasters wird weiterhin nah an hochwassergefährdeten Flussufern gebaut. In solchen Fällen ist der Gesetzgeber gefordert.

Ob Transformation über ein „Drehen an der Preisschraube“ funktioniert, ist fraglich. Am Beispiel der langsam, aber stetig steigenden Benzinpreise zeigt sich: Schleichende Steigerungen führen im Vergleich zu abrupten Preissprüngen zu keiner Verhaltensänderung der Konsument*innen. Das eigene Auto wird weiterhin betankt.

Der Wunsch nach technischen Lösungen

Der Wunsch nach technischen Innovationen, um den Klimawandel zu stoppen, ist groß und klingt verlockend. Gleichzeitig ist die Einstellung gegenüber und die Nutzung von technischen Lösungen ambivalent besetzt. Einerseits favorisieren wir abgehobene Ideen und träumen von „Daniel Düsentrieb-Lösungen“, die den bisherigen Lebensstil weiterhin ermöglichen. Diese Vorstellungen werden in der Diskussion als Illusion bezeichnet. Es wird keine umfassende technische Lösung für die aktuelle Problematik geben, vielmehr bedarf es auch einer Verhaltensänderung und unter Umständen eines restriktiveren Lebensstils. Technische Lösungen können allenfalls dazu dienen, dass die Restriktionen nicht zu schwerwiegend ausfallen. Ein Biotechnologe in der Runde gibt zu bedenken: Obwohl der Wunsch nach einem „technical fix“ groß ist, wird technischen Neuheiten von Gesellschaft und Politik zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Entwicklungen, wie Biokraftstoffe, werden von der Forschung angeboten, aber politisch nicht umgesetzt und unzureichend in die Gesellschaft getragen. Dies führt zu Frustration bei Entwickler*innen und zu ungenutzten Möglichkeiten.

Der Wald als Reallabor

Die dritte Session des Dialog-Cafés diskutiert das Verhältnis von Mensch und Natur. Welche Rolle nimmt die Natur in der heutigen Normalität ein? Wodurch ist die wechselseitige Beziehung zwischen Mensch und Natur gekennzeichnet? Um der Bedeutung von Natur näher zu kommen, bietet sich eine genaue Untersuchung des Waldes im Rahmen eines Reallabors an. Regina Rhodius, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der



Professur für Waldbau der Universität Freiburg, beschäftigt sich mit dem Stellenwert des Waldes und seiner Wirkung auf den Menschen. In ihrer Forschung zeichnen sich Reallabore durch einen inter- und transdisziplinären Zugang aus, richten sich auf Veränderung aus und bieten Raum für Lernprozesse und Reflexion. Regina Rhodius hat federführend am Reallabor Nordschwarzwald mitgewirkt, das die Einrichtung eines Nationalparks in dieser Region mit Dialogangeboten und vielfachen erlebnispädagogischen Formaten begleitete.

Der Wald wird hier als wichtige Ressource genutzt, die einen positiven Einfluss auf die Gesundheit hat. Studienergebnisse zeigen: Ein achtsamer Waldspaziergang hat die gleiche entspannende Wirkung wie progressive Muskelentspannung.

Regina Rhodius verdeutlicht, dass es neben dem Mensch-Natur-Verhältnis auch immer um Mensch-Mensch-Beziehungen geht. So wurden im Reallabor Wald häufig gesetzliche Spielräume ausgelotet oder gesellschaftliche Diskurse angeschoben.

Das spirituelle Verhältnis zur Natur

Eine Teilnehmerin wirft ein: Eine intellektuelle Herangehensweise zur Förderung von umweltbewusstem Verhalten reicht zur Lösung globaler Probleme nicht aus. Vielmehr muss wieder ein sinnlicher Zugang zur Natur gefunden werden. Durch einen gefühlvolleren Austausch mit der Natur wird ein tieferes Verständnis für natürliche Zyklen wiedergewonnen und dadurch nachhaltiges Handeln gefördert, bestätigt ein weiterer Teilnehmer. Indigene Kulturen sind ein Vorbild für diese sinnliche Form des Zugangs. Sie folgen nicht dem westlich geprägten Kultur-Natur-Dualismus, sondern verstehen sich als „eingeboren-sein“ in der Natur und leben im Einklang mit ihr.

Die Gegenmeinung dazu betont, dass eine komplexe Gesellschaft vernünftige, also begründungsfähige Lösungen braucht, daher nicht bei Ansätzen von Naturvölkern stehen bleiben sollte. Der Widerspruch folgt sofort: Eine Orientierung hieran „hat nichts mit indigener Romantik zu tun“, sondern kann eine nützliche Wissensquelle zur Bewältigung der Klimakrise sein. Die Degradierung dieses Wissens ist ein typischer Reflex der Vernunftgesellschaft. Die indigen geprägte Einstellung ist zur Lösung komplexer und moderner Probleme durchaus nützlich. Dafür ist hiesiges, vor Ort entstandenes Wissen ebenso passend verwertbar wie solches von Völkern, die sich seit jeher an Umweltänderungen anpassen mussten.

Es muss kein „entweder-oder“ sein: Entweder Kopf oder Herz! Es kann auch, so Regina Rhodius, ein „sowohl-als auch“ zum Ansatz kommen. Warum nicht einerseits auf Emotionen und Intuitionen setzen, andererseits die Vernunft nutzen?

Der sogenannte „spirituelle“ Zugang zum Wald wird in Deutschland bereits vielfach praktiziert und ist auch historisch begründet, so ein Teilnehmer, der einige Zeit als Förster gearbeitet hat. Das Seelenheil und Erinnerungen an die eigene Kindheit werden mit dem Wald assoziiert. Heimatgefühle tauchen auf. Diese positive Besetzung spiegelt sich unter anderem in der Beliebtheit der Bücher des Försters und Autors Peter Wohlleben wider. Er trifft damit einen Nerv der Zeit.

Kritische Stimmen in der Diskussion betonen, dass ein Gefühl von „in der Natur sein“, sich mit ihr verbunden zu fühlen, nicht automatisch mit umweltfreundlichem Verhalten einhergeht. Fernreisen werden unternommen, um die Natur im Zielland zu bewundern. Zum Pendeln zwischen dem Arbeitsort in der Stadt und dem Umland kommt das eigene Fahrzeug zum Einsatz. Ohnehin wäre es besser, so ein Beitrag mit Bezug zum einleitenden Impuls der Session, wenn die Menschen zu Hause progressive Muskelentspannung betrieben, statt den Wald zu einem Spaziergang aufzusuchen.

Der Zugang zur Natur im städtischen Raum wird in der Diskussion weitgehend ausgespart. Vielmehr entstehen Bilder und Sehnsüchte von unberührter „echter“ Natur auf dem Land. Eine Diskutantin betont, dass Städte durchaus das Potenzial haben, Naherholungs- und Naturflächen anzubieten und damit zur Erholung ihrer Bürger*innen beitragen. Die Teilhabe an Natur sollte allen Menschen, ob auf dem Land oder in der Stadt, ermöglicht werden.

Letztlich handelt es sich sowohl bei den Grünanlagen in der Stadt als auch beim Wald in seiner stadtnahen Ausprägung nicht um Natur im engeren Sinne, wie ein Teilnehmer einwirft. All das ist Kultur – menschengemacht.

Das intellektuelle Verhältnis zur Natur

Das Verhältnis zur Natur ist von Ambivalenz und Subjektivität geprägt. Dieses Verständnis bestimmt auch die Vorstellungen von heutiger und zukünftiger Normalität. Einerseits werden der Natur menschliche Eigenschaften, etwa ein Bewusstsein, zugeschrieben. Sie wird moralisch aufgeladen, Werte werden ihr zuerkannt, und sie wird als gut oder böse bezeichnet. Sie wird vermenschlicht. Andererseits wird menschliches Verhalten naturalisiert.

Ein Neues Normal antizipieren

Die Menschen sehnen sich nach der Normalität, in der sie aufgewachsen sind. Insbesondere die privilegierten Gruppen werden nicht freiwillig Wohlstand und Komfort abgeben. Trotzdem verdeutlicht die Diskussion des Dialog-Cafés, dass sich etwas verändern muss und wird. Obwohl niemand über konkrete Vorstellungen einer Neuen Normalität verfügt, steht fest: Der Weg dorthin wird herausfordernd, die Aushandlungsprozesse benötigen eine neue Methodik und sollten partizipativ gestaltet sein. Naturverbundenheit kann diesem Prozess zugutekommen. Damit fungiert der sinnliche Zugang zur Natur als transformatives Element.

Resümee

Prof. Dr. Roger Häußling ist Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung. Er hat das Dialog-Café begleitet und fasst seine Überlegungen unter dem Titel „Realweltliche Experimente als Mittel“ zusammen:

Bruno Latour hat frühzeitig darauf hingewiesen, dass in modernen Gesellschaften die naturwissenschaftlich-technischen Labore die prädestinierten Orte bilden, an denen soziotechnische Neuerungen erzeugt und stabilisiert werden. Hier finde heutzutage die Verknüpfung von Gesellschaft und Natur in einem ungekannten Ausmaß statt. Und es ist nicht nur die schiere Quantität der soziotechnischen Innovationen, sondern auch ihre Wirk-

macht, sodass es Latour nicht für übertrieben hält, davon zu sprechen, dass die Gegenwartsgesellschaft aus dem Labor entsteht. So sehr basiert sie auf dem, was in den Labors erzeugt wird, und so sehr hat sie sich davon abhängig gemacht. Gleichzeitig findet in der westlichen Welt eine Fehlwahrnehmung statt, indem diese Neuerungen nur im Sinne von Kulturleistungen – also als gesellschaftliche Hervorbringungen – begriffen werden. Man trennt damit künstlich ihre Verwobenheit mit den natürlichen Prozessen. Die Öko-Krise kann – gemäß Latour – als ein Ergebnis dieser Fehlwahrnehmung begriffen werden. Indem wir allzu lange die Verwobenheit von Gesellschaft und Natur ignoriert haben, die in den Laboratorien immer ausgeklügelter auf die Spitze getrieben wurden, kamen die Wechselwirkungen des massenhaften Einsatzes soziotechnischer Neuerungen mit den natürlichen Prozessen nicht adäquat in den Blick. Vielmehr haben wir die Neuerungen ohne Plan und ohne Einkalkulierung der in ihnen angelegten Wechselwirkungen zwischen Gesellschaft und Natur auf uns losgelassen und wundern uns, wenn diese Wechselwirkungen wie ein Bumerang in Form von sogenannten Folgen für Gesellschaft und Natur zurückkommen. Denn in den klassischen Laboratorien würden permanent die Grenzen zwischen Natur und Gesellschaft überschritten, indem Natur- und Ingenieurwissenschaften an neuen Vernetzungsmöglichkeiten arbeiten.

Mit anderen Worten entlarvt Latour die bisherige Vorstellung von Laboratorien als Ideologie: Es ist eine Illusion, solche Stätten klinisch reiner naturwissenschaftlich-technischer Forschung herstellen zu können. Dies ist allein schon deshalb nicht möglich, da gesellschaftliche Werte und Normen in die Forschung in Form von Ideen, Konzepten, Forschungsgegenständen etc. Einzug erhalten. Latour hat hier als einer der Ersten etwas ausgesprochen, was sich in den letzten Jahrzehnten immer stärker abgezeichnet hat. Das Labor in seiner klassischen Fassung ist in der Krise. Es produziert nicht die Lösungen, die sich dann reibungslos in die Gesellschaft einbauen lassen. Und es ist nicht der Ort, in dem sich überhaupt nachhaltige Lösungen erarbeiten lassen, da zur Nachhaltigkeit immer auch die soziale Dimension gehört, die in der Versuchsanordnung des klassischen Labors aufgrund ihrer Komplexität keine Berücksichtigung findet. In dem Maß, in dem der Ruf nach verantwortungsvoller, nachhaltiger Forschung lauter wird, die resiliente Ergebnisse liefern soll, in dem Maß erodiert der Boden, auf dem das klassische Labor seine Existenz gründet. Nun treten stattdessen Fragen der Eingebettetheit, der Wechselwirkung und Vernetztheit der Systeme in den Fokus. Dies gilt im besonderen Maße auch für die soziotechnischen Innovationen: Die sozialen Aspekte technischer Neuerungen gilt es von Anfang an und auf gleicher Augenhöhe mit zu gestalten. Und was liegt da näher, als die reale Welt zu einem Laboratorium für Neues werden zu lassen?



Dialog-Café 2: Experiment als Institution

Impulsgeber:

Prof. Dr. Dr. Jürgen Ensthaler, Technische Universität Berlin

Dr. Matthias Schulze-Böing, Hochschule Fulda

Prof. Dipl.-Ing. Julian Wékel, Institut für Städtebau und Wohnungswesen, München

Begleitung: Prof. Anselm Hager Ph.D., Humboldt-Universität zu Berlin und

Prof. Dr. Gisela Kubon-Gilke, Evangelische Hochschule Darmstadt

Moderation: Tatiana Soto Bermudez, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Jens Hübertz und Tatiana Soto Bermudez

Die Suche nach Lösungen für neue Herausforderungen und die Etablierung von Verbesserungen des Status quo kann in Gesellschaften aus politisch-institutioneller Perspektive sehr unterschiedlich organisiert werden. Eine heute gängige Vorstellung ist es, mögliche Neuerungen zunächst in Labor oder Experimentierwerkstatt genannten Umfeldern modellhaft zu erproben, bevor sie mit den klassischen Mitteln staatlicher Normsetzung zum Regelfall erhoben werden. Das ist jedoch nur eine mögliche Antwort darauf, wie institutionell mit neuen Herausforderungen umgegangen werden kann. Welche Ansätze aus politisch-regulativer Perspektive gibt es, die das Experimentieren zum Normalzustand erheben, die offene, permanente Suchprozesse organisieren oder ein sich an neue Gegebenheiten anpassendes Regelwerk der Normalität schaffen?

Recht und Innovation

Jürgen Ensthaler, Professor für Wirtschafts-, Unternehmens- und Technikrecht an der Technischen Universität Berlin und Impulsgeber der ersten Session „Innovation trotz Regelwerk“ beleuchtet aus einer juristischen Sicht den scheinbaren Widerspruch zwischen rechtlicher Normierung und disruptiven technischen Innovationen. Grundsätzlich kann dieser stete Widerspruch aufgelöst werden, so Ensthaler, wenn das Recht laufend an die gesellschaftliche und technische Entwicklung angepasst wird. Rechtsetzung und Politik kommen damit in Bezug auf technische Innovationen notwendige reaktive Rollen zu. Innovationen lassen sich nicht vorhersehen und werden überdies zunehmend komplex, was ihr Verständnis erschwert und rechtliche Regelsetzungen verzögert.

Trotz dieser Verzögerung betont Ensthaler die unverzichtbare Funktion des Rechts in Bezug auf technische Innovation. Das Recht ist, zumindest im Idealfall, die Stimme derer, die durch Innovationen und deren Folgen tangiert werden. Als solchem kommt ihm die Aufgabe zu, technische Neuerungen im Interesse der Allgemeinheit auf Risiken zu

prüfen, diese zu minimieren und in Schadensfällen Verantwortlichkeiten zuzuweisen. Das Recht soll helfen, Innovationen verträglich in bestehende Gesellschaften zu integrieren. Es beschränkt damit nicht Innovation, sondern fördert ihre Adaption. Ensthaler formuliert die These, dass Innovationen nur dann wünschenswert sind, wenn sie risikogerecht in die Gesellschaft integriert werden können. Entsprechend sind Innovationen ohne Recht nur möglich, wenn keine Risiken für Dritte entstehen.

Beispielhaft führt er das Feld des autonomen beziehungsweise hochautomatisierten Fahrens an, bei dem in einem schwierigen Abwägungsprozess zu entscheiden ist, welche Warnsysteme notwendig sind, was ein automatisiertes Fahrzeug können muss und welches Restrisiko akzeptabel erscheint. Es kann dabei nie eine vollkommene Risikofreiheit erreicht werden, so Ensthaler.

Der Bereich technischer Innovationen ist deshalb besonders interessant, da der Geltungsbereich des Rechts selbst Teil eines konflikthaften Aushandlungsprozesses ist. Beispielsweise strebt der Bund in Bezug auf automatisiertes Fahren eine Vereinheitlichung technischer Warnsysteme an, während die deutsche Autoindustrie darauf besteht, dass die Entwicklung des besten Systems Teil des innovativen Wettbewerbs innerhalb der Branche sein muss. Auch im Rahmen patentrechtlicher Angelegenheiten stellen Innovationen gewohnte Denkmuster und rechtliche Geltungsbereiche in Frage. Die Problematik, ob und inwiefern Software oder finanztechnische Geschäftsmodelle patentiert werden können, beschäftigt in regelmäßigen Abständen die obersten Gerichte sowohl der USA als auch Deutschlands und der EU.

In diesen Konflikten sieht der Impulsgeber das Recht in einem strategischen Nachteil, welcher durchaus auch traditionellen und dogmatischen Strukturen der Rechtswissenschaften zuzuschreiben ist. So sollen Jurist*innen helfen, neue Technik allgemeinverträglich in die Gesellschaft zu integrieren. Das Verständnis für diese technischen Innovationen ist jedoch häufig nicht oder nur ungenügend vorhanden.

Folglich bedarf es größerer interdisziplinärer Bemühungen und Expertise. Interdisziplinarität in den Rechtswissenschaften darf sich nicht mehr nur auf die Wirtschaftswissenschaften beschränken, sondern muss aktiv die Informatik, Technik- und Ingenieurwissenschaften miteinschließen. Nur so kann bei Neuerungen schneller Klarheit über den Sachverhalt und über die gegensätzlichen gesellschaftlichen Interessen geschaffen und so eine sachgerechte Beratung der Politik ermöglicht werden.

Kritik an der Rolle des Rechts wird es jedoch immer geben. Jede Innovation muss einen Regelungsfilter durchlaufen, um Risiken zu minimieren. Eine Überschätzung des Risikos führt zu unnötigen Regeln, während eine Unterschätzung des Risikos Regelungslücken hinterlässt.

Recht und Technologie

In der folgenden Diskussion wird im Hinblick auf Mittel und Wege des Gesetzgebers, sich der Geschwindigkeit des technischen Fortschritts anzupassen, ein düsteres Bild gezeichnet.

Eine Teilnehmerin spricht von einer vollständigen Umkehr der Verhältnisse durch die Digitalisierung. Nicht mehr die Gesellschaft gibt dem Markt den Rahmen vor, in dem sich technische Innovation abspielt, sondern vielmehr bestimmt der technische Fortschritt in zunehmendem Maße die Struktur der Gesellschaft selbst.

Der Impulsgeber räumt eine gewisse Getriebenheit des Rechts ein. Problem sind nicht nur technische Aspekte, sondern auch die starken Netzwerkeffekte im Internet, die die



Herausbildung globaler monopolistischer Strukturen begünstigen. Kartellämter haben hierzu noch keinen effektiven Umgang gefunden und sind verhältnismäßig zögerlich, gegen solche Monopole oder auch nur gegen monopolistische Praktiken vorzugehen. Erfolge sind selten und scheitern häufig an der schieren Marktmacht der Unternehmen. Ein Gesetz, welches Google und andere dazu verpflichtet, Lizenzgebühren für Nachrichten oder Verlagsgüter zu zahlen, die in der Suchmaschine erscheinen, führte dazu, dass Google Unternehmen, welche dieses Recht einforderten, nicht mehr auf seiner Seite listet. Ensthaler regt an, zentrale Dienstleistungen wie Internetsuchmaschinen auf Dauer als Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge zu verstehen, um die Abhängigkeit von Monopolisten zu verringern.

An den Gesichtspunkt der Abhängigkeit schließt direkt der nächste Abschnitt der Diskussion an. Woran liegt es, dass Europa den USA in technologischer Innovationskraft hinterherhinkt und alle Technologieunternehmen in den Vereinigten Staaten gegründet wurden. Ist dies eventuell einem innovationsfreundlicheren Rechtssystem geschuldet, in welchem Empirie und technische Expertise einen sehr viel höheren Stellenwert genießen?

Ensthaler verteidigt das tradierte europäische Rechtssystem, indem er eine Reihe von Beispielen aufzeigt, bei denen die USA dem Vorbild europäischer Rechtsprechung gefolgt sind. Andererseits neigt das deutsche Rechtssystem dazu, weniger Rückkopplungen aus anderen wissenschaftlichen Bereichen zuzulassen. Interdisziplinarität wird in den europäischen Rechtswissenschaften immer noch mit einer gewissen Arroganz betrachtet, auch wenn sich hier langsam ein neuer Zeitgeist etabliert. Dieser Ansicht ist auch ein weiterer Teilnehmer, der selbst an der Schnittstelle von Recht und Technologie tätig ist. Er warnt vor einer Selbstaufgabe des Rechts, wenn dieses in den alten Strukturen verhaftet bleibt. Ein möglicher Ansatz kann sein, neue rechtliche Instrumente und Einrichtungen zu etablieren, die jenseits der Systematik von Straf-, Zivil- und Öffentlichem Recht operieren, wie der jüngst eingerichtete Lehrstuhl für das Recht der Künstlichen Intelligenz demonstriert. Darüber hinaus sind Verfahren nötig, mit denen sich das Recht schneller zusammen mit der technologischen Entwicklung reformieren und auch erproben lässt.

Um dies zu gewährleisten, braucht es aber, wie Ensthaler bereits betonte, bessere Expertise im Recht wie in der Politik. Eine Abgeordnete des Hessischen Landtags stellt Initiativen vor, die bereits angestoßen wurden. Das neue Zentrum für verantwortungsbewusste Digitalisierung an der Technischen Universität Darmstadt hat den Auftrag, Politik besser in Fragen der Digitalisierung zu beraten. Auch ist geplant, Fördergelder für KI-Forschung bereitzustellen, und ein Open-Data-Gesetz für Kommunen soll einen

gleichzeitig innovationsfreundlichen wie Datenschutz gewährleistenden Zugang zu öffentlichen Daten sicherstellen.

Nach Ansicht eines weiteren Teilnehmers sind auf absehbare Zeit keine bahnbrechenden digitalen Innovationen aus Deutschland oder Europa zu erwarten. Die hierfür ausgegebenen Fördersummen sind gering im Vergleich zu den Budgets der Silicon Valley-Firmen oder des chinesischen Staates. Dies macht fachliche Expertise im Sinne der Risikoprävention umso wichtiger. Kurz- bis mittelfristig ist die maßgebliche Aufgabe, Technologien, die nicht in Europa entwickelt wurden, im Hinblick auf ihre Risiken bewerten und sicher in die Gesellschaften integrieren zu können. Entsprechendes Fachwissen macht Gesellschaft und Politik auch weniger abhängig von der Expertise und Lobbyarbeit großer Technologiefirmen, die naturgemäß einen immensen Wissensvorsprung haben. Die Folge ist gerade in den Frühphasen von Innovationen eine mitunter problematische Angewiesenheit auf Experten aus Lobbygruppen und Unternehmen, da unabhängige Expertise schlichtweg nicht vorhanden ist.

Der Impulsgeber fasst zusammen, dass akut eine sehr viel stärkere Vernetzung zwischen Technik, Politik und Recht vonnöten ist und dass die Rechtswissenschaften in Deutschland sich umfassend interdisziplinärer aufstellen müssen.

Innovation in der öffentlichen Verwaltung

Zur Innovationsfähigkeit von öffentlichen Behörden und Verwaltungen referiert in der zweiten Session Dr. Matthias Schulze-Böing. Er war bis 2020 Leiter des Amtes für Arbeitsförderung, Statistik und Integration der Stadt Offenbach, gleichzeitig Geschäftsführer des dortigen Kommunalen Jobcenters. Zunächst stellt er klar, dass auch Verwaltungen ungeachtet ihres territorialen Monopols durchaus in Wettbewerbssituation agieren. So stehen Kommunen in Konkurrenz untereinander und öffentliche Unternehmen müssen in Ausschreibungen gegen Private bestehen. Trotz dieses teilweisen Wettbewerbs hat die deutsche Verwaltung auch international den Ruf, eher träge und wenig innovationsfreundlich zu sein.

Der Impulsgeber identifiziert hier innerhalb der Verwaltung vor allem das Problem der Versäulung und eine allgemein risikoaverse Einstellung der Verwaltungsmitarbeitenden. Versäulung bezeichnet die Tendenz einer zu strikten hierarchischen Zuweisung von Zuständigkeiten innerhalb einzelner Fachbereiche und Behörden, die einem ganzheitlichen Blick auf Probleme und kooperativen Ansätzen zwischen einzelnen Behörden im Wege steht.

Um die geschlossenen behördlichen Communities aufzubrechen, schlägt Schulze-Böing vor, bei behördlichen Reformprozessen, in der Ausbildung von Fachkräften und in den Führungsetagen Schnittstellen zwischen einzelnen Fachbereichen stärker in den Fokus zu rücken. Projekte zwischen Organisationen und ein organisationsübergreifendes Denken können nach seiner Meinung ebenso dazu beitragen wie multiprofessionelle Teams aus diversen Disziplinen, die dem Überhang von Jurist*innen und Verwaltungsmitarbeiter*innen andere Denkweisen gegenüberstellen.

Ähnliche Lösungen empfiehlt Schulze-Böing auch in Bezug auf die Risikoaversion innerhalb der Verwaltung. Die Beschäftigung von Quereinsteiger*innen zu forcieren kann andere Einstellungen und Methoden in die Verwaltung einbringen. Risikoaffines Verhalten wird sich jedoch auch bei Quereinsteiger*innen nicht halten, wenn dieses innerhalb der Verwaltung nicht honoriert wird. Um eine unternehmerische Herangehensweise in der Verwaltung zu fördern, muss Risiko zugelassen und Risikoübernahme toleriert werden – was einschließt, dass bei einem Scheitern von Experimenten Führungsetage und Politik den Rücken der Verantwortlichen stärken. Innovationsfähigkeit



lebt in diesem Sinne auch in hohem Maße von einer akzeptierenden Fehlerkultur. Des Weiteren sieht Schulze-Böing Potenzial, mit sogenannten Wettbewerbssurrogaten die Bedingung freier Konkurrenz innerhalb der Verwaltung zu simulieren. Ergebnisorientierte Verfahrensweisen wie Benchmarking oder „Social-Impact-Denken“ können den öffentlichen Dienst motivieren, Prozesse in Hinblick auf ihre potenziellen Auswirkungen zu bewerten und Innovationen fördern.

Insgesamt schließt der Impulsgeber, dass die deutsche Verwaltung noch Potenzial hat, dynamischer und innovativer zu werden, gerade im Vergleich zu den Behörden in Großbritannien oder den Niederlanden. Dennoch ist die deutsche Verwaltung sehr viel leistungsfähiger als gemeinhin ihr Ruf suggeriert, was sie unter anderem während der Covid-Pandemie und Migrationsbewegungen unter Beweis stellen konnte.

Vernetzung versus Versäulung

In der anschließenden Diskussion wurde vor allem die Herausforderung der Versäulung thematisiert. Da die Verwaltung in weiten Teilen nach politisch gesetzten Zielen arbeitet, und die Versäulung auch Folge davon ist, sollen politische Erfolge für das jeweils eigene Ressort verbucht werden. Um dies zu ändern, müssen die politischen Zielvorgaben integriertes Arbeiten fördern. Zur Vermeidung hinderlicher Konkurrenz sollten Ergebnisse nur ressortübergreifend erzielt werden können. Ein Verfahren, welches in der Stadtplanung schon in Teilen praktiziert wird.

Ein Verwaltungsmitarbeiter aus dem Rhein-Main-Gebiet sieht das Problem mangelnder Vernetzung nicht nur innerhalb der Verwaltung, sondern auch zwischen den Verwaltungen einzelner Städte. Eine Vielzahl regionaler Probleme wie Verkehrs- oder Wohnungsfragen scheitert regelmäßig an der mangelnden Koordination und Kooperation benachbarter Kommunen. Der Impulsgeber sieht hier die Forschung gefragt und bestätigt den Eindruck, dass interkommunale Zusammenarbeit in der Regel gar nicht bis nur sehr schwierig funktioniert. Aufgrund der kommunalen Konkurrenz in Bezug auf Gewerbesteuererinnahmen und Soziallastenverteilung kommen kaum anhaltende Kooperationen zustande. Hier ist der Wettbewerb in Teilbereichen ein Innovationshemmnis. Regionale Zusammenarbeit funktioniert erfahrungsgemäß nur da, wo es um die gesamte Region sehr schlecht bestellt ist, ansonsten bestimmt Konkurrenz das gegenseitige Verhältnis.

Innerhalb kommunaler Verwaltungen sieht es, so der Impulsgeber, im Grunde ähnlich aus. Die rasch wechselnden Ressourcenverteilungen und politischen Gewichtungen zwischen den Ressorts zwingen diese in eine gegenseitige Konkurrenz und Intransparenz. Diese organisationspsychologisch verständlichen Prozesse lassen sich nur durch

politisches Umdenken auflösen. Integration und Kooperation dürfen nicht als ein „Projekt“ in der mittleren Führungsebene abgeladen werden, sondern sind aktiv von der Politik zu fördern.

Wie eine Teilnehmerin ergänzt, kann ein Neudenken auch förderlich für die Motivation der Beschäftigten sein. Aus Erfahrung berichtet sie, dass viele Mitarbeiter*innen in Behörden ein hohes Maß an intrinsischer Motivation mitbringen, diese aber aufgrund mangelnder Kooperation, weniger Freiräume und starrer Hierarchien schnell nachlässt. Hier sind die Führungskräfte gefragt, innovatives Verhalten auch zu fördern. Genauso ist die Öffentlichkeit gefragt, ihren Teil beizutragen. Medien, Politik und Zivilgesellschaft müssen eine innovative Verwaltung wollen, so Schulze-Böing. In einem öffentlichen Klima, in dem jeder Fehltritt der Verwaltung einen Skandal auslöst, kann sich auch bei bester Führung kein risikoaffines Mindset ausbilden.

Hilfreich wäre auch ein vermehrter Personalaustausch und Transfer zwischen unterschiedlichen Anerkennungsinstanzen, der in Deutschland eher schwach ausgeprägt ist. So gelten jahrzehntelange Erfahrung in der höheren Verwaltung aufseiten der Wissenschaft ebenso wenig wie mehrere erfolgreiche wissenschaftliche Publikationen für eine Tätigkeit in der Verwaltung. Auf diese Weise werden Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch unnötig erschwert.

Selbst wenn sich eine positive Einstellung zu Innovationen in der Verwaltung etabliert, bleibt die Frage nach der persönlichen Motivation einzelner Angestellter. Ein Ökonom gibt zu bedenken, dass die Bereitschaft, Risiken einzugehen, in aller Regel durch Druck von außen, also Konkurrenz, oder durch persönliches Profitinteresse getrieben ist. Wie kann in der Verwaltung eine dem „unternehmerischen Risiko“ entsprechende Honorierung gegenübergestellt werden? Schulze-Böing verweist darauf, dass in Behörden bereits die Möglichkeit besteht, bis zu 5 Prozent der Gehaltssumme erfolgsbezogen zu vergeben. Dies wird allerdings in den allerwenigsten Kommunen so praktiziert. Der Impulsgeber zweifelt auch an der Sinnhaftigkeit solcher Maßnahmen, da nach seiner Ansicht in der deutschen Verwaltung die Überzeugung, im Interesse des Allgemeinwohls zu handeln, zentraler Motivationstreiber ist. Wettbewerbssurrogate wie Benchmarking können dennoch hilfreich sein, unternehmerisches Handeln zu fördern. Diese stoßen jedoch innerhalb von Verwaltungen auf starke Vorbehalte, da sie vermeintlich nicht vergleichbare und komplexe Sachverhalte herunterbrechen und Unquantifizierbares quantifizieren. Obgleich der Impulsgeber eingesteht, dass in Teilen unsinnige Dinge verglichen werden, ist er von der prinzipiellen Möglichkeit und Nützlichkeit, auch soziale Sachverhalte in messbaren Zielvorgaben auszudrücken, überzeugt. Gefragt sind auch die Wissenschaft, um entsprechende Messmethoden zu verbessern, und die Politik, um solche Verfahren langfristig zu etablieren.

In Bezug auf Methoden des Benchmarkings und Social-Impact-Denkens herrscht allerdings nicht nur Skepsis innerhalb der Verwaltung, sondern auch die großen Wohlfahrtsverbände stehen Experimenten in der Verwaltung insgesamt skeptisch gegenüber, so ein Teilnehmer. Wie können in einem solchen Rahmen kontrollierte Experimente ermöglicht werden? Schulze-Böing betont, dass die eher strukturkonservativen Wohlfahrtsverbände ebenfalls ihr risikoaverses Verhalten ablegen müssen. Der Impulsgeber schlägt zunächst überschaubare Experimente vor. So könnten beispielsweise probenhalber 5 Prozent des Sozialbudgets nach Ergebnisorientierung im Sinne von „Social-Impact“ vergeben werden.

Im Laufe der Diskussion wird deutlich, dass viele der Methoden, um die öffentlichen Verwaltungen innovativer zu machen, in Teilen schon seit Jahrzehnten erprobt und genutzt werden. Doch wie ein Forscher berichtet, der Verwaltungsbehörden in Nord-



rhein-Westfalen befragt hat, sind in der Mehrzahl der Behörden keine neuen Projekte und Innovationen erwünscht, stattdessen ist kontinuierliches und stabiles Arbeiten gefragt – mittlerweile herrscht „Projektmüdigkeit“. Angeregt wird, Innovationsprojekte auf Schnittstellenbereiche und Kooperationsgebiete zu konzentrieren, um hierdurch eine gewisse Stabilität innerhalb der Organisationen zu erreichen, auch im Sinne der Akzeptanz innerhalb der Verwaltungen. Dieser Vorschlag wird in der Runde positiv aufgenommen, zumal die Projektmüdigkeit auf ein gewisses Verständnis trifft. Der Impulsgeber betont die Wichtigkeit einer Balance zwischen Innovation und Stabilität, für die es keine allgemeingültige Ideallinie gibt. Innovationsfreude darf nicht im Chaos enden, aber in einer agilen anpassungsfähigen Verwaltung sollten Bewegung und das Schaffen von Experimentierräumen dennoch selbstverständlich sein.

Experiment als Programm

Bauwirtschaft und Stadtplanung stehen langfristig vor hohen Anforderungen. Aspekte der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit und problematische Preisentwicklung erfordern in beiden Bereichen innovative Herangehensweisen. Experimente werden so zunehmend Normalität und Programm. Der Impulsgeber Prof. Dipl.-Ing. Julian Wékel, Leiter des Instituts für Städtebau und Wohnungswesen und Wissenschaftlicher Sekretär der Deutschen Akademie für Städtebau und Wohnungswesen, erläutert sowohl die Notwendigkeit als auch den Ablauf dieser experimentellen Verfahren.

Das Experiment nimmt in der Stadtplanung nicht nur methodisch einen hohen Stellenwert ein. Es ist in Anbetracht sich radikal verändernder gesellschaftlicher und ökologischer Umstände notwendiger Bestandteil des Suchens nach neuen und besseren Verfahren, um den Fragen des 21. Jahrhunderts begegnen zu können. So führt das erhöhte öffentliche Bewusstsein einer globalen Überforderung der natürlichen Ressourcen in Bezug auf Klima, Biodiversität und Böden zu einem akuten Handlungsdruck hin zu einer nachhaltigen Transformation. Nach Ansicht des Impulsgebers kann mit den traditionellen Inhalten und Instrumenten der Planung diesen Herausforderungen nicht mehr umfassend begegnet werden. Sowohl die analytische Bewertung des Raums als auch seiner Potenziale sind nun vor dem Hintergrund qualitativ neuer Anforderungen, Standards und Zielsetzungen zu betrachten. Hinzu kommt ein verändertes zivilgesellschaftliches Bewusstsein in Bezug auf Planungsprozesse. Privatwirtschaft und zivilgesellschaftliche Akteur*innen können und sollen nicht mehr ohne Weiteres aus Planungsprozessen ausgeschlossen werden, was in der Vergangenheit auch häufig zu schlechten Ergebnissen geführt hat. Wie diese Aufgabenstellung und der erweiterte Kreis der Akteur*innen effektiv in Planung und Umsetzung städtebaulicher Projekte zu integrieren ist, kann vorerst nur experimentell entwickelt und evaluiert werden. Der Impulsgeber betont die Wichtigkeit, die Distanz zwischen Experiment und Normalität

nicht aus den Augen zu verlieren. Geltende rechtliche und fachliche Standards sollten bei aller Experimentierfreude nicht voreilig beiseitegeschoben werden. Dies dient auch der Akzeptanz und nachhaltigen Adaption neuer Verfahren.

Wenn das Experiment zum Programm erhoben wird, ist es unabdingbar, die Prozesshaftigkeit der planerischen Vorhaben in den Vordergrund zu stellen. Der Impulsgeber verdeutlicht, dass im Sinne der Nachhaltigkeit nicht nur Zielzustände Teil gesellschaftlicher Auseinandersetzung sind, sondern auch die Prozesse, mit welchen diese erreicht werden sollen. Städtebauliche Entwürfe befinden sich stets im Zielkonflikt mit an anderer Stelle erarbeiteten Inhalten, Zielen, Instrumenten und dort verfügbaren praktischen Perspektiven.

Vor diesem Hintergrund entwickeln sich kontrollierte Experimente, die eng an wissenschaftliche Begleitung und Evaluation gebunden sind, zunehmend zu einer Institution im Städtebau, was auch von hoher politischer Ebene gefördert und gefordert wird. Ziel ist praktisch wirksame Innovationen zu erproben, die auch an anderer Stelle dauerhafte, umsetzbare Projekte ermöglichen. Eine klare und schrittweise Benennung der jeweiligen Rahmenbedingungen und Prozesse soll ermöglichen, Ergebnisse auch über kommunale Sonderfälle hinaus transferierbar zu machen. Wékel räumt ein, dass dies unter Umständen den experimentellen Charakter des Projekts begrenzen kann. Dies konstituiert einen grundsätzlichen Widerspruch sozialer Experimente: Je mehr die Rahmenbedingungen wissenschaftlich vorgegeben und abgesteckt sind, desto eher können die Projekte übertragbare Ergebnisse liefern, umso mehr ist der dynamische experimentelle Charakter des Projekts jedoch von vorneherein eingeschränkt.

Gleichwohl sind Experimente als zunehmend unverzichtbare Ergänzung aus der Planungspraxis nicht mehr auszuschließen. Denn die Forderung nach zügigen Innovationen in Bezug auf ökologisch und sozial nachhaltigen Städtebau wird sowohl zivilgesellschaftlich als auch von allen politischen Ebenen an die Planungspraxis herangetragen.

Wie Experimente nachhaltig Wirkung zeigen

In der anschließenden Diskussion kommt von Seiten einer Ökonomin die Frage auf, inwiefern städtebauliche Experimente in Bezug auf ihre praktische Implementation nachhaltig sind. Erfahrungsgemäß werden in den Sozialwissenschaften selbst erfolgreiche Experimente selten reproduziert oder wieder aufgegriffen. Wékel räumt ein, dass in manchen Fällen Projekte zu speziell und kontextbezogen sind, um Ergebnisse zu transponieren. Allerdings können oft Teile von Projekten und allgemeine Erfahrungen in die bauliche und wissenschaftliche Praxis zurückgebunden werden. Nach Auswahl durch die Bundesforschungsanstalt für Bauen und Raumentwicklung werden durchaus Projekte insgesamt aufgegriffen und wiederholt. Wékel weist in diesem Zusammenhang auf den hohen Handlungsdruck hin. Experimente und Innovation dienen nicht dem Selbstzweck. Stattdessen sollen durch neue Verfahren klimapolitische Missstände möglichst zügig beseitigt werden.

In diesem Kontext stellt sich die Frage nach einem intelligenten Projektdesign. Teilnehmende aus dem Verwaltungsbereich berichten von wiederholten negativen Erfahrungen. Ein Verwaltungsmitarbeiter fragt sich, ob gewisse Blaupausen existieren, nach denen Projekte besonders langfristige und nachhaltige Erfolge erzielen. Wie ein weiterer städtischer Mitarbeiter zu bedenken gibt, muss sichergestellt werden, dass am Ende von Projektphasen die Mehrzahl der Beteiligten nicht in alte Gewohnheiten zurückfällt. Doch wie können Prozesse dauerhaft transformiert werden? Der Impulsgeber und weitere Beteiligte in der Runde betonen die Wichtigkeit einer angemessenen Balance zwischen dem Neuen und dem Verfolgen traditioneller Ansätze, auch zugunsten der Akzeptanz während der Implementierung. Um nach dem Projektende

einen Rückfall in alte Muster zu verhindern, könnte ein Teil der Projektgelder auch für langfristige Vorhaben zur Prozessoptimierung bereitgestellt werden, so einer der Teilnehmer. Darüber hinaus ist es für nachhaltige Projekterfolge förderlich, eine feste analytische Basis in Bezug auf die jeweiligen Besonderheiten und Eigenarten des Projekts sicherzustellen. Zielgruppen, Beteiligte und ihre diversen Anliegen und Bedarfe müssen deutlich sein, um Ergebnisse vergleichen und übertragen zu können wie auch dauerhaft einen Blick für neue und unterschiedliche Interessenlagen zu entwickeln. Zentral ist für Wékel außerdem eine prozessbegleitende Evaluation, die während der Laufzeit des Projekts Methoden und Verfahren bewerten und verändern kann. Damit Experimente nachhaltig erfolgreich sind, müssen sie flexibel und responsiv gestaltet sein, anstatt vorgeplante Pfade und Verfahren schlicht abzulaufen. Ein weiterer Punkt: die Zivilgesellschaft und interessierte Akteur*innen nicht außen vor zu lassen.

Der NIMBY-Effekt

Das Handeln bestimmter zivilgesellschaftlicher Gruppen bewerten fachlich einschlägige Teilnehmer*innen jedoch auch kritisch. So scheitern trotz hoher Nachfrage und breitem gesellschaftlichen Konsens, den Wohnungsbau zu intensivieren, Bauprojekte oft an Nachbarschaftsinitiativen und Interessengruppen, die Neubauten und Modernisierung verhindern möchten und diese mitunter substanziell verzögern. Dieser Aspekt wird sehr kontrovers besprochen. Während der Impulsgeber die Problematik von Protesten aus der Bürgerschaft im Verhältnis zu den steigenden Bodenpreisen und einem besorgniserregenden Spekulationsgeschehen für vernachlässigbar hält, sieht sich eine Mitarbeiterin aus dem Bauministerium wiederholt mit der NIMBY-Problematik – „Not in my backyard“ – konfrontiert. Die generelle Preisentwicklung, da sind sich die Teilnehmenden jedoch einig, erschwert die Bautätigkeit zunehmend. In Anspielung auf Initiativen in Berlin wird auch das Thema Enteignung angeschnitten. Laut dem Impulsgeber sind Enteignungen im Rahmen von Infrastrukturmaßnahmen oder zwecks Rohstoffgewinnung in Deutschland gang und gäbe und werden großzügig entschädigt. Entsprechend erstaunlich sind für ihn die Sozialismus-Vorwürfe, die im Rahmen der Enteignungs-Kampagnen wiederholt aufgekommen sind.

Sozialexperiment Stadt

Im Verlauf der Diskussion wird auch der Strukturwandel der Städte insgesamt thematisiert. Wie verändern sich die Innenstädte durch die Digitalisierung und welche Auswirkung hat das anhaltende Pandemiegeschehen auf Prozesse der Stadtentwicklung? Eine Publizistin aus der Runde bezeichnet die Pandemie als unkontrolliertes Sozialexperiment mit dramatischen Auswirkungen auf die Städte. Wékel bestätigt diese These und unterstreicht, dass durch Corona die Digitalisierung des Alltags rasante Fortschritte verzeichnet. Digitalisierung kann einerseits zur Verkehrsentlastung beitragen, beispielsweise durch vermehrtes Homeoffice und entsprechend weniger Pendlerverkehr, andererseits nimmt der Lieferverkehr stark zu. Innenstädte verlieren als Konsum- und Handelsorte an Bedeutung. Wie die potenziell entstehenden Freiflächen genutzt werden, ist Bestandteil unterschiedlichster Experimente, etwa in alten Warenkaufhäusern in Hamburg. Die freiwerdenden Büro- und Handelsflächen schlicht mit Gastronomie zu füllen, kann keine nachhaltige Lösung sein, denn die Pandemie hat auch gezeigt, dass öffentliche Räume mehr sein müssen als Orte des Konsums, so der Impulsgeber. Die soziale Spaltung und die Privilegien derer, die den Lockdown im eigenen Garten oder großen Haus verbringen konnten, finden ihren Widerhall nicht zuletzt in den unterschiedlichen Coronafallzahlen verschiedener sozialer Milieus. Den öffentlichen Raum deshalb vermehrt sozialen und nichtkommerziellen kulturellen Zwecken zuzuführen, kann auch eine Lehre aus der Pandemie sein.

Dies spiegelt sich auch im Wunsch einer Teilnehmerin aus der Politik wider, in der Stadtplanung mehr Raum für Entwicklung, Nichtgeplantes und Spontanes zuzulassen

und die Stadtgesellschaft zu Experimenten mit dem Raum anzuregen. Der Impulsgeber stimmt zu, dass Brachen in der Planung durchaus von hoher Bedeutung sind, allein weil kaum vorhersehbar ist, wie sich im Laufe der Jahre die Bedarfe entwickeln und verändern. In der Umsetzung gestaltet sich dies jedoch als problematisch, weil Brachflächen von den Städten aufgekauft und vorgehalten werden müssten. Ansonsten würden sie schnell in die Hände privater Eigentümer oder Investoren fallen. Gerade bei Experimenten mit offenem Ausgang ist die Frage der Finanzierung sehr schwierig.

In der Session wurde deutlich, dass Experiment, Innovation und Handlungsdruck idealerweise Hand in Hand gehen. Risiko- und Innovationsfreudigkeit ergeben sich nahezu von selbst, es sei denn das Verhaften in alten Strukturen wird den neuen Herausforderungen nicht gerecht.

Resümee

Als Mitglieder des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung waren Prof. Dr. Gisela Kubon-Gilke und Prof. Anselm Hager Ph.D. an der Konzeption des Dialog-Cafés beteiligt. Hier fassen sie ihre Eindrücke zusammen:

Im Dialog-Café 2 ging es um das „Experiment als Institution“ oder vielmehr die große Frage: Wie kann man in Institutionen (breit gedacht) experimentieren? In der ersten Session durften wir uns dabei mit den rechtlichen Rahmenbedingungen befassen und eine denkbar abstrakte Frage stellen, nämlich, inwieweit man in der Gesellschaft als Ganzem experimentieren kann. Deutlich wurde, dass Recht dem Experimentieren klare Grenzen setzt, es aber ohne jede Grenzen auch nicht zu sinnvollen Experimenten kommen kann. Denn wenn alles vollkommen entgrenzt ist – wenn also ohne Spielregeln experimentiert wird – geraten triftige gesellschaftliche Interessen ins Hintertreffen. Solchen Experimenten ist man – zumindest kurzfristig und insbesondere in Europa im Vergleich zu den USA – deshalb kritisch gegenüber eingestellt. Und dennoch gilt: ohne Experiment und Wandel geht es nicht. Dabei stellt eben jener rechtliche Ausgleich von Interessen sicher, dass einzelne Personen nicht alles aufhalten können, Stichwort: Veto-Power. Das Recht ermöglicht also behutsames Experimentieren, moderiert den Wandel.

In der zweiten Session wurde dann ein Schritt in die Praxis gewagt – konkret: die öffentliche Verwaltung. Denn all die rechtlichen Vorgaben und staatlichen Aufgaben müssen umgesetzt werden – und das bitte effizient und effektiv. Um das leisten zu können, bedient sich die öffentliche Verwaltung deutlich stärker experimentellen Denkens als gemeinhin angenommen. Die spannendsten Experimente entstehen dabei – so der Impulsgeber – an den Rändern. Dort, wo eine Region, eine Verwaltung, eine Abteilung mit einer anderen in Kontakt kommen (relevant auch im Luhmann'schen Sinne), entsteht Reibung, aber eben auch experimentelle Erkenntnis. Dabei wurde auch deutlich, dass Experimente (in der Verwaltung) viel mit Psychologie gemein haben – was behavioral economics – einer der Kernbereiche der sozialwissenschaftlichen Experimentalrevolution – nicht überraschen dürfte.

In der dritten Session wurde der Schritt in den öffentlichen Raum getestet. Stadtplanung und Architektur als Experiment? Vielleicht erzeugt der Begriff „Experiment“ gerade hier am wenigsten Reibung. Denn welches städtebauliche Vorhaben ist kein „Experiment“? Und so spannte sich hier ein Bogen zurück zur ersten Session: Städtebau muss Interessen ausgleichen – ähnlich wie das Recht. Und an diesem Interessenausgleich finden auch gesellschaftliche Experimente ihre Grenze – nicht trennscharf, aber doch „resonant“.



Dialog-Café 3: Verhandlungen über Normalität

Impulsgeberinnen:

Dr. Lena Frischlich, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Prof. Dr. Ricarda Drüeke, Paris Lodron Universität Salzburg

Prof. Dr. Wiebke Loosen, Universität Hamburg

Begleitung: Alexander Gemeinhardt, Schader-Stiftung

Moderation: Dr. Michèle Bernhard, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Luca Müller und Dr. Michèle Bernhard

In unserer Gesellschaft gibt es einen breiten Konsens, was Normalität bedeutet. Das Narrativ wird durch Medien und vor allem in den Sozialen Medien gefüllt. Interessant ist, wer dort über Diskursmacht verfügt. Finden gesellschaftliche Aushandlungsprozesse, was als Normalität gilt, überhaupt statt? Wer bestimmt die Diskurse? Welche Kommunikationskanäle spielen eine Rolle? Verschwörungsideologien und Fake News scheinen sich immer weiter zu verbreiten. Öffentliche Debatten – auch durch journalistische Experimente – könnten neue Wege sein, um dem entgegenzuwirken.

„Wir leben in einer digitalen Gesellschaft“

Mit einem Impuls zur „Eigenen Normalität“ eröffnet Dr. Lena Frischlich die erste Session des Dialog-Cafés. Frischlich ist Diplom-Psychologin und leitet die Forschungsgruppe „Demokratische Resilienz in Zeiten von Online-Propaganda, Fake news, Fear- und Hate speech (DemoRESILdigital)“ am Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität Münster. Laut einer Studie, die Frischlich vorstellt, nutzen fast alle Menschen in Deutschland Messenger-Dienste, also Anwendungen, die Kommunikation und Austausch in einem digitalen Umfeld ermöglichen. Dazu gehören vor allem Dienste wie WhatsApp, von 80 Prozent der erwachsenen Menschen in Deutschland fast täglich genutzt, oder Instagram, das ein Viertel der Befragten anwenden. Messenger-Dienste verändern die Art und Weise, wie sich Menschen über ihr Umfeld informieren. Wie Frischlich aufzeigt, spielt das Internet für einen Großteil der User eine zentrale Rolle als Informationsquelle. Die Impulsgeberin sieht hier einen Wandel gegenüber den vergangenen Jahrzehnten, eine Verlagerung der Bedeutung von Medien. Ein Großteil der Bevölkerung, 69 Prozent, sieht zwar das Fernsehen weiterhin als Hauptinformationsquelle. Zum ersten Mal geben aber in diesem Jahr genauso viele Befragte das Internet als Informationsquelle an. Folglich ist eine stärker durch Digitalisierung geprägte Gesellschaft entstanden, in der Communities mit ähnlichen Interessen sich viel leichter untereinander vernetzen, aber auch von anderen Communities erreicht werden können. Sogenannte Gatekeeper, also Informationsträ-

ger*innen und -verbreiter*innen, klassischerweise verkörpert durch Journalist*innen, verlieren an Bedeutung. Damit geht einher, dass der Zugang zu Informationen oftmals leichter fällt. In der Folge ist die Filterung der Informationen nach Qualitätsstandards, traditionell eine Funktion der Gatekeeper, nicht oder nur im begrenzten Maße gewährleistet. Die Impulsgeberin verweist auf Konsequenzen für Demokratie und Meinungsbildung innerhalb dieses Systems. So bilden sich Menschen anhand ihrer persönlichen Informationswirklichkeit auch ihre eigene Vorstellung zu Normalität. Riskant wird es, wenn konsumierte Informationen direkte Auswirkungen haben und beispielsweise das Vertrauen in demokratische Strukturen untergraben, indem vermittelte Verschwörungstheorien zentrale gesellschaftliche Wertorientierungen in Frage stellen.

Lena Frischlich präsentiert dazu eine Kategorisierung, die verschiedene Ausprägungen dieser Entwicklung aufzeigt. Als Fehlinformation werden Inhalte beschrieben, die irreführend sind, aber oftmals unabsichtlich falsche Informationen enthalten. Dies kann am Hinzufügen oder Weglassen von Aspekten liegen, die Meldung wurde demnach einfach nicht gut genug recherchiert. Andererseits kann dieses Hinzufügen oder Weglassen aber auch absichtsvoll geschehen: Werden Inhalte mit der Intention der Manipulation gezielt verbreitet, handelt es sich laut Frischlich um Desinformation. Aktuelle Beispiele lieferte der vergangene Bundestagswahlkampf, in dem sowohl Fehl- als auch Desinformationen sichtbar wurden.

Die Gefahr der Fehl- und Desinformation

Sogenannte alternative Medien, die Formen der Fehl- beziehungsweise Desinformation verbreiten, sehen sich in der Regel selbst als Korrektiv. Häufig haben diese zwar eine vergleichsweise geringe Reichweite, online können sie durch das Teilen von Inhalten aber durchaus erfolgreich sein. Frischlich sieht das Hauptziel solcher alternativen Medien im Erzeugen von Misstrauen. Die Inhalte werden auch wahrgenommen: Laut einer Studie sehen 86 Prozent der Bevölkerung in Deutschland ab und zu „Fake News“. Das heißt natürlich nicht, diese Falschmeldungen für wahr zu halten. Das Vertrauen in konsensuales Wissen kann dadurch trotzdem zumindest hinterfragt werden. Ein hohes Vertrauen in Informationsquellen ist aber enorm wichtig, so Frischlich weiter. Einzelne Personen können selbst oft nicht den Wahrheitsgehalt von konsumierten Medieninhalten unmittelbar überprüfen. Die faktische Prüfung von Meldungen, ein journalistischer Standard und das Vorhandensein von Gatekeepern sind daher umso wichtiger, um die eigene Wahrnehmung und das Vertrauen in Medien zu festigen. Schwinden diese Faktoren, kann es zu einem Spiralprozess kommen. Die Impulsgeberin zeichnet dazu einen exemplarischen Verlauf und verknüpft diesen mit dem Beispiel der Corona-Pandemie: Wer einmal beginnt, den Inhalten von Fake News zu trauen, ohne diese zu prüfen, ist tendenziell weniger bereit, Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung zu unterstützen. Dies kann zum Hinterfragen von vorher sicher geglaubten gesellschaftlichen oder politischen Strukturen führen. Wie Studien zeigen, kann diese Mischung aus Misstrauen und Fehlinformation zur Folge haben, dass Gewalt als politisches Instrument stärker akzeptiert wird.

Zuletzt resümiert Lena Frischlich: Wir leben in einer digitalen Gesellschaft. Dadurch ergeben sich neue Gelegenheitsstrukturen für die Verbreitung von Desinformation und Verschwörungstheorien. Das Aufblühen alternativer Nachrichtenmedien kann Intergruppenbeziehungen und demokratische Meinungsbildung potenziell gefährden. Trotzdem hält die Impulsgeberin es weder für erforderlich noch für möglich, digitale Soziale Medien abzuschalten. Vielmehr gilt es dort anzusetzen, wo Spiralen des Misstrauens entstehen. Die Frage, was getan werden kann, um solche Bruchstellen wieder zu reparieren, ist dabei zentral. Mit diesem Fazit übergibt die Impulsgeberin an die Teilnehmer*innen.

Führt der Wandel hin zu den digitalen Medien zum vermehrten Auftreten von „Hassreden“ und Verschwörungstheorien? Frischlich ordnet ein: Nicht jede Form von Hassrede ist zugleich eine Desinformation und nicht jede Form von Propaganda ist eine Hassrede. Vielmehr handelt es sich um verschiedene, überlappende Phänomene, die in digitalen Kanälen verstärkt wirken und dort offensichtlich werden. Kanäle und Dynamiken haben sich dabei verändert und es ist leichter geworden, Kontakt zu Gleichgesinnten aufzunehmen und Informationen schnell zu verbreiten. Es gibt jedoch keine wissenschaftlichen Belege dafür, dass der Glaube an Verschwörungstheorien insgesamt zugenommen hat. Ein Kommentar aus der Gruppe bestärkt diese Sicht: Nicht alle Aspekte dieser Kommunikationsformen sind neu. Was durch digitale Medien hinzu kommt, ist ein Geschäftsmodell, das davon lebt, Informationen auf Plattformen zu verbreiten und möglichst große Reichweiten zu schaffen. Dadurch wird oftmals nicht die Qualität dieser Aussagen verändert, aber sehr wohl die Quantität und die Inhalte. Eine Frage aus der Runde der Teilnehmer*innen lautet, wo die Grenze zwischen Fehlwahrnehmung und einem psychisch kranken Verhältnis zur Wahrnehmung von wissenschaftlichen Erkenntnissen verläuft. Frischlich sieht die Übergänge der differenten Wahrnehmung von Normalität zur Vermutung von Konspiration fluid. Bis zu welchem Grad etwas normal erscheint, ist schwierig zu beurteilen und zu messen. Gleichwohl muss unterschieden werden zwischen Verhalten, welches durch Verschwörungstheorien hervorgerufen wird und einer psychischen Erkrankung.

Am Ende der ersten Session diskutieren die Teilnehmer*innen über Prävention und digitale Kompetenzen. Was kann jungen Menschen mitgegeben werden, um sie medienkompetenter zu machen, so die Frage von Teilnehmenden. Laut Frischlich ist die Medienkompetenz der jungen Generation ein eher geringes Problem. Das heißt nicht, dass die jüngere Generation viel besser dasteht als ältere Generationen. Aber es braucht Fähigkeiten wie das medienübergreifende Bewerten einzelner Inhalte. Inhalte werden immer mehr nebenbei als „Schnipsel“ konsumiert, dadurch ist die Reflexion der Aussagen oftmals nicht intensiv genug. Einen Lösungsansatz sehen alle Beteiligten in der frühen Förderung solcher Kompetenzen. Die frühe mediale Bildung kann helfen, Qualitäten in Medien zu unterscheiden. Abschließend lässt sich aus dieser Session vor allem eines mitnehmen: Die eigene Normalität hat gesellschaftliche Auswirkungen.

Wer bestimmt, was normal ist?

Mit dieser Frage beschäftigt sich Prof. Dr. Ricarda Drüeke in der zweiten Session. Sie ist Assistenzprofessorin am Fachbereich Kommunikationswissenschaften der Universität Salzburg und arbeitet zu Fragen von Norm und Normalität in digitalen Medien. Wer hat Deutungsmacht darüber, was als *normal* angesehen wird? Welche gesellschaftlichen Prozesse spielen dabei eine Rolle und welche Normalitäten sind gewollt? Dazu präsentiert die Impulsgeberin zunächst drei Thesen. Die erste These beschäftigt sich mit visuellen Darstellungen in digitalen Medien und deren Auswirkungen auf Normen: In visuellen Repräsentationen, zum Beispiel auf Instagram, sowie durch künstliche Intelligenzen und Algorithmen findet eine Reproduktion, aber auch Verstärkung von Normen statt. Die zweite These beschreibt Normalisierungsprozesse. Normalisierung – also ein Normal-Machen oder Normal-Werden – ist gekennzeichnet durch Ambiguität. Die dritte These behandelt die Veränderung von Normen. Digitaler Aktivismus schafft neue Sichtbarkeiten und versucht die „Norm“ positiv zu verändern.

Die erste These manifestiert sich etwa in der Außendarstellung sogenannter Influencer*innen in Sozialen Medien. Diese verstärkt oft geschlechtsspezifische Normen durch bestimmtes Verhalten oder die Reproduktion von Normen durch Kleidung, Haltung oder anderen wahrnehmbaren Merkmalen. Natürlich existieren auch Brüche in diesen „typischen“ Mustern, so Drüeke. Heteronormative Merkmale dominieren aber Soziale Medien, wie etwa Instagram, deren Kommunikation zu großen Teilen auf bildlicher Sprache



basieren. Diese Normen finden sich aber nicht nur in Verhaltensweisen von Nutzer*innen wieder. Auch Algorithmen tragen in ihrer Funktionsweise zu solchen Perspektiven bei. Instagram beispielsweise bevorzugt Bilder, die spärlich bekleidete Männer und Frauen zeigen, und solche Posts generieren viel höhere Reichweiten als Aufnahmen von Mahlzeiten oder Landschaften. Ein weiteres Beispiel ist die Autocomplete Funktion von Google – oder sprachgesteuerte Assistenz-KI. Vor allem letztere sind in den meisten Fällen mit weiblichen Merkmalen versehen und werden aufgrund dieser Merkmale weiblich imaginiert. Assistenzsysteme reagieren auf Befehle, sind dabei unterwürfig, freundlich und führen das aus, was ihnen gesagt wird. Antworten auf bestimmte Fragen und Befehle werden dann oftmals aus der Perspektive der heteronormativen Geschlechterrollen gegeben. Durch diese Mechanismen werden in unserem Alltag Normen und Werte gefestigt und es findet eine regulierende Normalisierung statt. Aber: Neben den beschriebenen Darstellungen gibt es Anwendungen, die sich mit solchen Normen und Vorurteilen kritisch auseinandersetzen. Dazu zeigt Drüeke Beispiele von Instagram-Nutzer*innen, die in ihren Inhalten durch Prozesse des Unterscheidens Aus-handlungsprozesse mit der Wahrnehmung von Normalität anstoßen. Drüeke verweist auf Inhalte zur Black Lives Matter-Bewegung, die bewusst darauf aufmerksam machen, wie Menschen im Alltag durch ihre Handlungen und Interaktionen Wahrnehmungen, Bewertungen und Normen erzeugen. Soziale Medien und Plattformen können somit die Aufmerksamkeit auf stereotypisierte oder marginalisierte Gruppen richten, welche in ihren Ausprägungen bewusst nicht heteronormativen Merkmalen entsprechen.

Deutungshoheit wird oftmals durch die Normvorstellungen einer Mehrheit generiert. Vor allem das eigene Verständnis von Normalität ist aber eine stark subjektiv geprägte Wahrnehmung. In einem Resümee geht Drüeke darauf ein, wie versucht werden kann, den Diskurs zur Normalität mitzugestalten. Vor allem die Prozesse der Normierung müssen in den Blick genommen werden: Normen nicht einfach als gegeben hinzunehmen, sondern deren Herkunft und Kern zu hinterfragen. Dann, so Drüeke, können diese auch veränderbar gemacht werden. Auch die Schauplätze, an denen Veränderungen stattfinden können, spielen eine zentrale Rolle. Im digitalen Raum gibt es beispielsweise Algorithmen, die aus vergangenen Mustern lernen und Ungleichheiten reproduzieren. Um solche Strukturen zu durchbrechen, sind andere Lernmethoden für Algorithmen nötig. Außerdem bietet die Impulsgeberin noch einen weiteren Lösungsansatz an. Vielfalt muss von der Vielfalt her gedacht werden. Dieser abstrakt klingende Satz hat einfache Implikationen. Es ist möglich, sich herrschenden Deutungsmustern auf viele verschiedene, kraftvolle, geistreiche, humorvolle und kreative Arten entgegenzustellen. Es gibt mehr als einen Ansatz, Normalität und die Deutung der Normalität zu hinterfragen und zu verändern. So werden dann auch Räume der Vielfältigkeit und Räume der Individualität geschaffen und Perspektiven erweitern sich für alle Akteure.



Eine erste Frage aus der Runde der Teilnehmer*innen bezieht sich auf das sogenannte „Nippelgate“. Instagram verbietet in seinen Richtlinien das Zurschaustellen von nackten weiblichen Brustwarzen; sie werden zensiert, nicht jedoch männliche nackte Oberkörper. Andererseits werden Inhalte mit spärlicher Bekleidung, oftmals an Nacktheit grenzend, durch den Algorithmus aber mit besonderer Aufmerksamkeit belohnt. Wo liegen die Grenzen, wo gehen vermeintliche Normen in Ausgrenzung von Sichtbarkeiten über? Auch hier verweist die Impulsgeberin auf die an bestimmten Normen orientierte Programmierung des Algorithmus. Die Grenzen werden an dieser Stelle also von denjenigen gezogen, die über Deutungshoheit verfügen. Aber Algorithmen sind nicht als Produzenten, sondern eher als Verstärker anzusehen. Algorithmen können zwar den Grad der wahrgenommenen Normalität steigern, die Nutzer*innen geben allerdings die Richtung vor, sie sind Treiber der lernenden digitalen Prozesse. Es handelt sich um ein Zusammenspiel aus technischen und menschlichen Aspekten. Ein nächster Beitrag bezieht sich auf aktivistische Ansätze mit dem Ziel, Normalität ins Schwanken zu bringen. Muss digitaler Aktivismus extrem sein, um etwas zu bewirken? Um solche Prozesse zu verstehen, verweist die Impulsgeberin auf die Metaebene. Plattformen wie Instagram sind für einen Großteil der Nutzer*innen ein Ort zum Austausch und nicht die Basis für aktivistische Tätigkeiten. Verlagern sich diese trotzdem dorthin, gilt es die Regeln zu berücksichtigen, die sich Anbieter Sozialer Medien in Bezug auf Aktivismus gleich welcher Couleur geben.

„Was passiert, wenn jeder seinen eigenen Algorithmus hat?“

Die Teilnehmenden sind sich größtenteils einig: Durch Algorithmen hat jede Person ihren eigenen, relativ individuellen Pluralismus in der digitalen Welt erschaffen. Man kennt dieses Phänomen als Bubble oder Filterblase. Welche Auswirkungen das auf einen gemeinsamen Diskurs haben kann, macht Drüeke an einem Beispiel fest. Wenn bestimmte Kanäle, gefüllt mit Verschwörungstheorien und ähnlichen Inhalten, die Diskurswelt von Menschen prägen, kann dies demokratiegefährdend wirken. Deshalb ist ein differenzierter Blick auf Teilöffentlichkeiten wichtig. Diese können dazu beitragen, Normen zu verändern, gleichzeitig können sie aber auch dazu beitragen, negative und gefährliche Meinungen zu vervielfachen.

Im weiteren Gespräch taucht immer wieder der Begriff der Teilöffentlichkeit auf; ein Diskutant verweist ergänzend auf die Rolle der Gegenöffentlichkeit. Inwiefern grenzen sich diese Begriffe voneinander ab, spielt der Begriff der Gegenöffentlichkeit überhaupt eine Rolle im digitalen Diskurs? Kann in diesem Kontext von einer geschlossenen Gegengesellschaft gesprochen werden, wenn Diskurse in viel partikularer getrennten Teilöffentlichkeiten verhandelt werden? Die Impulsgeberin unterscheidet an dieser Stelle: Gegenöffentlichkeit hatte in vergangenen Diskursen immer einen

emanzipatorischen Aspekt. Gegenöffentlichkeiten haben aber heute eine ganz andere Konnotation, oftmals in Verbindung mit alternativen Medien und Verschwörungstheorien. Es gibt keine klare Dichotomie von gesellschaftlicher Öffentlichkeit und einer sich dagegen formierenden Gegenöffentlichkeit. Daher spricht Ricarda Drüeke auch lieber von Teilöffentlichkeiten oder verschiedenen Öffentlichkeitsebenen. Deshalb und in Rückbezug auf die Frage nach Normalitäten wird es eher verschiedene Teilöffentlichkeiten geben, in denen verschiedene gesellschaftliche Gruppen partizipieren können und Deutungshoheiten aushandeln müssen.

Was bleibt, ist die Frage der eigenen subjektiven Interpretation von Deutungshoheit: Verhandelt man selbst verschiedene Aspekte, ob digital oder real, mit verschiedenen anderen Akteuren oder bleibt man Teil einer Mehrheitsmeinung in der eigenen digitalen Realität?

Wie verändert sich unsere Realität?

In der dritten Session des Dialog-Cafés spricht Prof. Dr. Wiebke Loosen von der Universität Hamburg über die Veränderung des klassischen Journalismus durch Soziale Medien. Die Senior Researcherin für Journalismusforschung am Hans-Bredow-Institut eröffnet dabei einen neuen Blickwinkel auf die Beziehung von Journalist*innen und Öffentlichkeit. Diese Beziehung nimmt die Impulsgeberin wörtlich und schreibt sich die Rolle einer Paarberaterin zu. Denkt man diesen Vergleich zu Ende, fallen einige Parallelen auf. Beide Partner, also Journalismus und Öffentlichkeit, brauchen sich gegenseitig, wollen sich aber nicht viel miteinander beschäftigen. Sie wahren Abstand, wollen aber regelmäßig voneinander hören. Außerdem gibt es auf beiden Seiten enttäuschte Erwartungen und Kommunikationsprobleme. Der Einfluss digitaler Medien auf den Journalismus hat dementsprechend auch Auswirkungen auf diese Beziehung. Wiebke Loosen ist bereit, eine Diagnose zu stellen. Danach leiden Journalist*innen an einer Multiplen Publikumsstörung. Gemeint ist die Vervielfältigung und Differenzierung von Kommunikationskanälen. Während Journalist*innen früher noch ein eher festes Publikum für ihr Medium hatten, teilt man sich sein Publikum und dessen Wahrnehmung heute mit vielen anderen Akteuren. Medien verfügen heute über diverse Publika, so die Impulsgeberin. Je nach Medium, seien es Druckerzeugnisse oder Soziale Medien, konsumieren unterschiedliche Gruppen von Nutzer*innen Informationen auch auf sehr unterschiedliche Art und Weise. Es gibt aktive und passive, zufriedene und unzufriedene Rezipient*innen und noch viele weitere Ausprägungen – von Seiten der Journalist*innen ein ständiger Balanceakt, Erwartungen zu erfüllen und eigenen Ansprüchen gerecht zu werden. Der Blick in die Forschung, so Loosen weiter, zeigt deshalb auch vielfältige weitere Diagnosen zum Beziehungswandel zwischen den Akteuren. Klassisch ist die Identifikation einer Lücke, ein sogenannter Gap, zwischen journalistischem Angebot und nutzerseitiger Nachfrage. Ein gängiger Vorwurf: Journalist*innen wissen nicht, was ihr Publikum will, sie handeln ohnehin so, wie sie es wollen. Auch das in verschiedenen Teilen der Gesellschaft vorhandene fragile Medienvertrauen ist ein Indikator für das teils angespannte Verhältnis.

Einen großen Umbruch für die Beziehung von Journalist*innen und Öffentlichkeit stellen Soziale Medien dar. Während früher der Leserbrief oder der Anruf bei einer Redaktion die einzigen Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme waren, vervielfältigen sich die digitalen Zugänge heute. Diese Art der Kommunikation war früher einfach nicht vorgesehen, für die Impulsgeberin ein zentraler Aspekt. Durch den Medienwandel und durch die erweiterten Kommunikationswege zwischen Journalist*innen und Publikum sind auch neue Erwartungen an journalistische Leistungen entstanden, etwa im Hinblick auf Transparenz, Partizipation oder Dialogbereitschaft. Um diese Beziehung mit einem Bild zu veranschaulichen, bedient sich Loosen eines Flipchart. Sie zeichnet Journalismus und Publikum nebeneinander, getrennt durch eine Linie, vereint in



einem Kreis. Dieses Sinnbild benennt sie Einheit der Differenz, also eine Einheit, die sich erst durch die ihr innewohnenden Differenzen auszeichnet. Der Charakter dieser Beziehung, so Loosen weiter, entsteht also in dem Dazwischen, dem Raum, in dem Aushandlungsprozesse beider Seiten stattfinden.

Der Journalismus ist in seiner Beziehung zum Publikum aber auch nicht monogam, eben aufgrund der verschiedenen Publika, die bespielt werden. Diesen Publika gegenüber müssen und sollen entsprechend vielfältige Themen präsentiert werden, gleichzeitig muss der Journalismus als Ganzes aber auch eine erkennbare Agenda bedienen. Ein weiteres Spannungsfeld, das sich durch den Einsatz digitaler Medien potenziell noch weiter spreizen kann.

Normalität im „richtigen“ Mischungsverhältnis

Insgesamt benennt die Impulsgeberin drei maßgebliche Herausforderungen für den Journalismus: die Erreichbarkeit, die Abbildbarkeit und die Dialogfähigkeit der Gesellschaft. Im Hinblick auf die Erreichbarkeit sieht Loosen das Problem, Teile der breiten Gesellschaft auf herkömmlichen Wegen nicht mehr erreichen zu können. Hier zeigt sich ein Spannungsverhältnis zwischen dem Ruf nach Medien als „Volksparteien“, also eine Art Medien der breiten Massen, und der gleichzeitigen Erkenntnis, dass es, um bestimmte soziale Gruppen wieder zu erreichen, individuell auf diese zugeschnittener Medien bedarf. Was die Abbildbarkeit der Gesellschaft betrifft, gibt es ein Spannungsverhältnis zwischen zwei Polen: eine journalistische Integrationsleistung durch die Vermittlung geteilter Themen und Werte, sowie auf der anderen Seite eine journalistische Repräsentationsleistung durch die Darstellung der Vielfalt von Themen und Werten. Auch die Dialogfähigkeit des Journalismus ist strukturell beschränkt, denn nicht alle Teile einer Gesellschaft können gleichermaßen am Austausch teilhaben. Dies ist entweder bedingt durch fehlenden Zugang zum Dialog oder durch die bewusste Verweigerung des Dialogs. Hier zeichnet sich auch ein Problem der Teilhabe ab, entweder weil Journalismus gar nicht ausreichend divers aufgestellt ist oder keine geeigneten Räume der Begegnung anbietet – und ungeklärt ist, wer diese neuen Dialogräume zu stellen hat. Den Beitrag zur Entschärfung dieser spannungsgeladenen Konstellation kann nicht allein der Journalismus leisten, auch das Publikum kann seinen Teil dazu beitragen, angefangen bei einer Beteiligung an Diskursen in Foren und Leserbriefspalten.

Auch im Anschluss an die dritte Session des Dialog-Cafés ergibt sich eine angeregte Diskussion. Was kann man nun tun, um die angespannte „Liebesbeziehung“ der genannten Akteure wieder zu verbessern? Diese Frage bezieht sich vor allem auf die Qualität des Journalismus – das heißt, was kann er seinem Publikum bieten – aber



auch auf die Kommunikation zwischen beiden Akteuren. Wie muss man hier wen ansprechen und wer fühlt sich von wem überhaupt noch angesprochen? Ohne Publikum gibt es auch keinen Journalismus mehr, so die Impulsgeberin. Die Idee des Journalismus ist es, ein Kommunikationsangebot für ein Publikum zu machen. Vollzieht man einen Perspektivwechsel und versetzt sich in die Rolle des Publikums, ist eines aber ebenfalls klar: Unterschiedliche Menschen verfügen über unterschiedliche Medienrepertoires und stellen sich dort ihre eigene Nachrichten-„Diät“ zusammen. Dieses gestiegene Angebot und die damit verbundene Vielfalt animiert das Publikum, seine Quellen miteinander zu vergleichen. Wiebke Loosen nennt dies eine Erschütterung der Realitätsgewissheit. Der Vergleich der eigenen Quellen gepaart mit einem gewissen Maß an Medienkompetenz führt dazu, dass immer mehr Menschen in das Handwerk von Journalist*innen „quatschen“, so die Impulsgeberin. Die gewonnenen Informationen werden nebeneinandergestellt und anhand des eigenen Verständnisses und anhand anderer Quellen beurteilt. Um einer solchen Erschütterung ein Stück weit vorzubeugen, verweist Loosen auf die Funktion von Gatekeepern. Diese sind vor allem für Personen wichtig, die verschiedene Inhalte nicht reflektiert abwägen können und daher Unterstützung bei deren Einordnung benötigen.

Die größte Währung des Journalismus ist das Vertrauen

Insgesamt beobachtet die Impulsgeberin im journalistischen Beziehungsfeld also eine große Veränderung durch digitale Medien. Selbst attestieren sich Medienredaktionen oftmals einen zu langsamen Umgang mit Digitalisierung und den damit einhergehenden Implikationen. Wiebke Loosen sieht dies anders. Der Journalismus baut aus ihrer Sicht extrem schnell neue Technologien ein, reagiert auf Veränderungen und gibt diese an sein Publikum weiter. Neue Normalitäten prägen hier also auch den Konsum von Informationen. Zuletzt identifiziert sie ein Qualitätskriterium, welches das Verhältnis zwischen Publikum und Journalismus immer unterstützt: Transparenter Journalismus erhält mehr Vertrauen und kann verlorene Wertschätzung auch zurückgewinnen.

Was ist für mich normal? Wer bestimmt was normal ist? Und wie verändert sich Normalität durch externe Einflüsse? Mit diesen und vielen weiteren Fragen haben sich Teilnehmer*innen des Dialog-Cafés beschäftigen können. Die Normalität als Experiment wurde hier aus vielen verschiedenen Blickwinkeln untersucht. Digitale Medien spielen eine zentrale Rolle. Algorithmen können die Art und Weise bestimmen, wie wir im Alltag Normalität wahrnehmen. Sie können uns dahingehend beeinflussen, was für uns als Diskurs erscheint und wie wir miteinander kommunizieren. Wie die verschiedenen Perspektiven der Impulsgeberinnen aufzeigen, gibt es nicht die eine richtige oder falsche Normalität. Vielmehr müssen wir hinterfragen, was soziale Netzwerke uns als Diskurs liefern und ob wir diesen anzweifeln oder verändern wollen. Wir müssen

uns dazu auch aus unseren eigenen Filterblasen hinausbewegen und lernen, Informationen von Fehl- und Desinformationen zu unterscheiden. Eine essenzielle Rolle kommt dabei dem Journalismus zu, der mit hoher Transparenz dazu beitragen kann, Vertrauen zu schaffen. Dabei müssen auch die verschiedenen Funktionserweiterungen betrachtet werden, die mit digitalen Medien einhergehen und in einer wechselseitigen Beziehung zwischen Journalismus und Publikum entstehen. Zentral für alle genannten Aspekte der Wahrheitswahrnehmung und -findung in der eigenen Normalität ist aber ein Vorgang: Kommunikation.

Resümee

Alexander Gemeinhardt ist Geschäftsführender Vorstand der Schader-Stiftung. Er hat das Dialog-Café begleitet und zieht ein erstes Resümee:

*Das Experiment steht an, aber es beginnt mit heimeliger Normalität: Fast drei Viertel der Deutschen nutzen noch das Fernsehen – vielleicht nicht linear, aber immerhin? Da überrascht weniger das massive Aufholen digitaler Medien und ihrer Informationsvermittlung. Die erste Session des Dialog-Cafés richtet einen Fokus auf Begrifflichkeiten und Unterschiede zwischen Medien, Apps, Diensten, Journalismus und anderen Absender*innen. Wer sind die neuen Gatekeeper und wer kuratiert die eigene digitale Wirklichkeit, welche Qualitätsstandards sind anzulegen, wenn die eigene Wahrnehmung eine entscheidende und durch die Marktmacht der algorithmischen Verarbeitung der Daten bestimmende wird? Selbstreferenzielle Information verfestigt Haltungen und Meinungen, der Umgang mit kognitiven Dissonanzen leidet. Das konkrete Beispiel des Verhaltens von kleinen Gruppen der Bevölkerung in Bezug auf die Corona-Pandemie macht erschreckend deutlich, wie abhängig vernünftiges Handeln vom Zugang zu und der Verarbeitung von Informationen ist. Das ist keine Frage der Alterskohorte – Bildung tut aber sicher durchgehend Not.*

Was eigentlich normal ist, bestimmt nicht erst seit der Digitalisierung eine Mehrheitsgesellschaft, Heteronormativität ist Standard erfolgreicher Kanäle in den Sozialen Medien. Rollenbilder werden anhand tradierter Muster von Gender, Einfluss und anderer Merkmale dargestellt. Das reproduziert sich auch in den vielen digitalen Helferlein: Warum sind dienstbare Geräte mit weiblichen Stimmen ausgestattet und organisieren Suchmaschinen ihre Ergebnisse entlang verfestigter Wertmodelle? Die Impulsgeberin zeigt einzelne Beispiele gegen diese Trends und doch bleibt die dumpfe Ahnung, dass nur einzelne engagierte, betroffene oder elitäre Kreise sich um eine Kontraalgorithmisierung mühen dürften. Aber auch gestern noch Progressives wird heute reproduzier- und vorhersehbar. Repression und Revolution benutzen die gleichen Insta-Filter. Ist die digitale Schlacht um Authentizität, Originalität, Diversität und die Anerkennung des Subjekts also schon geschlagen? Wo kann der und die Einzelne individuelle Vorstellungen von offenen Lebensentwürfen zur Kuratierung der eigenen digitalen Welt nutzen: Vielfalt ist immer von der Vielfalt her zu denken, bleibt in der Session hängen.

*Die letzte Session macht kurz ein Fenster auf in den klassischen Journalismus. Doch es bleibt keine Zeit für Nostalgie, denn erstens war der Journalismus in vordigitalen Zeiten mit analogen Recherchemöglichkeiten und klar abgegrenzten publizistischen Normalwelten auch nicht unbedingt besser, außerdem sind die Welten des Journalismus und der Digitalität längst nicht mehr zu trennen. Die Paarbeziehung zwischen Journalist*in und Öffentlichkeit ist also kompliziert, im Wortsinn verwickelt. Journalismus weiß heute, was das Publikum will – muss er es deshalb auch bedienen? Und der Komplize Social Media ist anspruchsvoll, launisch und untreu – stets auf dem Sprung zur größeren Quote, dem nächsten Trend, dem neuesten Hashtag. Wer ist verantwortlich, diese Konflikte zu lösen oder zumindest zu moderieren? Die größte Währung des Journalismus ist das Vertrauen, resümiert die Session. Darf dieses Vertrauen wechselseitig beansprucht werden? Das wäre tatsächlich eine fast schon neue, experimentelle Normalität in einer schwierigen Beziehung.*



Dialog-Café 4: Dialog – Drei Experimente

Impulsgeberinnen und Impulsgeber:

Dörte Maack, Autorin und Coach

Klara Kletzka, Dialogmuseum Frankfurt

Bernhard Mohr, Subito Improvisationstheater, Wiesbaden

Begleitung: Philipp Schulz, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Moderation: Laura Pauli, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Christopher Hamich und Laura Pauli

Ein Experiment im Sinne der Wissenschaft lässt sich als methodisch angelegte Untersuchung zur Gewinnung von Erkenntnissen beschreiben. Die Erfahrungen, die uns während eines Experiments zuteil werden, sind so eindrücklich, wie wir sie durch eine reine Auseinandersetzung mit der Theorie nicht erleben könnten. Wie immer gibt es beim Großen Konvent sechs Dialog-Cafés – doch diesmal wird eines ein bisschen anders sein, eben abseits der #GrKo-Norm. Wir wollen den gewohnten Ablauf verlassen, experimentellere Wege der Kommunikation einschlagen und dem Dialog eine ganz neue Perspektive geben.

Wo bin ich?

Ich fühle Enge, Trubel und habe das Gefühl, meinen Kopf einziehen zu müssen, damit ich ihn nicht stoße. Ich kann mich nur schwer orientieren. Ich spüre, wie mein Herz schneller schlägt und meine Atmung flacher wird. Ich bin aufgeregt, habe das für mich Gewohnte verlassen und mit meiner Normalität gebrochen. Ich möchte mich auf dieses Experiment einlassen. Ich atme durch. Ich befinde mich im „Dialog im Dunkeln“, der ersten Session des Dialog-Cafés „Drei Experimente“.

Eine Gruppe neugieriger Teilnehmender des Konvents tritt in einen abgedunkelten Vorraum, ohne Taschen und mit dem eindringlichen Hinweis, alles auszuschalten, was leuchten könnte. Die Tür bleibt geöffnet, sodass das starke Licht von außen noch hereinscheinen kann. Richtig hell ist es nicht mehr.

Klara Kletzka, die Geschäftsführerin des Dialogmuseums Frankfurt, erläutert die wichtigsten Regeln. Wir bekommen alle einen Langstock oder: Blindenstock. Der erste Hinweis lautet: Haltet den Stock partout auf dem Boden. Das klingt logisch, aber die meisten hier haben so einen Stock noch nie gehalten und müssen sich erst einmal an ihn gewöhnen. Alle probieren sich damit ein bisschen aus, machen sich vertraut mit dem neuen Hilfsmittel. Ich fahre mit dem Stock die großen Steinplatten auf dem Boden und die sie verbindenden Fugen ab und bin beeindruckt, wie viel Gefühl für die Be-

schaffenheit des Untergrunds durch den Stock transportiert wird. Die zweite Regel lautet: Wir müssen sprechen. Wer im Dunkeln nicht spricht, existiert nicht, so Kletzka. Das merken die Teilnehmenden sehr schnell und machen im Folgenden regen Gebrauch von ihren Stimmen.

Nacheinander treten wir nun vom Halbdunkel in den lichtlosen Raum und begeben uns damit für die nächste Stunde in unsere neue Normalität. „Gehen Sie auf die Stimmen zu“, gibt Klara Kletzka uns mit und so suchen wir Orientierung im Dunkeln. Dabei helfen nicht nur die Stöcke, sondern tatsächlich auch die anderen Menschen im Raum. In der Dunkelheit erwartet uns Dörte Maack, Autorin und Coach und, in meinem Fall, zwei Teilnehmende, die vor mir eingetreten sind. Wir alle haben die Regel verinnerlicht: Fast intuitiv beginne ich und beginnt jede*r nach mir zu reden. Es sind keine Gespräche, eher laut vorgetragene Monologe; hin und wieder sprechen wir miteinander, ganz funktional.

- „Ich bin hier, das ist ja interessant. Ups, Entschuldigung, oh, ist hier eine Wand? Kann ich mir den Kopf irgendwo anstoßen?“
- „Ja, ich höre Sie, ich komme mal auf Sie zu.“

Sekündlich wird es im Raum geschäftiger. Je mehr Leute eintreten, desto lauter wird es. Wer nicht spricht, existiert nicht – es ist ganz offensichtlich, wie sehr das stimmt. Die Stimmen geben etwas Halt, weil sie das Raumgefühl verbessern. Ich habe zwar den Stock in der Hand und weiß deshalb, wann ich der Wand nahekomme. Aber durch die Stimmen weiß ich auch ganz gut – oder glaube zu wissen – wo die anderen Teilnehmenden sind, wo sie lang- und hinlaufen.

Nachdem alle den Raum betreten haben, kehrt Ruhe ein. Dörte Maack kann uns begrüßen und zu unserer ersten Aufgabe anweisen: „Bilden Sie einen Kreis.“ Sofort kehrt das Gewusel zurück. Ich orientiere mich nach links, da ist jemand, und nach rechts, dort stehen zwei Personen. Wir tasten den Anderen und verorten uns anhand der anderen Stimmen. Dann sind wir uns sicher, unseren Teil der Aufgabe erledigt zu haben: Wir sind Teil eines Kreises, sofern die Anderen es ähnlich gut erledigt haben.

Ein kurzzeitig neues Normal

„Für mich ist das, was für Sie gerade ungewohnt ist, nämlich nichts zu sehen, ganz normal“, berichtet Dörte Maack, nachdem wieder Ruhe eingekehrt ist. „Anders als Sie sehe ich auch kein Schwarz, sondern nichts.“ Sie weist uns an, einen Moment lang zu schweigen und diesen Moment, die Dunkelheit, uns selbst und unsere Gedanken wahrzunehmen und zu beobachten. Dadurch komme ich noch einmal richtig an und reflektiere, wie ungewohnt diese Situation ist. Natürlich stehe ich manchmal in meinem dunklen Schlafzimmer, aber diesen Raum kenne ich. Natürlich stand ich schon draußen im Dunkeln, aber dort gab es immer mindestens den schwachen Schein des Mondes. Das hier ist neu. Ich war noch nie in einem so lichtlosen Raum. Ich werde ruhiger, weil ich weiß, dass es in einer Stunde wieder vorbei ist und ich gerade nicht aktiv nach dem Ausgang suche.

Nach dem Schweigemoment reflektieren wir nacheinander unsere Assoziationen in dieser nicht normalen Situation. Die erste Erkenntnis dabei: den Stimmen nach haben wir den Kreis gut hinbekommen. Experiment geglückt. Die Teilnehmenden berichten von sehr unterschiedlichen Wahrnehmungen. Einige haben ein starkes Engegefühl in der Dunkelheit, glauben sich den Kopf zu stoßen oder sind nervös und haben zu schwitzen begonnen. Eine Teilnehmende erklärt, dass sie sich nur wegen der anderen Menschen und der Kontrolliertheit der Umgebung einigermaßen sicher fühlt. Eine andere wiederum berichtet von extremer Anspannung und Konzentrationsproblemen.

Ein Teilnehmender stellt fest, dass er die Situation eigentlich schlimmer erwartet hätte, ein anderer ist unsicher, ob er nicht doch noch etwas sieht, obwohl da nichts ist. Auch wird von Dankbarkeit berichtet über das geschärfte Bewusstsein für den nun ausgeschalteten, so alltäglichen, *normalen* Sinn des Sehens.

Nuss-Gruppen und Tastsinn

Danach sollen wir uns in Gruppen zusammenfinden. Dazu hat jede*r von uns beim Betreten des Raums einen Gegenstand aus einem Beutel genommen. Die Aufgabe: Personen mit identischen Gegenständen kommen zusammen. Irritation macht sich breit, als mehrere Teilnehmende rufen: „Ich habe eine Nuss“. Das kann nicht sein. Es braucht ein wenig Kommunikation, bis unter den Teilnehmenden klar wird, dass wir spezifischer sein sollten. Die Gegenstände in unseren Händen sind Nüsse, aber welche? Zusammenfinden müssen sich nicht nur Nüsse, sondern jeweils Walnüsse, Erdnüsse, Haselnüsse und Kastanien. Das Gerede und Gewusel beginnt damit erneut. Wir rufen Nüsse durch den Raum, in der Hoffnung, auf Erwidderung zu stoßen oder die eigene Nuss zu hören. Dabei ist es gar nicht so einfach, weil man niemanden *sprechen sehen* kann. Die Möglichkeit des Blickkontakts entfällt und der Lärmpegel steigt zwangsläufig weiter. Vorsichtig taste ich mich durch den Raum auf die Ecke zu, in der ich mehrmals „Erdnuss“ gehört habe, worauf ich versucht habe zu antworten. Tatsächlich finde ich die anderen Erdnüsse. Dörte Maack weist uns danach verschiedenen Tischen im Raum zu. Die hatte ich vorher noch gar nicht bemerkt.

Nun in Zweierteams aufgeteilt geht es um haptische Bilder. Auf einer DIN-A4-Seite sind verschiedene Elemente aufgeklebt: wellige Pappen, moosige Strukturen, Streifen, stachelige, raue Blättchen. Eine Person bekommt dieses fertige haptische Bild, die andere ein Blatt und die gleichen Teile, aber lose. Ziel ist es, das Bild mithilfe von Beschreibung nachzubauen. Die Rollenverteilung unseres Teams: ich beschreibe, mein Gegenüber klebt. Doch wie beschreibe ich? Mein gewohntes Kommunikationsmuster muss ich aufbrechen. Meine Augen sind fast beleidigt, nichts zu tun zu haben. Mir wird auch klar: Wir beschreiben visuell. Wir nutzen Farben und Formen, um zu beschreiben und verständlich zu machen, worum es uns geht. Manchmal greifen wir vielleicht auch auf Gerüche zurück. Wahrscheinlich viel zu selten auf unseren Tastsinn.

Ich scheitere direkt daran, meinem Bild mehr abzugewinnen als eine abstrakte Form – den Affen werde ich erst am Ende erkennen, wenn es wieder hell ist. Stattdessen brauche ich eine Weile, um mich mit meinen Händen auf dem Blatt zu orientieren und werde dabei ein bisschen nervös: Kann ich das beschreiben? Wie beschreibe ich zum Beispiel dieses moosige Stück, welche Form hat es? Wir einigen uns auf das Format und nehmen das Bild quer. Dann beginnen die zehn Minuten, und sie vergehen wie im Flug.

Der Schlüssel zu dieser Aufgabe ist, wieder einmal, die Kommunikation: Ich lerne sofort, dass es keinen Sinn ergibt, weiter zu hinterfragen, ob ich nun die richtigen Worte finde für Oberflächen und Formen. Wichtig ist es, überhaupt zu sprechen und sich mit dem Partner oder der Partnerin im Dialog einem gemeinsamen Verständnis anzunähern. Das Gespräch mit meinem Gegenüber stockt immer wieder kurz – und scheitert immer wieder auf eine produktive Weise, weil unsere Kategorien nicht übereinstimmen. Aber genauso nähern wir uns an. Wir beginnen, uns über Zentimeter zu unterhalten und landen am Ende bei Fingerbreiten, versuchen uns abzustimmen, ob sich ein Teil nun auf einer Seite öffnet oder in welche Richtung sich ein anderes Teil schlängelt. Sukzessive Annäherung, langsam, aber sicher werden wir dabei schneller und verbessern unsere gemeinsame Vorgehensweise während der zehn Minuten spürbar. Ehe wir wieder ins Licht treten, versuche ich kurz meine Gefühle zu ordnen. Ich bin erstaunlich ruhig, fühle mich sicher und bin stolz, diese Aufgabe gemeistert zu haben.



Dann kneife ich die Augen zusammen, das Licht ist unangenehm, bis ich mich wieder daran gewöhnt habe.

Theorie beiseite

Wieder im Hellen ist für die zweite Session des Dialog-Cafés ein Stuhlkreis vorbereitet. Dort erwartet uns Bernhard Mohr, Schauspieler und Improvisationskünstler. Mit ihm stellen wir Dialog und Interaktion gewaltig auf den Kopf. Die Normalität des Dialogs soll aufgebrochen werden. Das Gespräch soll alles sein, nur nicht statisch, erläutert Mohr: „Theoretische Auseinandersetzungen bringen uns jetzt mal nicht weiter.“ Es geht direkt los mit der ersten Praxisübung. Wir ziehen Zettel und beginnen, die dort aufgeführten Aufgaben zu erfüllen. Wir suchen also in unserer Gruppe Personen, die zum Beispiel ein Instrument spielen, die im Ausland studiert haben oder die Haustiere besitzen.

In wissenschaftlicher Manier fällt die Gruppe schnell zurück ins gewohnte Schema und betreibt Begriffsdefinition. Können wir Bienen als *Haustiere* gelten lassen? Ein Teilnehmer definiert für sich: Ja, warum denn nicht? Immerhin leben Bienen selbst in einem Haus. Mohr ist begeistert: „Auf jeden Fall! Nur so kommen wir kommunikativ weiter: Wenn wir nicht alles lange hinterfragen, sondern Dinge auch festlegen.“ Die Praxis des Improvisationstheaters definiert Gesprächssituationen als *bewusstes Schwimmen*. „Wir gehen auf die Bühne und wissen nicht, was passiert. Mit dieser Situation gehen wir dann um und bauen Geschichten“, so Mohr. Das werden wir nun auch probieren, denn diese Praxis ist für mehr geeignet als nur für das Theater. Das kreative Moment, das in dieser Spontanität liegt, kann vieles freilegen. Und das sollen wir in diesem Kommunikationsexperiment genauer erfahren.

Kleine Übungen zur Fehlerkultur

Bernhard Mohr erläutert, dass es insbesondere Fehler sind, die für ihn das Salz in der Suppe ausmachen. Deshalb spielen wir nun mit einer Geschwindigkeitsübung. „Sipp, sapp und sopp.“ Diese Lautreihe, später erweitert um andere Laute, sprechen wir nacheinander mit steigender Geschwindigkeit. Wenn ich dran bin, sage ich den logisch folgenden Laut und zeige auf eine Person, die fortfahren muss. Gleich beim ersten Mal vertue ich mich, nicht sapp, sondern sipp wäre es gewesen, aber das ist okay. Es geht einfach weiter. Diese Übung hilft der Gruppe, mit Fehlern umzugehen, diese einfach stehen zu lassen und die Diskussion weiterzuführen. Gespürt am eigenen Leib.

Wir machen weiter. Zuerst eine Assoziationskette. Person für Person lassen wir unseren schnellen Intuitionen freien Lauf: Kuchen – Geburtstag – Torte – Sahne – Bonbon – Kinder – Schnuller – Wasserkocher – Tee und so weiter. Das gelingt recht einfach,



problematisch wird es bei den folgenden sogenannten Dissoziationsketten. Diese eröffnen den Raum für Diskussionen. Eimer – Klebeband – Geodreieck; Kritik wird laut: Das Klebeband und das Geodreieck gehören doch gemeinsam in eine Schultasche, oder etwa nicht? Der Teilnehmer akzeptiert und wechselt stattdessen zum Riesenrad. Der nächste fährt fort: Atomkraftwerk. Damit sind alle einverstanden.

Die Situation ist schnell und fordernd. Nicht lange nachzudenken und dennoch zu treffen, explizit nichts Naheliegendes – die Aufgabe ist schwer zu erfüllen. Wir alle sind bei diesem Experiment sehr aufmerksam, sowohl in Bezug auf die eigenen Worte wie auch auf die der Anderen.

Im Anschluss definiert Mohr unsere Gruppe als zusammengehörende Einheit, auch wenn wir uns erst seit einigen Minuten etwas näher kennen. Sind wir nicht alle eigentlich verschieden? Egal. Für die nächste Aufgabe funktionieren wir als Team, denn die Anweisung lautet, Wort für Wort-Geschichten zu bilden. Person für Person darf den folgenden Sätzen also ein Wort hinzufügen. Nacheinander bildet die Gruppe nun Sätze, die erstaunlich logisch und plausibel werden und durchaus zeigen, was diese zufällig zustande gekommene Gruppe so beschäftigt. Sätze wie:

„Der – Mensch – ist – ein – sehr – anpassungsfähiges – Wesen – Punkt – Er – ist – besonders – laut – gegenüber – der – Natur – Punkt – Das – macht – ihn – zu einem – ganz – schlechten – Wesen – Punkt“

Neuer Durchgang.

„Fake –

Es entsteht eine Pause. Irritation. Die folgende Teilnehmerin scheint eigentlich schon zu wissen, auf welches Wort ihr Vorredner hinaus will und schaut irritiert. Bin ich schon dran? Wie schreiben wir das Wort jetzt? Getrennt oder zusammen? Oder geht es doch um etwas völlig Anderes: Fake – und jetzt? Wieder sind wir gefangen in unseren gewohnten Kommunikationsmustern und suchen bereits nach Antworten, ehe wir überhaupt wissen, um was genau es geht. Kurze Erinnerung: Nicht lange alles hinterfragen, sondern auch mal Dinge festlegen. Vermutlich folgt ein Bindestrich, also weiter:

Fake – News – erobern – die – Medien – Punkt – Das – entwickelt – sich – zu einem – Problem – Komma – was – das – Zusammenleben – von – verschiedenen – Gruppen – reichlich – erschwert – Punkt

Gespräch mit verteilten Rollen

Zum Abschluss dieser Session lässt uns Bernhard Mohr eine Gesprächsrunde abhalten. Wir können zwar ein Thema festlegen, aber nicht, wer wir sind, denn Mohr verteilt Rollen an uns. So gibt es in der folgenden Unterhaltung zum Beispiel Kümmer*innen, Bedenkenträger*innen, Hofnarr*innen oder Verbindende. Das Gespräch wird sofort absurd. Es dauert keine Minute, bis die Runde vom Kolonialismus ausgehend bei Außerirdischen angekommen ist. Eine Teilnehmende steht auf und setzt sich in die Mitte der Runde. Ich bin irritiert und die Anderen scheinen es ebenfalls zu sein. Ich weiß nicht, wie genau ich meine Rolle ausfüllen soll. Ich soll den Herrscher spielen, der den Ton angibt, das Gespräch in die richtige Bahn lenkt und Lösungen verlangt. Das ist nicht nur sehr gegenläufig zu meinem sonstigen eher zurückhaltenden Gesprächsmodus, es ist in dieser Runde zwecklos.

Der Gesprächsverlauf wird von den Mitwirkenden in einer anschließenden Runde reflektiert. Eine Teilnehmerin stellt fest, dass die Menge an destruktiven Rollen einem Austausch komplett im Weg zu stehen scheint und dass diese Rollen vermutlich auch viel leichter umzusetzen sind als produktive. Bernhard Mohr teilt diese Einschätzung, macht aber deutlich, dass bei dieser Übung nicht die inhaltliche Auseinandersetzung im Fokus steht. Die Themen sollen bei diesem Experiment wirklich auf den Kopf gestellt werden, um eine gewisse Leichtigkeit zu erreichen und den Dialog auch für andere Zugänge zu öffnen.

Alles war bunt

In der dritten Session des Dialog-Cafés gibt es ein Wiedersehen mit der Autorin Dörte Maack. In hybridem Format, also mit den Teilnehmenden auf Distanz, berichtet Maack über ihre Erfahrungen mit dem Wegbrechen von Normalität und dem Einleben und Akzeptieren einer neuen Normalität, genauer: Sie berichtet aus ihrer Lebensgeschichte und der Zeit des Erblindens, die fast dreißig Jahre zurückliegt.

„Früher hätte ich Sie gesehen“, beginnt Dörte Maack ihre Erzählung. Sie schildert, wie sie nach der Schule ihr Leben genießen wollte, zum Zirkus gehen, Jonglieren und Einradfahren war ihr Ziel. Nach ihrem Studium der Pädagogik nähert sie sich ihrem Traum und besucht eine Zirkus-Theaterschule, möchte Trapezkünstlerin und anderes mehr werden. Mit zwei weiteren Kunstschaffenden gründet sie später eine Kinder- und Jugendtheatergruppe. „Alles war bunt, alles schillerte, ich liebte dieses Leben“, so Maack. Gerade die vielen Veränderungen gefielen ihr.

„Bis eines Nachmittages im November...“, bis sie vom Augenarzt die Diagnose erhält, dass die bereits länger vermuteten Sehprobleme auf eine nicht heilbare Augenkrankheit zurückzuführen sind. Retinitis pigmentosa. Dabei bleibt die Sicht zwar sehr lange scharf, aber das Sichtfeld schrumpft sukzessive zusammen, bis in vielen Fällen die vollständige Erblindung eintritt.

Nach dieser Nachricht gibt es für sie nur zwei Optionen, erzählt Dörte Maack: Nicht blind zu werden und, wenn doch, nicht weiterzuleben. Sie räumt ein, dass sie damals ihren eigenen Vorurteilen vollständig erlag. „Ich wusste ganz genau, dass Blinde nutzlos und hässlich sind.“ Sie erzählt auch, wie sie sich zu dieser Zeit an vielen Strohhalmen festhält, Wunderheiler und andere Ideen, viele Experimente mitgemacht hat; keines hat aber geholfen.

Die Fantasielosigkeit der Sehenden

Als sie am tiefsten Punkt, am Boden ihrer Kräfte ankommt, so Maack, wird ihr doch klar, dass es weitergehen muss. Irgendwie. Sie sucht sich Unterstützung. Ein Berater verhilft ihr zur entscheidenden Perspektivumkehr. Er sagt: Als Blinde kannst du alles

machen, was du möchtest. Alles, was dich hemmt, ist die Phantasielosigkeit der Sehenden. Das ist für sie ein wichtiger Schritt. Von hier an beginnt sie, sich stärker auf die neue Normalität einzulassen.

Sie entscheidet sich, ihr Studium der Pädagogik, Sportwissenschaft und Linguistik abzuschließen. Dafür muss sie allerdings die Sportprüfung bestehen. Ballspiele gehen nicht, das ist schnell klar. Doch Leichtathletik funktioniert auch blind. Nur der Hürdenlauf ist ein Problem. Maack berichtet, wie sie damals mit ihren Lehrkräften und Kommiliton*innen viele Experimente unternimmt, um den Hürdenlauf zu meistern. Entscheidend ist der richtige Rhythmus. Und mit diesem richtigen Rhythmus schafft sie den Hürdenlauf, auch in der Prüfung. „Glatte eins“, so Maack. Diese Erfahrung hat ihr gezeigt, dass *wirklich* fast alles möglich ist, wenn die Phantasielosigkeit der Sehenden überwunden wird.

Sie wird Workshop- und Teamleiterin bei „Dialog im Dunkeln“, der Erlebnis-Ausstellung des Dialogmuseums Frankfurt am Main, arbeitet dort mit Sehenden in der Dunkelheit, wird später auch für Moderationen angefragt und nimmt diese Aufgabe an. So kann Maack, die auf die Bühne wollte und diese Pläne wegen ihrer Erkrankung aufgeben muss, doch zurück. Als Moderatorin und Rednerin ist sie heute eine vielbeschäftigte Person. Die Transformation in eine neue Realität und Normalität ist, nach aller anfänglichen Skepsis, gelungen.

Empowerment

Im anschließenden Gespräch berichten die Teilnehmenden, dass der Vortrag auf sie eine empowernde Wirkung ausgeübt hat. Auf den Veränderungs- und Anpassungsprozess angesprochen, bestärkt Maack, wie wichtig es war, andere blinde Menschen – wie den Berater – kennenzulernen. Darüber hat sie auch gelernt, dass es entgegen ihren eigenen Vorurteilen keine homogene Gruppe von Blinden gibt, sondern sehr unterschiedliche Persönlichkeitstypen unter den Betroffenen sind. Zudem ist es wichtig, Vorbilder zu haben. Diese können helfen, sich in einer solchen neuen Situation zu orientieren. Die Vorbilder zeigen auf, dass Dinge möglich sind. „Das ist wichtig, auch wenn man ihnen dann nicht auf den Mount Everest folgen muss“, erklärt Maack.

In der Diskussion wird angeregt, die Entwicklung oder Nicht-Entwicklung der Gesellschaft in Bezug auf blinde Menschen zu reflektieren. Gab es eine positive Veränderung in den vergangenen Jahren? So schätzen es die Teilnehmenden ein. Oder wird diese Wahrnehmung von Betroffenen nicht geteilt? Maack führt aus, wie es in den letzten Jahrzehnten definitiv eine signifikante und merkbare Weiterentwicklung in Bezug auf Inklusion gegeben hat. Das negative Bild von Blinden, das sie selbst hatte, wurde in den 70er-Jahren geprägt und fällt heute anders aus, ist sie sich sicher.

Ist es von Vorteil, dass Maack einige Zeit ihres Lebens sehen konnte? Die große Mehrheit der blinden Menschen, erläutert Maack, ist nicht von Geburt an blind. Menschen aber, die tatsächlich von Geburt an nicht sehen können, haben ein noch stärkeres Verständnis von Blindheit als nicht hinterfragbare Normalität. Sie kennen es nicht anders. Ob sie es gut findet, früher einmal gesehen zu haben? Ja, Maack ist froh darüber und erklärt das mit der Analogie zu einem Urlaub. Ist ein Urlaub sinnlos, weil man nach der Rückkehr nur noch die Erinnerung an das Gesehene hat? Nein, ist sie sich unter Zustimmung aus der Runde sicher.

„Es ist nicht wichtig, ob du im nächsten Kapitel deines Lebens mit Tinte oder mit Blindenschrift schreibst. Wichtig und entscheidend ist: Du bist diejenige, die den Stift in den Händen hält.“ Und Dörte Maack ergänzt lächelnd: „Das Zitat ist von mir.“

Resümee

Philipp Schulz, Doktorand an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und bis 2021 kooptiertes Mitglied im Kleinen Konvent der Schader-Stiftung, hat das Dialog-Café begleitet und zieht dieses Resümee:

Wer über Normalitäten und Experimente spricht, ist gut beraten, zumindest zeitweise aus der eigenen Normalität auszubrechen und ganz experimentell einen neuen Blickwinkel einzunehmen. Dass dieser Blickwinkel vielleicht gar nichts mit einem Blick als solchem zu tun hat, sondern durch andere Sinneserfahrungen ersetzt werden muss, zeigte sich gleich in der ersten Session des Dialog-Cafés. Unter dem Eindruck völliger Dunkelheit konnten die Teilnehmenden erfahren, wie Kommunikationsprozesse ablaufen, bei denen nicht auf die sonst meist unterbewusst stattfindende Interpretation der Gestik und Mimik zurückgegriffen werden kann. Stattdessen musste darauf vertraut werden, dass das gesprochene Wort seine Wirkung für sich entfaltet und die Wahrnehmung der übrigen Sinne keine zu starken Irritationen hervorruft.

Das Statistische Bundesamt zählt in Deutschland etwa 75.000 blinde Menschen und weitere 500.000 Menschen mit teilweise schwerwiegender Sehbeeinträchtigung. Für nicht sehende Personen ist die zuvor geschilderte Situation normal. Die Teilnehmenden am Dialog-Café hingegen mussten sich erst physisch, dann auch psychisch auf die neue Umgebung einstellen und für sich selbst sowie in der Gruppe eine gemeinsame Umgangsform finden. Auch wenn sicher niemand für sich reklamieren würde, fremde Normalitäten durch ein kurzes Experiment vollständig begreifen zu können, so hat die Kommunikation im Dunkeln doch zum Verständnis beigetragen und den eigenen Horizont erweitert.

Die bereits angesprochenen Irritationen setzten sich auch in der zweiten Session fort, bei der etablierte Kommunikationsmuster aufgebrochen und die Spontaneität der Teilnehmenden auf die Probe gestellt wurden. Durch (schau)spielerische Annäherungen im Stil eines Improvisationstheaters wurden Themen erschlossen, die in anderen Kontexten sicher zurückhaltender besprochen worden wären. Dabei hat sich gezeigt, dass die Reaktion auf unvorhergesehene Wortbeiträge, unerwartete Verhaltensweisen und spontane Einwürfe nicht allen Personen gleichermaßen leichtgefallen ist. Während das Gespräch auf diese Weise einerseits erschwert wurde und die Ernsthaftigkeit einzelner Diskussionspunkte zurückstehen musste, haben sich auch neue Möglichkeiten durch eine geänderte Diskussionskultur gezeigt.

Die letzte Session führte wiederum das erste Experiment fort und verknüpfte die zuvor gemachten Erfahrungen im Dunkeln mit den Berichten einer Betroffenen. Gleichzeitig bestand die Möglichkeit, Teilnehmende aus der virtuellen Welt zuzuschalten und auf diese Weise nochmals veränderte Kommunikationsmuster in das Gespräch einfließen zu lassen. Insgesamt waren die Experimente sehr bereichernd und haben beigetragen, einen neuen Zugang zum theoretischen Überbau des Konventsthemas zu schaffen. Die Denkanstöße und Erfahrungen können als Ausgangspunkt dazu dienen, die eigene Normalität zu hinterfragen und ungewohnten Situationen durch eine experimentelle Offenheit zu begegnen.



Dialog-Café 5: Transformation der Normalität

Impulsgeberin und Impulsgeber:

Dr. Kora Kristof, Umweltbundesamt, Dessau

Matthias Wanner, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH

Christian Ziegler, Fischerwerke GmbH & Co. KG, Waldachtal

Begleitung: Prof. Dr.-Ing. Ursula Stein, Büro Stein Stadt- und Regionalplanung, Frankfurt am Main

Moderation: Karen Lehmann, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Luise Spieker und Karen Lehmann

Das Anthropozän zeichnet sich durch ein kontinuierliches Überschreiten der planetaren Belastungsgrenzen aus. Die Weltgemeinschaft steht damit vor großen Herausforderungen, es braucht eine Transformation der bestehenden Produktions- und Konsummuster. Doch wie kann ein so grundlegender Wandel funktionieren? Welche Veränderungen im Denken, Handeln und Wirtschaften braucht es? Experimente können nützlich sein, um im Kleinen Neues auszuprobieren und Lösungsansätze auf ihre Praxistauglichkeit zu erproben. Doch wie müssen sie aufgebaut sein? Wie sehen übergreifende Muster erfolgreicher Veränderungsprozesse aus?

Grundlegende Veränderungen stehen an

Bei jedem Wandel wird es Menschen oder Gruppen geben, die sich gegen diese Veränderungen wehren oder ihnen zu Beginn ablehnend gegenüberstehen. Um dies zu veranschaulichen, leitet Kora Kristof, Impulsgeberin der ersten Session, ein einfaches Experiment an, das auch Lesende gut ausprobieren können: Verschränken Sie Ihre Hände. Achten Sie darauf, welcher Daumen über dem anderen liegt. Lösen Sie Ihre Finger aus der Verschränkung und falten Sie die Hände nochmal, aber andersherum zusammen. Sie merken: diese Handhaltung fühlt sich erst einmal ungewohnt, vielleicht sogar unangenehm an. Selbst kleine Veränderungen von Routinen und Abläufen wirken sich auf Menschen aus, auch auf jene, die sich als veränderungsaffin verstehen. Eine „sperrige“ Reaktion, ein Unwohlsein oder auch direkte Widerstände können das Resultat sein.

Wie gelingen grundlegende Veränderungsprozesse trotz dieser allzu menschlichen Eigenschaft? Mit dieser Frage beschäftigt sich Dr. Kora Kristof, Volkswirtin beim Umweltbundesamt, vertieft. Sie nimmt als Leiterin der Abteilung „Nachhaltigkeitsstrategien, Ressourcenschonung und Instrumente“ vor allem die sozial-ökologische Transformation in den Blick.

Als Weltgemeinschaft stehen wir vor einem fundamentalen Wandel, die Menschheit überschreitet die Grenzen des ökologischen Systems mit schwerwiegenden Folgen. Mit den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen haben sich fast alle Staaten auf einen gemeinsamen Zielkatalog geeinigt. Zudem gibt es bereits zahlreiche Vorschläge für mögliche Maßnahmen oder einzusetzende Instrumente, die einen Beitrag zur Erreichung dieser Ziele leisten können; die Energie-, Ernährungs- und Mobilitätswende sind hier als Beispiele zu nennen.

Trotzdem geht es, gemessen an der Dimension dieser Probleme, nur langsam voran. Es stellt sich also die Frage, wie wir bei diesem einschneidenden Wandel, der uns bevorsteht, Fortschritte machen. Hier kommen die Ergebnisse der Transformationsforschung ins Spiel.

Widerstände lieben lernen

Die Transformationsforschung beschäftigt sich mit der Frage, wie Wandelprozesse erfolgreich werden. Hierzu werden vorangegangene Transformationsprozesse analysiert: Was war erfolgsentscheidend, was hat nicht funktioniert? Welche Einflussfaktoren haben eine Rolle gespielt? Ausgehend von den Analyseergebnissen entwickelt die Transformationsforschung konkrete Handlungsempfehlungen zur Gestaltung von Veränderungsprozessen.

Eine Empfehlung klingt zunächst kontraintuitiv: Widerstände lieben lernen! Widerstände gegen eigene Veränderungsideen, man kennt es, fühlen sich zunächst negativ an. Sie nicht zu goutieren ist eine zutiefst menschliche Reaktion. Die Transformationsforschung zeigt jedoch, dass genau diese Widerstände eine wichtige Informationsquelle darstellen. Zum einen sagt der Protest einiges über die Veränderungsidee aus: Kann sie verbessert werden? Welche Interessen verletzt der Vorschlag, gibt es Nachteile für einzelne Gruppen? Zum anderen beinhaltet die ablehnende Haltung eine Aussage über den Prozess selbst: Wurden die betroffenen Akteursgruppen bei der Entwicklung der Idee beteiligt und konsultiert? Gab es genügend Zeit, sich mit der Veränderungsidee anzufreunden? Wurden Akteur*innen angemessen im Veränderungsprozess unterstützt?

Antworten auf diese Fragen helfen dabei, gemeinsam mit Vertreter*innen der Gegenseite Lösungen zu finden, etwa durch eine Weiterentwicklung der ursprünglichen Idee. Auch ist es besonders wichtig, so Kora Kristof, die Betroffenen eines Wandlungsprozesses über dessen gesamte Dauer mitzunehmen. Dabei muss die Bereitschaft vorhanden sein, eigene Ideen und Konzepte zu verwerfen, sollten sie obsolet werden. Durch solch einen dynamischen Umgang mit der Veränderungsidee kann der angestrebte Transformationsprozess zum Erfolg werden.

Anzuerkennen ist auch: Alle wird man nicht überzeugen können. In demokratischen Systemen müssen seit jeher Wege gefunden werden, mit divergierenden Interessen und Positionen umzugehen. Hierzu ist es sinnvoll, sich bereits vorab zu den erwartbaren Quellen von Widerstand, beispielsweise Interessenvertretungen bestimmter betroffener Sektoren, Gedanken zu machen; eine große Schwierigkeit bei komplexen Systemen, gibt eine Teilnehmerin zu bedenken. Der Veränderungsschritt sollte dann so klein gewählt werden, dass die Koalition der Befürworter*innen einer Maßnahme breitgefächert bleibt. Veränderungsbefürworter*innen können strategisch unterstützt werden. Auch über eine Kompensation oder eine Beteiligung an den erwarteten Vorteilen des Wandels für betroffene, kritische Akteure muss nachgedacht werden. Das ist wichtig, denn Transformationsrhetorik allein reicht nicht aus, um den anstehenden Wandel erfolgreich bestreiten zu können. Wenn Menschen in soziale Schwierigkeiten geraten, weil beispielsweise ganze Wertschöpfungsketten obsolet werden und somit ihre berufliche Zukunft in Frage steht, wird ein Veränderungsprozess massiv Kritik erfahren.



Diese These trifft auf Zustimmung, besonders auch aus gewerkschaftlicher Perspektive. Die Industrie steht vor gewaltigen Transformationsaufgaben, bei denen Arbeitnehmer*innen nicht nur mitgedacht werden müssen, sondern auch als Mitgestaltende dieses Prozesses eingebunden werden sollten. Gleichzeitig ist es wichtig, Ängste auf Arbeitnehmer*innenseite ernst zu nehmen. Kora Kristof sieht eine Chance: Die Gewerkschaften können die Transformationsprozesse auch als potenziellen Öffnungswinkel in Unternehmen nutzen, um mitzudiskutieren und mitzugestalten.

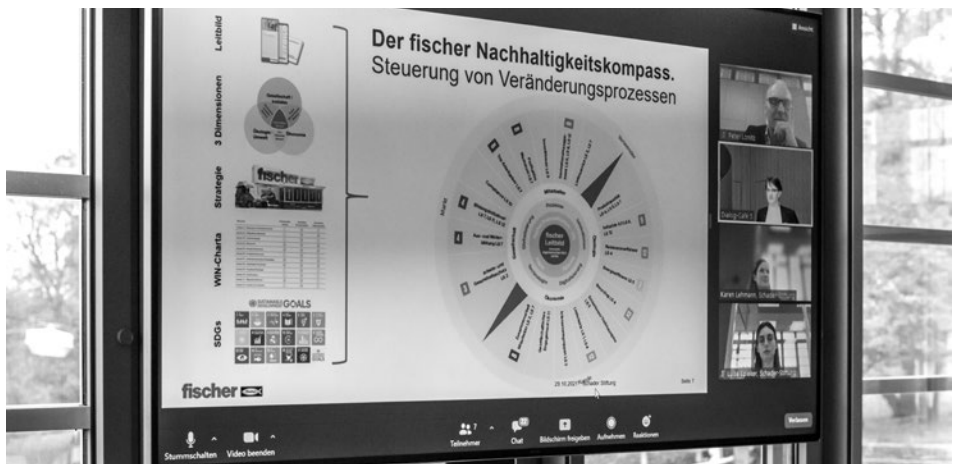
Ein weiterer Erfahrungswert: Kommt es zu einem Kompromiss, so ist die Institutionalisierung mit Dringlichkeit voranzutreiben. So kann eine Änderung, beispielsweise der regulatorischen Rahmenbedingungen, eine erreichte Übereinkunft stärken und festigen.

Erfolgreich transformieren

Bei erfolgreichen Transformationsvorgängen sind oft ähnliche Erfolgsfaktoren zu beobachten. Ihnen widmet sich die weitere Diskussion in der Gruppe.

Dazu gehört beispielsweise, die gegebenen Rahmenbedingungen genau zu betrachten, um diese für den Prozess bestmöglich zu nutzen. Eine Reihe von Beiträgen verstärkt diese Einsicht: Die kritische Auseinandersetzung mit der komplexen Ausgangslage ist elementar, einem erfolgreichen Veränderungsprozess liegt eine gründliche Analyse des Problems und möglicher Handlungsoptionen zugrunde. Eine gelingende Einbindung möglichst vieler Perspektiven und Akteure ist dabei essenziell. Die Akteur*innen im Prozess sind im besten Fall sehr divers, damit viele Gruppen mitdiskutieren und ein Silo-Denken, welches zu einseitigen Lösungen führt, vermieden wird. Eine Teilnehmerin aus der Politik weist auf die Schwierigkeit hin, die Mitarbeit in Partizipationsprozessen über einen kleinen, hochmotivierten Kreis hinaus zu erweitern. Fragestellung und Problemverständnis in Zusammenarbeit mit diesen Akteur*innen zu entwickeln, ermöglicht das Sprechen auf Basis einer gemeinsamen Realität. Eine gelungene Transformation, so die Teilnehmenden, basiert auf diesen Analysen, um nicht etwa Probleme zu lösen, die keiner kennt oder die man überhaupt nicht hat.

Die Gestaltung des Prozesses ist ein weiterer Erfolgsfaktor: Welcher Ansatz wird verfolgt, wird beispielsweise mit Szenarien-Bildung gearbeitet? Wie wird mit Komplexität umgegangen? Ein weiterer Bereich betrifft die eigentliche Veränderungsidee. Wie lässt sie sich durch Narrative und Visionen vermitteln? Gern vergessen, aber besonders wichtig ist auch die Bedeutung von Zeit und Timing im Transformationsprozess. Transformationsvorhaben kommen oft durch sogenannte „windows of opportunity“ – Gelegenheitsfenster – ins Rollen, sofern eine gute Vorarbeit geleistet wurde. Konkret



heißt dies: Vorschläge werden detailliert erarbeitet und, beispielsweise im Rahmen von Pilotprojekten, getestet.

Eine Teilnehmerin hinterfragt die von ihr so empfundene Grundannahme der Diskussion: Ist denn Veränderung immer positiv zu sehen? Gibt es nicht auch gute Gründe, sich gegen Veränderungsprozesse zu stemmen? Die Impulsgeberin empfiehlt grundsätzlich zu reflektieren, vor welchem Hintergrund man eine Veränderung verhindern oder vorantreiben möchte. Somit entsteht Klarheit bezüglich des eigenen Zielsystems und der eigenen, vielleicht unbewussten, Ziele. Prinzipiell sind aber jene Erfolgsfaktoren, um Veränderungen umzusetzen, auch dafür einsetzbar, Veränderungen zu verhindern.

Abschließend plädiert Kora Kristof dafür, sich möglichst offen auf Transformationsprozesse einzulassen. Niemand hat die perfekte Lösung für die großen Probleme. Die identifizierten Erfolgsfaktoren ergeben kein Rezept, sondern sind nur Anregungen, die die Wahrscheinlichkeit eines Erfolges steigern. Aber: Durch gemeinsames und reflektiertes Ausprobieren, das Erfolgsfaktoren mitdenkt und auch nicht vor Widerständen zurückschreckt, kann es zu einer erfolgreichen Transformation kommen.

Reallabore in der Praxis

Welche Rolle spielen Reallabore im Kontext von transformativer Forschung? Darauf hat Matthias Wanner, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Nachhaltiges Produzieren und Konsumieren im Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, Antworten und auch kritische Fragen. Der Begriff Reallabor steht für eine transdisziplinäre und transformative Forschungspraxis. Ziel ist nicht nur, aus verschiedenen Wissensbeständen robustes Wissen zu entwickeln, welches die beteiligten Akteur*innen aus Wissenschaft und Praxis anwenden können, sondern auch bewusst Dinge auszuprobieren. Nach einer stark transdisziplinär ausgerichteten Co-Designphase, in der unter anderem ein gemeinsames Problemverständnis und eine Forschungsfrage erarbeitet werden, folgt eine transformative Co-Produktionsphase, in der es um die Entwicklung und das Ausprobieren von konkreten Lösungsansätzen geht. Die letzte Phase, die Co-Evaluation, dient dazu, den Prozess zu reflektieren, damit beide Seiten etwas lernen können: Am Ende eines Reallabors sollten verwertbare Ergebnisse für Wissenschaft und Praxis stehen. Die Nachhaltigkeitsorientierung ist ein weiteres Kerncharakteristikum. Umstritten hingegen ist in der Fachcommunity die Frage der Langfristigkeit und Verstetigung: Wann sind Experimente schon Normalität, wann gehen sie in Normalität über? Wie kann ein verstetigtes Reallabor aussehen?



Reallabore sind ein erkenntnisbringender Ansatz für verschiedene Bereiche: ob soziale Nischeninnovationen, technische Innovationen oder auch Ansätze für regulatives Lernen. Für die verschiedenen Funktionen unterscheiden sie sich dann aber in ihrem Aufbau und ihren Merkmalen, um den jeweiligen Anforderungen und Schwerpunktsetzungen gerecht zu werden.

Scheitern erlaubt!

Bereits durchgeführte Reallabore zeigen, welche Kriterien für den Erfolg eines Projektes bestimmend sind. Am Anfang ist die Transdisziplinarität besonders von Bedeutung. Durch ein vorsichtiges Ausbalancieren der verschiedenen Interessen von wissenschaftlichen Akteur*innen und Praxispartner*innen gelingt ein guter Start in das Projekt. Wenn das Reallabor läuft, ist eine offene Denkweise wichtig. Da es sich um einen Experimentierraum handelt, darf auch mal etwas schiefgehen. In einem Reallabor werden Dinge ausprobiert, die funktionieren oder auch nicht – ein inhärentes Risiko von Reallaboren. Denn sie bewegen sich in Bereichen, in denen nach Lösungen gesucht wird und nicht bereits welche bereitstehen, die es zu beweisen gilt. Es ist wichtig, dass der experimentelle Ansatz und das damit einhergehende Risiko von den Projektpartner*innen aus Wissenschaft und Praxis ernst genommen und akzeptiert wird.

Eine große Herausforderung besteht darin, Räume für ein ergebnisoffenes Ausprobieren zu schaffen, besonders wenn Projekte durch die öffentliche Hand finanziell gefördert werden. Die Beobachtung, dass es in Deutschland in vielen Bereichen an einer gesunden Fehlerkultur fehlt, trifft auf breite Zustimmung. Auch das Scheitern von Experimenten führt in der Wissenschaft zu Erkenntnissen und ist Teil der Wissensproduktion. Für andere involvierte Akteur*innen ist ein Fehlschlag schwerwiegender. Die gescheiterte Umgestaltung eines Straßenzugs kann für die politischen Amtsträger*innen bei der Wiederwahl zur Belastung werden, auch in anderen Fällen ist der Rechtfertigungsdruck hoch. Besonders Beteiligte aus Politik oder Wirtschaft tun sich deshalb schwer, Dinge auszuprobieren und ein hohes Risiko in Kauf zu nehmen. Der Impulsgebende sieht hier die Forschung gefragt. Mit einer fundierten wissenschaftlichen Begleitung können sich auch andere Akteur*innen auf das Experimentieren einlassen und in ihren Organisationen eine konstruktive Fehlerkultur leben und fördern. Im Bereich der öffentlichen Verwaltung besteht ein vergleichbarer Bedarf an einer Kulturtransformation, die aber in Teilen schon angegangen wird. Es braucht jedoch immer noch vermehrt Schnittstellen zwischen Veränderungsnotwendigkeit und dem, oft schwierigen, Verwaltungsalltag.

Vom Experiment zur Normalität

Die tatsächliche Übertragung von Ideen aus dem Reallabor in ein anderes Umfeld passiert auf unterschiedliche Weise. Die Innovation kann durch „embedding“ in einem sozialen Raum verankert werden und sich dort vergrößern. Eine andere Methode ist das „scaling“, welches die Idee vom ursprünglichen Raum an einen größeren Raum anpasst. Schließlich kann, per „translating“, eine Innovation aus dem ursprünglichen Raum in einen anderen Raum übersetzt werden. Die institutionelle Verstetigung von experimentellen Settings identifiziert Matthias Wanner als eine der spannendsten Aufgaben der nächsten Jahre.

In der Diskussion wird deutlich, dass die Verstetigung von Reallaboren unterschiedlich beurteilt wird. Ein Beitrag spricht sich gegen die Institutionalisierung von Reallaboren aus. Es ist wertvoll, die Ergebnisse aus den Reallaboren zu verstetigen, aber nicht das Experiment an sich. Denn so verliert es den wertvollen Charakter des Ausprobierens, wenn die Institutionalisierung immer schon mitgedacht werden muss. Matthias Wanner betont, dass es sich bei der Verstetigung von Reallaboren spezifisch um die Verstetigung der Organisationsstruktur handelt. Aktuell müssen die Settings und Netzwerke nachfolgender Projekte immer wieder neu aufgebaut werden. Das erfordert viel Zeit und Transaktionskosten, die in Projekten mit kurzer Laufzeit nicht zur Verfügung stehen. Wie kann man Organisationen schaffen, beispielsweise ein städtisches „Amt für Reallabore“, die schneller fähig sind, kreativ zu experimentieren und Anlaufverzögerungen zu verringern? Mit solchen neu gedachten Strukturen könnte auch eine andere Art von Experimentierräumen aufgebaut werden, so eine Teilnehmerin, die sich mit der Zeit zu regionalen Innovationssystemen entwickeln.

Wann ist ein Reallabor erfolgreich?

Reallabore, so ein Diskussionsbeitrag, müssen noch nachvollziehbarer ihren Mehrwert und ihre Erfolge messen und darstellen, auch um gegenüber Kooperationspartner*innen aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft zu überzeugen. Das Risiko, möglicherweise mit einem Reallabor zu scheitern, ist für viele Akteur*innen abschreckend. Ein gutes Erwartungsmanagement spielt dabei eine wichtige Rolle. Eine Teilnehmerin weist gerade bei Stadtentwicklungsprojekten auf die großen Erwartungen hin, die Bürger*innen an solche Projekte knüpfen.

Grundsätzlich sollten direkt zu Projektbeginn Indikatoren zur Impactmessung festgelegt werden. Matthias Wanner warnt jedoch, dass zu eng gesteckte Indikatoren oft nicht die wirklich relevanten Bereiche messen. Die Impactmessung solcher Experimente ist nicht leicht und Erfolge sind nicht gradlinig verfolgbar, bestätigen auch einige Beiträge der Diskussion. In vielen Fällen treten Auswirkungen dort auf, wo man sie nicht erwartet. Deswegen ist es wichtig, so der Impulsgeber, wenn Forschende die Ergebnisse aus dem Reallabor auf verschiedene Weise reflektieren. Trägt das Setting des Experiments dazu bei, die allokativen Ressourcen, die Normen und Prozesse sowie interpretative Schemata zu verändern? In welchen Netzwerken, Strukturen und Governance-Modi wurde interveniert und wie haben sie sich über die Zeit verändert? Die Antworten ergeben sich nur im Rückblick auf ein Projekt. Hilfreich für eine Impactmessung ist auch ein größerer Zeitraum zum Ausprobieren und Auswerten von Experimenten. Angesichts der jetzigen Form der Projektfinanzierung wird dieser Wunsch auf absehbare Zeit jedoch nicht zur Realität werden.

Eine erfolgreiche Wirkungsmessung bei Reallaboren gestaltet sich also aktuell noch schwierig. Durch mehrere Beiträge wird deutlich, dass viele das ebenfalls so wahrnehmen: Aus dieser Schwierigkeit ergibt sich eine fehlende Erfolgsargumentation für den Mehrwert von Reallaboren. Es lohnt, über die Quintessenz der Methode nachzudenken und darüber, wie ein Erfolg tatsächlich mithilfe von Indikatoren messbar ist.

Was will ich daraus lernen? Welche zusätzlichen Erkenntnisse habe ich gewonnen? Um welche Erkenntnis geht es mir im Speziellen? Auch mit konkreten Hinweisen zur durchschnittlichen Erfolgsquote kann ein mögliches Scheitern in einem bestimmten Projektzusammenhang kommunikativ besser abgedeckt werden. Ein weiterer Teilnehmer wünscht sich eine kriterienorientierte Urteilsbildung, unter welchen Umständen ein Reallabor das geeignetste Instrument ist.

Nachhaltigkeit als Unternehmenskultur

Christian Ziegler, verantwortlich für die Nachhaltigkeitsstrategie der Unternehmensgruppe fischer, zeigt in seinem abschließenden Impuls, wie nachhaltige Transformation ganz konkret in einem Unternehmen aussehen kann. Die Unternehmensgruppe fischer ist ein inhabergeführtes Familienunternehmen mit über 5.200 Mitarbeitenden, die unter anderem Befestigungssysteme wie Dübel herstellen. Das ganzheitliche Nachhaltigkeitsmanagement von fischer ist, so der Impulsgebende, beispielhaft für ein kunststoffverarbeitendes Unternehmen. Das Unternehmen ist Preisträger des Deutschen Nachhaltigkeitspreises 2020 in der Kategorie „Großunternehmen“. Die Teilnahme an solchen Wettbewerben nutzt fischer dabei bewusst als Gelegenheit zum Lernen: Aus der Bewertung durch Expert*innengremien ergeben sich Hinweise und Anregungen für die Weiterentwicklung der unternehmerischen Strategie.

fischer arbeitet seit 2015 aktiv an der eigenen Nachhaltigkeitsstrategie und an der Frage, wie das Unternehmen Verantwortung für Umwelt, Belegschaft und Gesellschaft übernehmen kann. Dabei verfolgt es einen induktiven und pragmatischen Ansatz und leitet das eigene Engagement nicht aus einem altruistischen Ansinnen ab. Vielmehr sollen „grüne Themen und schwarze Zahlen kein Widerspruch“ sein. In der Aufstellung entlang Nachhaltigkeitsthemen wird auch ein Beitrag zur künftigen Wettbewerbsfähigkeit gesehen. Dieses proaktive Vorgehen setzt Impulse, um innovativere Produkte zu entwickeln und die eigenen Prozesse im Sinne der Optimierung und Effizienz zu hinterfragen. fischer ist einer der Marktführer in diesem Segment und kann somit auch die restliche Branche beeinflussen. Andererseits dient die nachhaltigkeitsorientierte Ausrichtung der Positionierung am Markt.

Der Nachhaltigkeitskompass

Das Unternehmen verfügt über ein Nachhaltigkeitsteam, dem 17 Personen aus verschiedenen Abteilungen angehören. fischer hat sich bewusst gegen eine eigene Nachhaltigkeitsabteilung entschieden, um die Gefahr eines unternehmensinternen „Satelliten“ zu mindern. Der bereichsübergreifende Aspekt gewährleistet, dass der Nachhaltigkeitsgedanke begleitend zum Berufsalltag in den Abteilungen gegenwärtig ist und die einschlägigen Diskussionen und Ergebnisse auch breit in die Belegschaft eingebracht werden. Gleichzeitig ist damit die Durchlässigkeit von Informationen sichergestellt.

Innovativ für das Nachhaltigkeitsmanagement des Unternehmens ist der „fischer Nachhaltigkeitskompass“. Dieser wurde aus verschiedenen Komponenten erarbeitet, um das Nachhaltigkeitsmanagement transparent zu gestalten und das Vorhaben mit messbaren Zielen zu versehen. Für den Kompass ist das unternehmenseigene Leitbild relevant, das seit den 1980ern besteht. Hieraus leitet sich der starke ökonomische Bezug des Nachhaltigkeitsmanagements ab, aber gleichzeitig auch das Bewusstsein für gesellschaftliche Verantwortung, auch zukünftigen Generationen gegenüber. Die selbstdefinierten Dimensionen der Nachhaltigkeit – Ökologie, Ökonomie, Gesellschaft und das Wohl der Mitarbeitenden – fließen genauso in diesen Kompass ein wie die Unternehmensstrategie: Das Unternehmen passt sich Veränderungen der Umwelt und den Märkten an. Eine weitere Grundlage ist die „Wirtschaftsinitiative Nachhaltigkeit Baden-Württemberg“, auch WIN-Charta genannt. Damit kann das Unternehmen die eigene Nachhaltigkeit messbar machen und nach außen kommunizieren. Als nor-



mativen Rahmen hat fischer die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (SDGs) gewählt, nach eingehender Analyse wurden sechs Handlungsfelder als besonders relevant definiert: Gesundheit und Wohlergehen; Hochwertige Bildung; Bezahlbare und saubere Energie; Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum; Industrie, Innovation und Infrastruktur; Nachhaltige/r Konsum und Produktion. Zudem ist die Weiterentwicklung in diesem Bereich schon angelegt, so wird diese Liste zeitnah um das SDG-Nachhaltigkeitsziel Maßnahmen zum Klimaschutz (SDG 13) ergänzt. Ab 2022 orientiert sich fischer an den Standards des „Greenhouse Gas Protocol“, um Klimaschutzmaßnahmen abzuleiten. Mit dieser Methode lassen sich unter anderem die indirekten Emissionen in der Wertschöpfungskette („Scope 3“) feststellen.

Diese Maßnahmen sind jeweils mit messbaren Indikatoren hinterlegt, die Wirkung einzelner Projekte soll bezifferbar sein. Durch Datenbanken und Monitoringsysteme kann die Unternehmensleitung erkennen, welche Ziele schon erreicht sind und wo noch Verbesserungsbedarf besteht. Daraus kann das Unternehmen weitere Maßnahmen ableiten. Des Weiteren arbeitet fischer mit dem „Blauen Pfad“ als Kommunikationsstrategie, welche zur weiteren Sensibilisierung für das Nachhaltigkeitsmanagement gegenüber Belegschaft und Stakeholdern beiträgt. Mit diesem Tool weist das Unternehmen die Ergebnisse des Nachhaltigkeitsmanagements und einzelner Maßnahmen konkret und greifbar in monetären Einheiten aus.

Widerstände, ganz praktisch

Christian Ziegler berichtet auch von anfänglichen Widerständen in der Belegschaft. Zu Beginn des Prozesses gab es wenig Verständnis für eine Ausrichtung an Nachhaltigkeitszielen, da die Relevanz der Transformation in diesem Bereich für viele nicht ersichtlich war. Inzwischen bringen sich die Arbeitnehmer*innen aktiv in das Nachhaltigkeitsmanagement ein. So entwickelten sie in einem Workshop eine neue Verpackungsstrategie, die durch den Verzicht auf Pappe zu weniger Verpackungsmüll, weniger Gewicht und beim Verpackungsvorgang zu weniger Schnittverletzungen an dem scharfkantigen Material führt. Die Ergebnisse werden centgenau errechnet und kommuniziert: Ersparnisse gibt es hier beispielsweise durch weniger Materialverbrauch oder weniger Krankheitstage der Mitarbeitenden.

Der Prozess, ein gemeinsames Verständnis von Nachhaltigkeit zu schaffen, dauert bis heute an. Es benötigt die Partizipation aller Mitarbeitenden, um das Unternehmen weiterhin proaktiv aufstellen zu können, wie ein Teilnehmer anmerkt. Als vorteilhaft erweist sich die Inhaberstruktur von fischer. So werden kritische Gespräche zu Themen der Nachhaltigkeit auch mit Stakeholdern geführt, um weitere Themen aufzunehmen und zu entwickeln.

Das Unternehmen kommuniziert seine Strategie den Arbeitnehmer*innen gegenüber ganz gezielt mit einem Top-Down-Modell, um der Wichtigkeit des Nachhaltigkeitsmanagements genügend Glaubhaftigkeit zu verleihen. Zudem geht es darum, die Arbeitnehmer*innen im Bereich der Nachhaltigkeit zu sensibilisieren und Hilfestellungen bei konkreten Fragen zu bieten. Mehrere Diskussionsbeiträge sehen hier eine weitere Herausforderung: Wie kann man die Belegschaft auch dauerhaft für den nachhaltigen Wandel motivieren und Impulse aus der Belegschaft fördern? Dazu erklärt Christian Ziegler, dass sich das Top-Down-Modell zwar bewährt hat, aber das Unternehmen dennoch gezielt eine Fehlerkultur kultiviert, die es allen Akteur*innen in der Produktionskette ermöglicht, Verbesserungsvorschläge anzubringen und die Prozesse gemeinsam zu optimieren. Das Nachhaltigkeitsmanagement des Unternehmens trifft nicht nur auf Widerstände, sondern findet auch extern viel Zuspruch. So werden Initiativbewerbungen an die Unternehmensgruppe fischer immer wieder mit deren Nachhaltigkeitskonzept begründet. Dies ist in einer ländlichen Region, die perspektivisch mit Arbeitskräftemangel konfrontiert sein könnte, ein weiteres Plus.

Resümee

Prof. Dr.-Ing. Ursula Stein gehört dem Kleinen Konvent der Schader-Stiftung an. Sie hat das Dialog-Café begleitet und kommentiert den Verlauf und die Ergebnisse der Diskussion:

*„Wie Transformation gelingt“, die erste Session, stieg mit dem Gegenteil ein: Selbst Veränderungswillige finden die einzelne Änderung schwierig. Veränderungsideen und Veränderungsprozesse können Widerstände auslösen. Eine generelle Abwehrreaktion kann vermieden werden, wenn diese Widerstände für Lösungsfindungen genutzt und die Einwände im Umsetzungsprozess beachtet und eingearbeitet werden. Auch die Promotor*innen von Transformationsgedanken müssen ihre eigenen Lieblingsideen auf den Prüfstand stellen und bereit sein, sie zu verändern, um sie realitätstauglich zu machen.*

Die zweite Session „Transformative Experimente“ behandelte die Praxis der Reallabore. Diskutiert wurde bis zur Strukturebene. Inwieweit ist unsere Realität in der Lage, förderlich mit transformativen Experimenten und deren Erkenntnissen umzugehen? Bereits bei der Planung eines Projekts mit experimentellem Charakter muss ein dienliches Umfeld geschaffen werden, um die Erkenntnisse im Projektverlauf in eine zu transformierende Realität, jenseits des Experiments, zu übersetzen. Da Kausalzusammenhänge in sozialen Settings oft nicht eindeutig sind und Wirkungen an unerwarteten Stellen auftreten können, sollte der Betrachtungsraum nicht zu eng gezogen werden. Die Hoffnung aller Transformationsbeteiligten ist, dass das einzelne Experiment endet, das „Labor“ als förderliche Einrichtung aber bleibt und weitere Experimente aufsetzen kann.

Die dritte Session „Transformation als Normalzustand“ wandte sich dann dem Alltag eines reflektierenden Unternehmens zu. Das Beispiel der „fischerwerke“ (die täglich unter anderem 15 Millionen Dübel produzieren) zeigt Nachhaltigkeitsmanagement und Prozessoptimierung als Teil einer kontinuierlichen Unternehmensentwicklung. Unter dem Motto „Grünes Denken und schwarze Zahlen sind kein Widerspruch“ werden intern anerkannte und kommunizierbare Maßstäbe gesetzt und der Vergleich mit anderen Unternehmen gesucht. Prinzip: lieber begrenzte, messbare und verständliche Ansprüche, aber darin erfolgreich. So sollte ein Nachhaltigkeitsbericht „eher einem Liebesbrief als einer Steuererklärung ähneln“ und damit die Belegschaft positiv motivieren.

Realwelt, Reallabor und transformative Experimente: Alle können voneinander lernen und brauchen sich gegenseitig, um dringend nötige Transformation im Sinne der Nachhaltigen Entwicklung zu erreichen.



Dialog-Café 6: Die dominante Normalität

Impulsgeberin und Impulsgeber:

Prof. Dr. Manuela Boatcă, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Koray Yılmaz-Günay, Migrationsrat Berlin e.V.

Salman Tyyab, Muslim Television Ahmadiyya Deutschland

Begleitung: Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha, ehem. Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

Moderation: Dennis Weis, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Rolf Schnaufer und Dennis Weis

Der Status quo, die Orientierung an Normalem bringt notwendigerweise ein Machtgefälle mit sich, anhand dessen entschieden wird, wer und was in das Spektrum der Normalität fällt und wer außen vor bleibt. Wenn Normalität das Selbstverständliche, das Erwartbare ist: Wie etablieren sich Gegebenheiten als Normalitäten, vor allem im Zuge gegenwärtiger Entwicklungen durch humanitäre Krisen und Konflikte oder die Zerstörung von Lebensraum? Wie können Migration und Vielfalt modellhaft erprobt werden, um inklusiv mit Ankommenden an einer neuen Normalität zu arbeiten? Wer bestimmt den Diskurs, wer diktiert die Ansätze, die das Experiment zum Regelfall erheben?

Normalität durch Macht

Sobald sich Normalitäten verändern, erfolgt ein Anpassungsprozess – oft in Konkurrenz zum Bedürfnis nach Beständigkeit. In der ersten Session des Dialog-Cafés „Die dominante Normalität“ stehen strukturelle Dominanzverhältnisse im Mittelpunkt, die zum langsamen Wandel von Normvorstellungen beitragen. Um heutige Dominanzverhältnisse einordnen zu können, ist eine historische Betrachtung notwendig. Prof. Dr. Manuela Boatcă, Professorin für Soziologie an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, illustriert in ihrem einführenden Impulsvortrag die zunächst periphere Position Europas im Weltwirtschaftssystem vor der europäischen Kolonialexpansion, eine Phase, in der sich das Wirtschaftsgeschehen vornehmlich in Asien abspielte. Die daraus resultierenden Machtverhältnisse wurden in der eurozentristischen Erzählung vergleichsweise spät wahrgenommen. Die Geschichte von Industrialisierung und Modernisierung, jene der eigenen Erfolgsgeschichte zur Wirtschaftsmacht, erscheint stark verkürzt.

Der Triumph der europäischen Industrialisierung hängt unumgänglich mit der Ausbeutung von ressourcenreichen Regionen zusammen. Muss man jedoch weiterhin von der kolonialen Vergangenheit sprechen, um Dominanzverhältnisse im 21. Jahrhundert zu verstehen? Die Impulsgeberin veranschaulicht die anhaltende Aktualität der frühen



Dekolonisierungsbewegung anhand des Unabhängigkeitsstrebens Haitis. Seinerzeit die reichste Kolonie Frankreichs, reich an fruchtbaren Böden zur Zuckerproduktion. Mit der Revolution auf Haiti verliert Frankreich diese Kolonie, weigert sich aber, deren Unabhängigkeit anzuerkennen. Das Land stellt vielmehr Bedingungen für eine Anerkennung und somit den Zugang zum Weltmarkt: eine Geldforderung zur „Entschädigung“, die Haiti erst im Verlauf von weit über hundert Jahren begleichen kann. Heute gilt Haiti als ärmstes Land der westlichen Hemisphäre; Abhängigkeitsverhältnisse bleiben bestehen.

Ähnliches hält die Impulsgeberin, weiterhin aus einer globalen Perspektive, auch für die europäisch-afrikanischen Beziehungen fest. Im Zuge der Gründung der Europäischen Union war deutlich, dass Afrika als Markt für europäische Produkte und als Quelle für Arbeitskräfte genutzt werden soll. Europas Strategie war, unter der kolonialen Einbeziehung Afrikas wirtschaftliche, politische und militärische Macht zu erlangen und dauerhaft zu sichern. Manuela Boatcă stellt abschließend fest, dass koloniale Denkweisen, speziell in Bezug auf Ausbeutung und Abhängigkeiten, teilweise bis heute erhalten geblieben sind.

Die anschließende Diskussion konzentriert sich zunächst auf die Frage, nach welchen Kriterien die Aufarbeitung der Kolonialgeschichte abläuft: Der Fokus liegt häufig auf einzelnen Aspekten, systemische Strukturen werden vernachlässigt oder ganz ausgeblendet. Gerade die weitreichenden Handels- und Wirtschaftssysteme spielen jedoch eine große Rolle. Im Gespräch wird die Verbindung der historischen, makrogesellschaftlichen Perspektive mit den gegenwärtigen Herausforderungen im Kontext der Migrationspolitik hervorgehoben. Wie kann Benachteiligung in einer diversen Gesellschaft entgegengewirkt werden, auch und speziell kurzfristig?

Historische Abhängigkeit wird zur Normalität

Die Herangehensweise an Politiken der Diversität wird in der Runde grundsätzlich als ahistorisch eingeordnet. Die Vorstellung, Maßnahmen zu ergreifen, die ihrerseits Diversität herstellen, gehen von einer paternalistischen Haltung aus. Tatsächlich war die koloniale Vergangenheit lange Zeit kein Teil der Gegenwartsgestaltung. Die historische Relevanz, so ein kritischer Einwand, wird innerhalb westlicher Gesellschaften vornehmlich ignoriert und darauf verwiesen, dass derlei Rückschlüsse auf wackeligen empirischen Beinen stehen. Der Rückgriff auf Geschichte als Fixpunkt in der Entstehung von Normalitäten ist gerade in nicht-pluralistischen, autoritären Systemen umso ausgeprägter. Satelliten und abhängige Regionen in der Peripherie werden als notwendige Mittel der eigenen Entwicklung verstanden und sind Teil der nationalen Erzählung. Ohne historische Markierungen sind Projekte wie die „Road and Belt-Initiative“, sprich

die neue Seidenstraße, gar nicht einzuschätzen. Denn sie sollen den historischen (Macht)anspruch bedienen. Die früheren Verhältnisse werden als Normalität erhalten, die Ungleichheiten und Abhängigkeiten verstetigen sich und sind gesellschaftlich längst angenommen. Sie manifestieren sich anschließend auf der gesellschaftlichen Mikroebene und werden fortlaufend reproduziert, was sich in der Diskriminierung von Minoritäten äußern kann.

Geschichte als wesentliches Argument aktueller Dominanzverhältnisse heranzuziehen soll sicherlich nicht bedenkenlos angewendet werden, so die Überlegung eines Teilnehmenden. In der Breite einer Gesellschaft gibt es keine Gruppe „der Europäer*innen“ oder „der Chines*innen“, sondern vorrangig Machtverhältnisse. In der Regel sind es mächtige Männer, die wesentliche Entscheidungen getroffen haben und weiterhin treffen. Die übrige Bevölkerung wird in Mithaftung genommen, wenn historische Abhängigkeiten auf ganze Gruppen projiziert werden. Dennoch wirken sich die Handlungen einiger weniger Machthabenden auf die Dominanzverhältnisse ganzer Gesellschaften aus, auch wenn deren Bevölkerungen selbst davon profitieren. Die Impulsgeberin bestätigt, dass nicht von „alleinigen Schuldigen“ die Rede sein kann, die die Geschichte zu verantworten haben. Dennoch steht die Bedeutung des europäischen Kolonialismus und seine Wirkung auf die Gegenwart außer Frage. Die Weltwirtschaft wird mindestens seit der industriellen Revolution durch die europäische Expansion und durch den transatlantischen Handel maßgeblich geprägt. Diese Entwicklungen ermöglichen den Fortbestand der Dominanzverhältnisse und sie sind gleichzeitig der Grund, weshalb wir heute von einem „Aufstieg“ Chinas sprechen. Denn obwohl jene Region bis in das 19. Jahrhundert hinein die Weltwirtschaft dominierte, ändert sich heute die wahrgenommene Normalität, die eurozentristische Sicht vom Entwicklungsvorsprung des Westens.

Wer ist dominant?

Die Diskussion widmet sich der Reproduktion von Dominanzverhältnissen, wie wir sie in Europa schon länger kennen – was nicht gleichbedeutend damit ist, dass alle Europäer*innen immer profitiert haben. Soziale Ungleichheit kennzeichnet Europa und auch die Bundesrepublik wieder verstärkt. Trotzdem profitieren Europäer*innen weiterhin global, vor allem mit Blick auf absolute Machtverhältnisse. Umgekehrt bedeutet das nicht, dass Eliten im Globalen Süden nicht von ihrer gehobenen Stellung in der jeweiligen Gesellschaft profitieren. Eine Diskussionsteilnehmerin konstatiert, dass im Narrativ der Dominanz weitere Abgrenzungen existieren, die bis in die prekären Schichten auch heute noch wirksam sind. Auch innergesellschaftlich grenzen sich Gruppen von Migrant*innen voneinander ab. Eine Unterscheidung nach Gruppenzugehörigkeit ist daher wenig ergiebig und zieht konsequenterweise eine Betrachtung auf der Mikroebene nach sich. Denn soziales Kapital lässt sich auch weiter herunterbrechen. Allein die Tatsache, Teil der deutschen Gesellschaft zu sein, selbst ohne Staatsbürgerschaft, berechtigt den Zugang zu materiellen Ressourcen, die andernorts in der Grundversorgung keineswegs gegeben sind. Dazu zählen existenzielle Bedürfnisse, der Zugang zu sauberem Wasser, Nahrung, Bildung und Infrastruktur. Somit bleibt das Machtgefälle in Deutschland, obgleich sichtbar, weniger drastisch als in der Beziehung des Globalen Südens zum Globalen Norden. Profiteur*innen sind demnach ganze Gesellschaften, die Ressourcen anhäufen und ihre Grenzen für Migration von außerhalb zunehmend schließen. Menschen und Regionen, deren Ressourcen abgeschöpft sind, wird der materielle Zugang abgeschnitten. Der soziale Status zwingt infolgedessen zur Wanderung, wobei dieser mitwandert und sowohl latente als auch offensichtliche Machtverhältnisse am Ankunftsort zur Normalität werden lässt.

Dazu lohnt ein Blick nach Großbritannien, wo Pol*innen, beziehungsweise Personen mit polnischem Namen, stärker diskriminiert werden als BPOC, da diese aus dem ehe-

maligen Commonwealth stammen. Die gemeinsame Identität, über die Zeit gewachsen und somit historisch verankert, bestimmt die Normalität. Diskriminierung und Stereotype sind jedoch oft auch dann noch vorhanden, wenn die Dominanzverhältnisse in ihrer ursprünglichen Form gar nicht mehr existieren oder schwammiger werden. Denn sozialer Aufstieg ist in den Gesellschaften des Globalen Nordens, bei aller berechtigten Kritik an Dominanzstrukturen, natürlich möglich und eine positive Kehrseite der geschilderten Entwicklungen. Darin zeigen sich zeitgleich unterschiedliche „Diskriminierungsgrade“. Ein einheitliches Verständnis von Diskriminierung kann es nicht geben. Ein singuläres Täter-Opfer-Schema, als Schablone angewendet, existiert nicht. Es besteht eine große Varianz, die sich darin spiegelt, wie Individuen oder Personengruppen in der Geschichte *gelesen* werden. Die Brille, durch die wir blicken, hat stets einen historischen Ursprung, so der Tenor der ersten Session des Dialog-Cafés.

Warum leben Menschen in Gesellschaften, die durch Dominanzbeziehungen gekennzeichnet sind? Offenkundig beinhalten soziale Strukturen, in denen Menschen glücklich und würdevoll leben und sich auf einer speziellen Hierarchiestufe verorten und dementsprechend damit identifizieren, auch Positives. Sie geben Sicherheit und einen Platz innerhalb der Gesellschaft. Doch auch das hat seine Kehrseite, wenn in Betracht gezogen wird, was Dominanzverhältnisse mit den Menschen machen, die in diesen leben. Die zweite Session beschäftigt sich daher weniger mit der historischen Perspektive auf Makroebene als mit dem Blick auf die individuelle.

Normalität durch Ungleichheit

Was macht Ungleichheit mit den betroffenen Menschen? Dazu spricht Koray Yılmaz-Günay, Co-Geschäftsführer der Dachorganisation Migrationsrat Berlin. Er verweist zu Beginn seines Impulsbeitrags darauf, dass eine Form der Ungleichheit selten allein für sich steht, sondern intersektional zu verstehen ist; sie muss multiple Diskriminierungsformen im Blick haben. Eine segmentierte Behandlung von Ungleichheit erscheint daher zweitrangig. Auch migrantische Communities unterscheiden sich stärker voneinander als weithin angenommen. Die Bedarfe sind unterschiedlich, genauso wie der Umgang mit Diskriminierung und Ungleichheit. Ob Geflüchtete, Nachkommen der Gastarbeiter*innengeneration oder die vergleichsweise privilegierten EU-Bürger*innen, diese Gruppen erleben unterschiedliche Normalitäten, die verschiedene Ungleichheiten nach sich ziehen. Doch werden ihnen ähnliche Bedürfnisse zugeschrieben.

Der Migrationsrat Berlin ist ein Dachverband von über siebzig „Migrant*innen“-Selbstorganisationen. Jenseits von Merkmalen wie Herkunft, Religion und Geschlecht dient er als Interessenvertretung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen – ein Zusammenschluss von Menschen, die primär nicht von eigenen Migrationserfahrungen betroffen sein müssen, wie Sinti und Roma oder jüdische Mitbürger*innen. Aus seiner Sicht, so der Impulsgeber, muss die Spezifik von Ungleichheiten bei einer Bewertung im Mittelpunkt stehen. Ungleich muss nicht ungerecht bedeuten. Der kulturelle Zugang ist hier zentral. Gleichzeitig darf per definitionem die Identität eines Individuums nicht auf die Migrationserfahrung beziehungsweise Erfahrungen mit Rassismus reduziert werden. Es sind nicht die einzigen Ungleichheitserfahrungen, die in der Gesellschaft gemacht werden. Merkmale wie Geschlecht, Sexualität, Alter, Religion oder der sozio-ökonomische Status spielen eine ebenso elementare Rolle.

Wenn aus Verschiedenheit Ungleichheit wird

Den akademischen Diskurs zu Intersektionalität, der die Überschneidung und Gleichzeitigkeit verschiedener Diskriminierungskategorien gegenüber einem Individuum beschreibt, nimmt der Impulsgeber vor allem lebensweltlich wahr, was er an einem Beispiel verdeutlicht: Das Neutralitätsgesetz in Berlin führt in der Praxis dazu, dass



Frauen mit Kopftuch manche Stellen im öffentlichen Dienst nicht besetzen können. Wird der Zugang nun aufgrund des Geschlechts, der Religion oder der Migrationserfahrung verwehrt? In der Realität lassen sich Sexismus, anti-muslimischer Rassismus und migrationsfeindliche Ausrichtungen nicht nur schlecht voneinander trennen, sondern sie finden verwoben statt. Hier ist der Verweis auf den intersektionalen Charakter von Ungleichheiten sicher hilfreich. Ungleichheit resultiert nicht nur aus der Diskriminierung von Personen, sondern ergibt sich für manche Menschen durch Privilegierung. Wenn Privilegierung nur bedeutet, keine Ausschlusserfahrungen machen zu müssen, dann ist sie trotzdem das Produkt einer asymmetrisch strukturierten Gesellschaft. Ungleichheit betrifft die ganze Gesellschaft, sie ist eine Normalität, an die wir uns gewöhnt haben. Wie aus anfänglicher Verschiedenheit letztlich Ungleichheit entsteht, wurde in der vorherigen Session dargestellt, wo auf historische Abhängigkeiten verwiesen wurde, die bis heute Bestand haben. Gewissen Personenkreisen wird ein höherer gesellschaftlicher Status zugeschrieben als anderen. Diese Ungleichheiten sedimentieren im Laufe der Zeit und werden zu Routinen, die nicht mehr als etwas Außergewöhnliches wahrgenommen oder hinterfragt werden. Aus Normalität wird hier Normativität, da es um Hegemonialvorstellungen geht. Was ist gut? Was ist erstrebenswert? Was ist zugehörig? Was ist weniger wert als andere Dinge? In diesem Kontext sollten die Kategorien Minderheit und Mehrheit überdacht werden. Auch Minderheiten können Normen setzen und Ungleichheit befördern. Ganz gleich ob bei der Diskriminierung von Frauen, in vielen Gesellschaften die zahlenmäßige Mehrheit, oder in Gesellschaften wie Südafrika und Brasilien, wo eine weiße Minderheit die Macht ausübt. Ungleichheit ist eine Frage von Herrschaft: Wer ist im Besitz der Macht und der Deutungshoheit, die Macht mit sich ziehen kann?

Selbstreflexion als Schlüssel?

Wie kann also der täglich erlebten Ungleichheit begegnet werden? Wie können Diskriminierung, Ausschluss und Gewalterfahrungen – Alltag und Normalität für eine Vielzahl vermeintlicher Minderheiten – abgebaut werden? Hier richtet sich der Blick auf umfassende gesellschaftliche Allianzen. Solche Bündnisse können großen Nutzen nach sich ziehen, allerdings auch tiefgreifende Verstimmungen überdecken. Das zeigt sich aktuell gerade dann, wenn es um neonazistische Gewalt geht. Von der Antifa bis zur Werteunion finden sich breite Bündnisse, mit der Ablehnung von neonazistischem Gedankengut als gemeinsamem Nenner. Obgleich ein positiver Ansatz, werden Phänomene wie Rassismus an die Ränder externalisiert. Ein Großteil der Gesellschaft wird zum „Ally“ und von der eigenen Verantwortung angesichts bestehender Ungleichheiten freigesprochen. Doch bleibt Selbstreflexion der Schlüssel: Was machen wir? Wie erscheinen wir? Was sind unsere Routinen, Selbstverständlichkeiten und Normalitäten? Wer hat die Diskursmacht?



Diese erscheint, ganz im Verständnis der ersten Session, als Erbe aus historischer Macht. Der Blick auf das Neutralitätsgesetz lässt de facto auf ein Anti-Kopftuchgesetz schließen. Das Gesetz scheint zwar ebenfalls gegen Symbole anderer Glaubensrichtungen wie den Davidsstern, den Dastar oder auch gegen christliche Symbole gerichtet. In der Anwendung wird dies jedoch nicht immer deutlich, so einige Stimmen innerhalb des Dialog-Cafés. Die Ungleichbehandlung verschiedener Glaubensrichtungen wird erkennbar. Während es auf Bundesebene ein Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz gibt, können die Länder für den öffentlichen Dienst selbst entscheiden, ob ein Kopftuch getragen werden darf.

Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft wie Krankenhäuser, Beratungsstellen, Schulen, Kindergärten oder Angebote für ältere Menschen nehmen weitreichende Funktionen im sozialen Sektor wahr. Ein Diskussionsteilnehmer weist darauf hin, dass Erstattungen genauso in kommunale und private Krankenhäuser fließen. Trotzdem wirkt sich die konfessionelle Trägerschaft auf die Zugangschancen in bestimmten konfessionellen Krankenhäusern aus. In der Vergangenheit war es häufig so, dass Menschen muslimischen Glaubens keine Ärzt*innen werden konnten. Inzwischen ist das zwar nicht mehr der Fall, wobei der Beweggrund ebenso einer reflektierten Haltung wie ökonomischen Notwendigkeiten wie dem Personalmangel und dem Wandel der Klientel zuzuschreiben ist.

Hier wird die Sonderstellung der großen christlichen Kirchen sichtbar. Dem Impulsgeber geht es um die Frage, wieso der Staat Organisationen, die subsidiäre Leistungen erbringen, diese Leistung vergütet und das Recht zur Selbstorganisation einräumt. Ungleiche Behandlung wird verstetigt, Dominanzverhältnisse bleiben bestehen, wenn andere Religionsgemeinschaften sich (noch) nicht in dieser Weise organisiert haben. Aber offenbar profitieren die Bürger*innen von dieser weltanschaulichen Vielfalt aus Kirchen, weltanschaulich neutralen und freien Trägern und nehmen eine Ungleichbehandlung nicht wahr. Kirchen beanspruchen heute eine Diskurshegemonie, die die religiöse Realität nicht mehr repräsentiert. Kirchliche Einrichtungen erfüllen nicht mehr grundsätzlich die Voraussetzungen eines Tendenzbetriebs. Gleichzeitig werden migrantische Communities permanent damit konfrontiert, dass sie nach eigenen Regeln und Glaubensgrundsätzen leben und anerkannt werden wollen. Wenn die eigene Religion zum zentralen Bestandteil der eigenen Identität wird und nicht der Mehrheitsgesellschaft entspricht, dann ist der Wunsch nach einem beispielsweise muslimischen Krankenhaus in Deutschland verständlich, aber noch lange nicht umsetzbar. Doch an vielen Stellen wirken Kirchen als Lobbyisten für andere Religionen, damit steht längst nicht mehr „Kirche gegen Islam“, sondern „Glaubensfreiheit“ gegen Unfreiheit.

Zwischen Abgrenzen und Abgrenzung

Doch wie steht es um das eigene Bewusstsein im Hinblick auf Diskriminierungsmuster, die in breiten gesellschaftlichen Milieus fortbestehen? Die häufigsten Diskriminierungen geschehen eher subtil, weniger als offene Anfeindung oder Affront, psychologisch betrachtet im Sinne der sogenannten Mikroaggressionen, so ein Psychologe. Aus der Migrationsforschung ist bekannt, dass unbedachte alltägliche, wenngleich gut gemeinte Äußerungen ähnliche psychische Effekte haben wie offensichtlichere. Die Konfrontation mit Stereotypen verändert auch die psychische Funktionsfähigkeit, gerade bei Kindern und Jugendlichen. Denn es bestehen ambivalente Bedürfnisse in der Natur des Menschen. Einerseits wollen sie ihre Individualität herausstellen, andererseits haben sie ein ausgeprägtes Bedürfnis nach Zugehörigkeit. Dieser Konflikt ist von Kindheit an prägend (Autonomie-Abhängigkeits-Konflikt). Es ist daher wichtig, selbst Autonomie zu besitzen und zu entscheiden, welchem Bedürfnis in bestimmten Situationen nachgegangen werden soll. *Will ich mich abgrenzen oder werde ich abgegrenzt?* Im Kern geht es dabei um Selbstwirksamkeit und die eigene Entscheidungsmacht, Zugehörigkeit genießen zu dürfen oder sich situativ selbst abzugrenzen. Dann kann Ungleichheit durchaus gewünscht sein. Hier manifestiert sich der Unterschied zwischen Integration und Inklusion. Integration bedeutet, mitmachen zu dürfen, Inklusion, dazuzugehören. Zugehörigkeit verträgt auch Vorurteile und Stereotype. Denn diese lassen sich nur mit äußerster Achtsamkeit verhindern. Der wesentliche Faktor, Ungleichheiten abzubauen und Normativitäten, die Diskriminierungen beinhalten, zu überwinden, beginnt im Zuwachs an Teilhabe und Selbstbestimmung. Denn so könnte die Verschiedenheit in diesem Land zugelassen werden und eine neue, gemeinsame Normalität in der diversen Vielfaltsgesellschaft entstehen.

Die von Deutschland ratifizierte UN-Antirassismus-Konvention definiert Diskriminierung als Handlung, die zum Ziel oder zur Folge hat, Menschen ungleich zu behandeln. Vor diesem Hintergrund offenbaren die Gesetze der Bundesrepublik und der Länder eine eklatante Lücke in der Bekämpfung von Rassismus, so der Impulsgeber. Obwohl systemische Diskriminierungen im Bildungssystem immer stärker identifiziert und ausgeschlossen werden, bleiben die Mechanismen bei nichtintentionaler Diskriminierung weitgehend unbeachtet. Es ist der Bogen, der zur anfänglich genannten Intersektionalität, der Gleichzeitigkeit von unterschiedlichen Diskriminierungen, geschlagen wird. Große Institutionen müssen genauer auf jene Strukturen achten und Mechanismen überprüfen, die dazu führen, dass offensichtliche Diskriminierungen abgebaut werden und dafür an anderen Stellen, oftmals dieselben Bürger*innen betreffend, wieder auftauchen. Wenn Tarifverträge einer Gewerkschaft schlechtere Bedingungen für Teilzeitbeschäftigte vorsehen und Frauen überproportional häufig in Teilzeit arbeiten, werden sie durch schlechtere Bedingungen kollektiv benachteiligt. Diese Mehrfachdiskriminierung, die Hauptbestandteil des akademischen Diskurses zur Intersektionalität ist, trifft überwiegend Minoritäten. Zumindest jene, die wir für Minoritäten halten, ohne dass sie es absolut vielleicht sind. Doch wie kann dieser Machtlosigkeit begegnet werden?

Normalität durch Resilienz

Salman Tyyab, Journalist und Medienberater, unter anderem bei Muslim Television Ahmadiyya Deutschland, beginnt seinen Impuls mit den verschiedenen Normalitäten seiner eigenen Biografie: als Muslim, als Pakistani in Deutschland, als Journalist renommierter Redaktionen in Deutschland und als Unternehmer. Wie kann Positives aus der eigenen Geschichte resilienter in Bezug auf Diskriminierungen machen? Eine multikulturelle Identität kann auch zu inneren Zerwürfnissen führen. Es gibt zwei Wege, nicht von einer Normalität ausgeschlossen zu werden: einerseits, die eigene Normalität für sich selbst zu definieren und damit Frieden zu finden, also einen Prozess der Selbstreflexion anzustoßen und sich den äußeren Gegebenheiten, die nicht beeinflussbar sind, anzupassen, andererseits durch Aufstieg, ein in der Leistungsgesellschaft

nahezu selbstverständlicher Weg. Eigenschaften, kulturelle Spezifika und vieles mehr, was vorher jenseits der Normalität wahrgenommen wurde, ist nach einem gesellschaftlichen Aufstieg oft irrelevant.

Mehrheitsgesellschaft und Migrant*innen müssen gemeinsam reflektieren

Was sind externe Störungsfaktoren von Normalität? Im Kontext von Migration bezieht sich diese Fragestellung auf gesellschaftlich-kulturelle Eindrücke, die jenseits der dominanten Lesart liegen. Ein möglicher Weg, solchen Störungen oder auch Schocks zu begegnen, führt über Reflexion, sowohl bei Ankommenden als auch bei der Mehrheitsgesellschaft. Gleichzeitig müssen Menschen in Machtpositionen Verantwortung übernehmen und in Vorbildrollen rücken, wenn Denkmuster überdacht werden sollen. Menschen, die Normen einer Gesellschaft prägen können, tragen die Verantwortung, Normalitäten verändert zu vermitteln. Sie stehen in einer Vielfaltsgesellschaft für fluide Konzepte von Normalem. Die Positionen sind, trotz bestehender Diskriminierungsmechanismen, von allen zu besetzen, auch von Aufsteiger*innen.

Zudem bedarf es Selbstbewusstsein und -wirksamkeit, auch als Anker für Projektionen anderer einzustehen. Es kann ausschlaggebend für das Gefühl sein, der Gesellschaft etwas zurückzugeben. Zwei Dinge sind dabei besonders wichtig: einerseits die Realität mitzugestalten und zu beeinflussen, andererseits aber auch Menschen zu motivieren, die ausgegrenzt werden. Diesem Denkprozess folgt Tyyab bei seiner Masterarbeit über Goethes Islamstudien und ihre Wirkung auf muslimische Identitäten, aber auch auf Einstellungen von Menschen mit multiplen Identitäten.

Gibt es, ganz abhängig von der Situation, verschiedene Identitäten in verschiedenen Facetten, die in den jeweiligen Kontexten nach vorn treten? Der Impulsgeber verspürt lange Zeit multiple Identitäten, einhergehend mit inneren Konflikten. Wer bin ich? Was ist meine Normalität? Das waren entscheidende Fragen, die zum eigentlichen Handeln führten. Seit diesem Zeitpunkt kann er in den allermeisten Fällen er selbst sein. Gesellschaftliche Normen spielten bei der Definition der eigenen Identität keine Rolle, sondern die individuellen Eigenschaften. Es gibt unterschiedliche Rollen, die in verschiedenen Konstellationen dominant sind. Dementsprechend kann es auch mehrere Normalitäten geben, anstatt einer dauerhaft dominanten, ein Grund dafür, weshalb im Dialog-Café durchgehend im Plural von Normalitäten gesprochen wird.

Resilienz durch gesellschaftlichen Aufstieg?

Zu Beginn der Diskussion steht der Begriff der Resilienz im Mittelpunkt. Per definitionem handelt es sich dabei um die Anpassung an etwas Vorgefundenes. Im zweiten Schritt folgt die Mitgestaltung. Der Impulsgeber betont, dass es durch den akademischen Aufstieg gelungen ist, aus der Blase herauszukommen. Anfangs fiel es in Deutschland schwer, sich in gesellschaftlich „normal“ gelesenen sozialen Kreisen zurechtzufinden. Bei der Folgegeneration, die hier geboren und aufgewachsen ist, besteht dieses Phänomen nicht. Der Anpassungsprozess ist weitgehend abgeschlossen, die eine Normalität angenommen. Doch wo findet sich der fließende Übergang von Resilienz zu Resistenz, denn gerade in der politischen Diskussion werden die Begriffe häufig undifferenziert gebraucht. Wieviel Anpassung ist notwendig, wieviel ist möglich? Welcher Grundkonsens muss bestehen, um sich nicht selbst zu verleugnen und zu viel seiner eigenen Identität preiszugeben, um dazuzugehören? Voraussetzung ist die Akzeptanz des Grundgedankens und des Konzeptes einer demokratischen Gesellschaft. Auf dieser unverrückbaren Basis sind abweichende politische Einstellungen und Äußerungen innerhalb des vom Grundgesetz vorgegebenen Rahmens absolut zulässig. Andere Bereiche werden immer verhandelbar sein. Die Diskussion um den Koran und seine Verträglichkeit mit dem Grundgesetz stellt sich dann gar nicht. Salman Tyyab identifiziert sich mit beiden Denkkonzepten vollständig.



Doch wie werden Unstimmigkeiten verhandelt, ohne die Gegenseite vor den Kopf zu stoßen? Das Grundgesetz beruht auf einem christlich-humanistischen Weltbild, dem widerspricht die vorherrschende Auslegung des Korans beispielsweise im Blick auf die Stellung der Frau zutiefst. Eine progressive Auslegung im Sinne eines Euro-Islam ist (noch) nicht mehrheitsfähig. Dem Impulsgeber zufolge löst sich dieser Widerspruch in der Unterscheidung der Normalität zwischen dem juristisch-gesellschaftlichen und dem kulturellen Sinne. Die Haltung zur Normalität des Islams wird in der Gesellschaft absolut missverstanden. Der spirituelle Kern geht dann verloren, wenn einzig die sozialen Aspekte in den Mittelpunkt gerückt werden. Hierfür findet sich in der Diskussion eine Ursache, über die dann doch breiterer Konsens besteht: die Abkehr von Theologie als Teil des philosophischen Diskurses. Daraus resultiert die Schwierigkeit, den Islam in theologischen Kategorien zu begreifen und geistig beziehungsweise spirituell miteinander zu denken. Zudem bleiben soziale Aspekte nicht nur auf Seiten des Islams kritisch zu betrachten. Zur christlichen Tradition gehörte lange Zeit die Unterdrückung der Frau. Die Anerkennung der Gleichberechtigung von Frauen innerhalb der protestantischen Kirchen könnte natürlich auch Vorbild für die Perspektive anderer religiöser Gemeinschaften sein. Die empathische Bindung an den Freiheitsbegriff ist im Christentum historisch zumindest missverständlich. Sie ist aber auch weiterhin eine direkte Folge der Machtasymmetrie und der Deutungshoheit, die christliche Institutionen durch ihre jahrhundertelange Alleinvertretung in Deutschland teilweise immer noch genießen.

Es herrscht Konsens darüber, dass in einer Vielfaltsgesellschaft nicht nur die Ankommenden resilient sein müssen, sondern auch die Mehrheitsgesellschaft. Da Inklusion eine beidseitige Entwicklung ist, braucht es Offenheit gegenüber anderen Kulturen und den Willen, eigens Anpassungsprozesse anzustoßen. Doch ist die Offenheit der Mehrheitsgesellschaft stark personenabhängig. Die Mehrheitsgesellschaft erlebt der Impulsgeber eher als nicht resilient. Weniger aufgrund ablehnenden Verhaltens, eher wegen Unverständnis. Hierfür bietet Salman Tyyab einen Lösungsvorschlag: Diskussionen müssen rational und nicht emotional geführt werden. In einem rationalen Umfeld sorgen andere Normalitäten für weniger Irritationen als in einem emotionalen Umfeld.

Abschließend wird der demographische Wandel in Deutschland und seine Wirkung auf die Veränderung bestehender Normalitäten thematisiert. Die Bevölkerungszahl stagniert, die Bürger*innen werden älter, mit entsprechenden Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und den sozialen Zusammenhalt. Stellt das nicht auch berufliche Chancen im Rahmen von Integration dar? Hier offenbart sich eine große Chance, das Land mitzugestalten, für sogenannte Neue Deutsche, Migrant*innen und für Aufstei-

ger*innen. In Unternehmen und Betrieben kann die maximale Toleranz erlebt werden. Trotz vorhandener Diskriminierung werden dort andere Normalitäten viel leichter akzeptiert. Dadurch gestaltet sich die aktuelle Migrationsbewegung deutlich besser als die vorherige. Hier schließt sich der Kreis zur eingangs erwähnten Voraussetzung des (sozialen) Aufstiegs. Resilienz kann sicherlich auch mit anderen Mitteln erreicht werden als durch gesellschaftlichen Aufstieg. Dennoch ist der Aufstieg, neben der Selbstreflexion, ein Grundpfeiler für ein resilientes Leben in einer ungleichen Gesellschaft.

Resümee

Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha ist Sprecherin des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung. Sie hat das Dialog-Café begleitet und kommentiert den Verlauf des Gesprächs:

*Welche strukturellen Dominanzverhältnisse bestimmen unsere Normalitäten und wie kann ihnen entgegengewirkt werden, wenn daraus Ungleichheiten und Diskriminierungen entstehen? Die erste Session des Dialog-Cafés richtete den Blick auf die historische Reproduktion von Abhängigkeitsverhältnissen, die vor allem Gesellschaften des Globalen Nordens bis in die Gegenwart prägen. Macht schafft Normalität, beides wächst historisch, manifestiert sich in Personen und migriert über Grenzen hinaus. Dennoch unterscheiden sich historische Normalitäten im absoluten Machtgefälle. Während Ungleichheiten innerhalb westlicher Bevölkerungen weiterhin erkennbar sind, bieten sie ihren Bewohner*innen große Chancen politischer Freiheit und ökonomischer Selbstentfaltung. Sozialer Aufstieg ist, auch bei den gegenwärtig berechtigten Verweisen auf systemische Diskriminierung, der im Übrigen ein historisch unvergleichbar hohes Niveau an Aufmerksamkeit zukommt, weiterhin möglich.*

Doch, so zeigte die zweite Session, eine Ungleichheit besteht selten allein. Benachteiligungen müssen intersektional gedacht werden, da viele Betroffene auf unterschiedlichen Ebenen Diskriminierungserfahrungen machen. Ob aufgrund religiöser, sexueller, sozio-ökonomischer oder anderer Kriterien. Hier gilt es, Allianzen zu bilden und auf intersektionale Zusammenhänge hinzuweisen, (mangelnde) Privilegien zu verdeutlichen und sich Abwertungen oder Diskriminierungen in gesellschaftlicher Breite entgegenzusetzen. Ganz besonders, wenn es um subtile Formen der Herabwertung geht, wenn Mikroaggressionen und Vorurteile immer wieder prominent Eingang in Debatten finden. Doch weil anzunehmen ist, dass Ungleichheit eine bleibende Konstante darstellt, liegt die Verantwortung in der kulturellen Vermittlung und Praxis fairen Umgangs.

Selbstreflexion und die Auseinandersetzung mit der eigenen Identität können Sicherheit in der Bewertung ausgrenzender Situationen bieten, so ging es aus der dritten Session hervor. Es bestehen Wege, Diskriminierung aktiv zu entkommen und Angriffsflächen abzubauen, ohne sich dabei von der eigenen Herkunft distanzieren zu müssen. Hier wird ein Gestaltungsspielraum erkennbar wie auch die Möglichkeit aller, den Ort, an dem sie leben – ganz unabhängig von der individuellen Geschichte – mitzugestalten.

6

Biogramme der Teilnehmenden



Prof. Dr. Klaus-Michael Ahrend, geboren 1971, ist seit 2008 Vorstand der HEAG Holding AG. Ein Arbeitsschwerpunkt ist die Digitalisierung der Darmstädter Stadtwirtschaft. Zudem ist er Geschäftsführer des Technologie- und Gründerzentrums HUB31. Seit 2005 ist Ahrend Lehrbeauftragter für Unternehmensstrategien und Corporate Governance und seit 2015 Honorarprofessor am Fachbereich Wirtschaft der Hochschule Darmstadt. Er studierte Betriebswirtschaftslehre in St. Gallen, an der Wirtschaftsuniversität Wien sowie der London School of Economics and Political Science und promovierte 2001 in Trier.



Marius Albiez ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) in Karlsruhe. Er studierte Geoökologie am Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Seine Forschungsschwerpunkte sind Nachhaltigkeitsforschung, Reallaborforschung und nachhaltige Energieverwendung, Transdisziplinäre Wissenschaft und Bildung für Nachhaltige Entwicklung. Albiez ist Ko-Leiter des Projekts „Energietransformation im Dialog – Vom Reallabor zum Karlsruher Transformationszentrum“.



Dr. Peter Bartelheimer, geboren 1954, forschte bis 2019 am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) e.V. der Georg-August-Universität. Er studierte Soziologie, war Referent der Grünen im Hessischen Landtag und promovierte an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt. Bartelheimer leitete zahlreiche Evaluations- und Forschungsprojekte und koordinierte den Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung. Er lebt in Bremen, gehört dem Aktionsbündnis Teilhabeforschung und anderen wissenschaftlichen Netzwerken an und bleibt der SOFI-Forschung verbunden.



Andrea Bartl, geboren 1970, ist seit 2018 kaufmännische Geschäftsführerin der Stiftung Lesen in Mainz. Sie studierte Betriebswirtschaft an der EBS Universität für Wirtschaft und Recht in Oestrich-Winkel, an der École Supérieure de Commerce de La Rochelle in Frankreich und an der University of California, Berkeley. Von 2007 bis 2017 war Andrea Bartl Geschäftsführerin der START-Stiftung gGmbH, eines Stipendienprogramms für engagierte Jugendliche mit Migrationshintergrund der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung. Andrea Bartl ist seit 2019 Mitglied im Stiftungsrat der Schader-Stiftung.



Dr. Klaus Bartl ist seit 2002 Geschäftsführer und Sprecher des diakonischen Unternehmens Mission Leben. Er verantwortet die Bereiche Unternehmensentwicklung und soziale Innovation. Zudem ist er Geschäftsführer der Akademie für Pflege- und Sozialberufe. Der promovierte Theologe war zuvor Gemeindepfarrer, Referent des Kirchenpräsidenten der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau sowie als Unternehmensberater tätig. 2013 gründete er das Innovationslabor LaDU – Labor für Diakonisches Unternehmertum sowie dessen Weiterentwicklung INTRA Lab – Labor für soziales Unternehmertum.



Prof. Dr. Volker Beck ist Psychologe und Professor an der Hochschule Darmstadt. Er schloss 1987 sein Studium in Philosophie und Psychologie in Frankfurt am Main und Gießen ab. Neben zahlreichen Zusatzqualifikationen erhielt er 1999 die Approbation als Psychologischer Psychotherapeut. Als Psychoonkologe und als Leiter des Bereichs Krebsprävention war er von 1988 bis 2007 bei der Deutschen Krebsgesellschaft e.V. tätig und lehrt seitdem an der Hochschule Darmstadt im Fachbereich Soziale Arbeit unter anderem in den Bereichen Krebsprävention, Sozialmedizin und Psychoonkologie.



Dr. Richard Beecroft, geboren 1977, ist Diplom-Ingenieur und Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS). Nach einem Studium der Materialwissenschaft, Pädagogik und Philosophie an der Technischen Universität Darmstadt promovierte er an der Leuphana-Universität Lüneburg. Richard Beecroft gehört der Forschungsgruppe „Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Transformation“ am Karlsruher Institut für Technologie an und ist Geschäftsführer der Karlsruher Schule der Nachhaltigkeit.



Dr. Joachim Beerhorst, geboren 1954, ist Leiter des Ressorts Aus- und Weiterbildung für Hauptamtliche beim Vorstand der Gewerkschaft IG Metall. Er hat eine kaufmännische Ausbildung und ein Studium der Sozialwissenschaften abgeschlossen. Fünf Jahre lang war Beerhorst Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Lehrbeauftragter an der Universität Hannover und drei Jahre an der Europäischen Akademie der Arbeit. Beerhorst war in der betrieblichen Interessenvertretung aktiv und ist seit 1993 hauptamtlicher Mitarbeiter bei der IG Metall.



Ulrike Berendson, geboren 1963, ist seit Juli 2021 Geschäftsführerin des Deutschen Instituts für Stadtbaukunst in Frankfurt am Main, ein An-Institut der Technischen Universität Dortmund. Nach dem Studium der Kunstgeschichte, Romanistik und Anglistik an der Ruhr-Universität Bochum war sie unter anderem Direktorin der Kunstmesse Cologne Fine Art und anschließend Geschäftsführerin des FAZ-Forums der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.



Monika Berghäuser, geboren 1955, ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Schader-Stiftung mit dem Schwerpunkt Redaktion der Zeitschriften und sonstigen Publikationen. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften, Soziologie und Politikwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität Gießen war sie als Korrektorin für wissenschaftliche Texte tätig.



Dr. Michèle Bernhard, geboren 1984, ist seit 2019 Wissenschaftliche Referentin der Schader-Stiftung im Projekt „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung (s:ne)“. Zudem ist sie Lehrbeauftragte an der Hochschule Darmstadt. Sie studierte Soziologie an der Technischen Universität Darmstadt und promovierte zur Eigenlogik der Städte unter dem Aspekt der Partizipation. Daneben war sie Volontärin in der Schader-Stiftung. Von 2013 bis 2019 war sie als Wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung der Stadt Heidelberg tätig.



Prof. Dr. Manuela Boatcă, geboren 1975, ist Professorin für Soziologie an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und leitet dort seit 2015 den Masterstudiengang Global Studies. Sie absolvierte ihren Bachelor in Anglistik und Germanistik an der Universität Bukarest und promovierte in Soziologie an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Von 2011 bis 2015 war sie Professorin für Soziologie globaler Ungleichheiten am Lateinamerika-Institut der Freien Universität Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen unter anderem in den Bereichen globale Ungleichheiten und Kolonialität.



Prof. Dr. Johannes Brinkmann, geboren 1950, war von 2002 bis 2020 Professor für Wirtschafts- und Unternehmensethik an der Norwegian Business School BI in Oslo, von 2016 bis 2019 zusätzlich als Teilzeitprofessor an der Arctic University of Norway in Tromsø. Er studierte Soziologie an den Universitäten Münster und Oslo. Brinkmanns Forschungsinteressen innerhalb der Wirtschafts- und Unternehmensethik sind vor allem Marketing- und Konsumentethik, Versicherung sowie Risk Management und außerdem sokratisches Dialogdesign in Forschung und Lehre.



Dr. Bettina Brohmann ist im Öko-Institut e.V. seit 1984 als Projektleiterin und Bereichsleiterin unter anderem im Bereich Energie und Klimaschutz tätig. Seit 2012 ist sie Forschungs Koordinatorin für transdisziplinäre Nachhaltigkeitswissenschaften. Zu ihren Arbeitsfeldern gehören die Instrumentenbewertung und Programmgestaltung in den Bereichen Stadtentwicklung und Nachhaltiger Konsum sowie die wissenschaftliche Evaluation von transformativen Modellvorhaben, Reallaboren und Beteiligungsverfahren. Brohmann ist promovierte Sozialwissenschaftlerin und Regionalwissenschaftlerin.



Prof. Dr. Tanja Brühl, geboren 1969, ist seit 2019 Präsidentin der Technischen Universität Darmstadt. Sie studierte Biologie und Sozialkunde auf Lehramt. 2002 promovierte sie im Fach Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt, wo sie bis 2007 zunächst als Juniorprofessorin für Friedens- und Konfliktforschung und bis 2019 als Professorin für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Internationale Institutionen und Friedensprozesse tätig war. Von 2012 bis 2018 war sie zudem Vizepräsidentin für Studium und Lehre. Brühl ist Sprecherin der Konferenz Hessischer Universitätspräsidenten.



Prof. Dr. Georg Cremer, geboren 1952, war von 2000 bis 2017 Generalsekretär und Vorstand Sozialpolitik des Deutschen Caritasverbandes. Seit 1999 ist er außerplanmäßiger Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Freiburg. Von 1998 bis 2015 war Cremer zudem Lehrbeauftragter an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich. Er studierte Volkswirtschaftslehre sowie Pädagogik in Freiburg, promovierte 1983 und habilitierte sich 1992. Von 1986 bis 1989 war Cremer in der Entwicklungszusammenarbeit in Indonesien und von 1990 bis 1999 bei Caritas international tätig.



León Díaz-Bone, geboren 1994, ist technischer Büroleiter des Generalsekretärs von ICLEI – Local Governments for Sustainability, ein globales Netzwerk von Städten, Gemeinden und Landkreisen für Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung. Vor seiner Tätigkeit bei ICLEI arbeitete Díaz-Bone als Berater für integrierte Stadtplanung und -gestaltung in Barcelona. Er studierte Liberal Arts and Sciences am University College Maastricht und ist Absolvent des LSE Cities Masterprogramms der London School of Economics and Political Science.



Dr. Jan Dohnke, geboren 1977, ist Geograph, Stadtforscher und seit 2019 Abteilungsleiter für Statistik und Stadtforschung im Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung der Wissenschaftsstadt Darmstadt. 2005 schloss er sein Diplomstudium in Geographie an der Humboldt-Universität zu Berlin ab und wurde 2016 an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel promoviert. Dohnke war unter anderem Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin sowie an verschiedenen Hochschulen. Er ist Mitglied der Lenkungsgruppe der KOSIS-Gemeinschaft Urban Audit.



Dr. Wiebke Drews, geboren 1989, ist seit 2019 Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Politikwissenschaft der Universität der Bundeswehr München. Sie studierte Integrated Social Sciences an der Jacobs University Bremen. 2013 erwarb sie den Doppelabschluss Master of Arts Politics and Security, University College London, und Social Sciences, Universität Tartu, Estland. Im November 2020 verteidigte sie ihre Doktorarbeit am European University Institute, Florenz. Von 2015 bis 2017 gehörte sie als kooptiertes Mitglied dem Kleinen Konvent der Schader-Stiftung an.



Ass. Prof. Dr. Ricarda Drüeke, geboren 1976, ist Assistenzprofessorin am Fachbereich Kommunikationswissenschaft der Universität Salzburg und stellvertretende Leiterin des Programmbereichs Zeitgenössische Kunst und Kulturproduktion. Sie studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Kunstgeschichte in Marburg und Hamburg. 2012 promovierte sie an der Universität Salzburg; ihre Habilitation schloss sie 2020 ab. Sie lehrt und forscht zu digitalen Öffentlichkeiten, Medien und Geschlecht und politischer Kommunikation.



Uta-Micaela Dürig, geboren 1964, ist selbständige Unternehmens-, Sustainability- und Stiftungsberaterin in Stuttgart. Nach verschiedenen Stationen bei Tageszeitungen arbeitete sie ab 1990 in der ersten Gesamtberliner Regierung sowie über zwanzig Jahre in führenden Funktionen von Wirtschaftsunternehmen, unter anderem für ABB AG, RWE AG und Robert Bosch GmbH. Von 2015 bis 2019 war sie stellvertretende Vorsitzende der Geschäftsführung der Robert Bosch Stiftung in Stuttgart.



Dr. Christof Eichert, geboren 1953, ist seit 2017 Mitglied des Vorstands der Schader-Stiftung. Der promovierte Jurist war von 1985 bis 2003 in Baden-Württemberg Bürgermeister und Oberbürgermeister. Anschließend war er in der Geschäftsleitung der Bertelsmann Stiftung und der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung tätig. Von 2007 bis 2010 war Eichert Abteilungsleiter im Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen und bis 2016 Geschäftsführender Vorstand der Herbert Quandt-Stiftung. Seit 2017 ist er Senior Expert der Strategiemanufaktur Karlsruhe.



Martina Eick ist seit 2002 in der Grundsatzabteilung des Umweltbundesamtes tätig und beschäftigt sich dort mit Partizipations- und Demokratieforschung, außerschulischer Bildung für nachhaltige Entwicklung, interreligiösen Dialogen (national und international), Umweltkommunikation, soziokulturellen Fragen bei Digitalisierung in Kommunen und KI-ethischen Herausforderungen angesichts neuer Mensch-Maschine-Umwelt-Beziehungen. Sie studierte Politikwissenschaften und Umweltschutzmanagement und ist Mitglied im Ständigen Umweltausschuss des Deutschen Evangelischen Kirchentages.



Nina Eisenhardt, geboren 1990, ist seit 2019 Abgeordnete des Hessischen Landtags und Mitglied der Ausschüsse für Digitales und Datenschutz sowie für Wissenschaft und Kunst. Sie schloss 2014 ihr Bachelorstudium Politikwissenschaft in Darmstadt und 2017 den Masterstudiengang Internationale Studien / Friedens- und Konfliktforschung an der Goethe-Universität Frankfurt ab. Seit Jahren setzt sie sich in verschiedenen Ämtern und Positionen für Menschenrechte, Abrüstung und globale Gerechtigkeit ein. Von 2015 bis 2018 war sie Landesgeschäftsführerin der Grünen Jugend Hessen.



Prof. Dr. Dr. Jürgen Ensthaler, geboren 1952, ist Jurist und Wirtschaftswissenschaftler. Seit 2005 ist er Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschafts-, Unternehmens- und Technikrecht an der Technischen Universität Berlin. Er studierte Rechts- und Wirtschaftswissenschaften in Göttingen, wo er auch 1982 promovierte und sich 1991 habilitierte. 1984 promovierte er ein weiteres Mal zum Doktor der Staatswissenschaften an der Universität Braunschweig. Neben Lehrtätigkeiten in Paderborn und Kaiserslautern war er zudem Richter am Oberlandesgericht Zweibrücken und am Bundespatentgericht München.



Dr. Terenzio Facchinetti, geboren 1953, hatte vor seinem Ruhestand leitende Funktionen für globale Unternehmen im Bereich der medizinischen Diagnostik inne. Er promovierte in Mailand in Pharmazie und war anschließend in der internationalen pharmakologischen Forschung tätig. 2017 war er Mitgründer von „Pulse of Europe Darmstadt“. Er engagiert sich in der Flüchtlingshilfe und ist Vorsitzender des Fördervereins Aktivspielplatz Herrngarten. Als Experte unterstützte er das Erwachsenenbildungsprojekt „bildung.netz.politik“. Seit 2020 ist er Mitglied der Scientists for the Future in Darmstadt.



Prof. Dr. techn. Dr.-Ing. eh. Dieter W. Fellner, geboren 1958, ist seit 2006 Professor für Graphisch-Interaktive Systeme an der Technischen Universität Darmstadt und Leiter des Fraunhofer-Instituts für Graphische Datenverarbeitung (IGD). Er ist Geschäftsführer der Fraunhofer Austria Research GmbH und hat eine Professur an der Technischen Universität Graz inne. Fellner studierte Mathematik in Graz und habilitierte sich 1988. Seit 2016 ist er Vorsitzender des Fraunhofer-Verbands für Informations- und Kommunikationstechnologie und Mitglied des Präsidiums der Fraunhofer-Gesellschaft.



Martina Fendt ist Landschaftsarchitektin, Urbanistin und Wirtschaftsmediatorin und seit 2013 Projektleiterin für Stadtentwicklung bei der ProjektStadt in Frankfurt. Sie studierte Landschaftsarchitektur an der Technischen Universität München und European Urban Studies an der Bauhaus-Universität Weimar. Fendt war als Landschaftsarchitektin tätig und bis 2008 Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Technischen Universität Braunschweig. Danach war sie Stipendiatin des Graduiertenprogramms URBANgrad am LOEWE-Schwerpunkt „Eigenlogik der Städte“ der Technischen Universität Darmstadt.



Ulrike Franke, geboren 1974, ist Diplom-Ingenieurin und Inhaberin eines Architekturbüros. Von 2019 bis 2021 war sie Vertretungsprofessorin für das Lehrgebiet Stadt, Landschaft und Entwerfen an der Hochschule Darmstadt. Sie studierte Architektur an der Bauhaus-Universität Weimar – war dort auch Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur Entwerfen und Gebäudelehre – und an der Robert Gordon University Aberdeen. In ihrer maßstabsübergreifenden Arbeit als Architektin und Lehrende liegt ihre Aufmerksamkeit auf nachhaltigen, gemeinschaftsorientierten Gebäude- und Quartierskonzepten.



Annika Fricke, geboren 1990, ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe „Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Transformation“ am Karlsruher Institut für Technologie. Sie schloss ihr Bachelor- und Masterstudium in Geoökologie am Karlsruher Institut für Technologie ab und arbeitet seit 2017 am Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse. Fricke beschäftigt sich mit transdisziplinärer Nachhaltigkeitsforschung und der Resilienz von städtischem Grün und Wäldern für Klimawandelfolgen. Sie ist zudem Vorständin im nachhaltigkeits-orientierten Verein Wandelwirken e.V.



Dr. Lena Frischlich, geboren 1983, ist Diplom-Psychologin und leitet die Forschungsgruppe „DemoRESILdigital: Demokratische Resilienz in Zeiten von Online-Propaganda, Fake news, Fear und Hate speech“ am Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität Münster. Nach ihrem Studium an der Universität zu Köln war sie als Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität zu Köln tätig und promovierte dort 2016. Von 2020 bis 2021 war sie Vertretungsprofessorin für Medienwandel am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der Ludwig-Maximilian-Universität München.



Prof. Dr. Martin Führ, geboren 1958, ist seit 1994 Professor für Öffentliches Recht, Rechtstheorie und Rechtsvergleichung an der Hochschule Darmstadt (h_da). Er leitet dort die Sonderforschungsgruppe Institutionenanalyse (sofia) sowie seit 2014 den praxisorientierten Masterstudiengang Risk Assessment and Sustainability Management (RASUM). Er promovierte und habilitierte sich an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und war für das Öko-Institut e.V. tätig. Martin Führ ist Kooperationspartner der Schader-Stiftung im h_da-Projekt „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung (s:ne)“.



Dr. Harald Gapski, geboren 1966, ist Leiter der Abteilung Forschung des Grimme-Instituts, arbeitet in Projekten des Grimme-Forschungskollegs an der Universität zu Köln und ist Beiratsmitglied des Center for Advanced Internet Studies (CAIS) in Bochum. Er studierte Kommunikationswissenschaft und Philosophie in Essen und Wien sowie Media Studies in New York und promovierte zum Thema Medienkompetenz. Ab 1997 war er Leiter der Projektentwicklung am Europäischen Zentrum für Medienkompetenz und von 2010 bis 2015 Leiter des Bereichs Medienbildung/Medienkompetenz am Grimme-Institut.



Prof. Dr. Dr. h.c. Ursula Gather ist Wissenschaftsmanagerin, Aufsichtsrätin und seit 2013 Kuratoriumsvorsitzende der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung. Sie studierte Mathematik an der RWTH Aachen, wo sie ihre Promotion und Habilitation abschloss. Von 2008 bis 2020 war Ursula Gather Rektorin, zuvor Lehrstuhlinhaberin an der Fakultät Statistik der Technischen Universität Dortmund. Sie erhielt diverse Auszeichnungen, unter anderem die Ehrendoktorwürde der Technischen Universität Łódź. Gather ist ad-personam Mitglied des Senats der Leopoldina und Präsidiumsmitglied von acatech.



Dr. Jens Geisse, geboren 1983, ist seit 2019 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter für Qualifikationen in der Tutoriellen Lehre am Fachbereich Informatik der Technischen Universität Darmstadt zuständig. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der Philosophie des Digitalen und der Informatik sowie in der interdisziplinären Zusammenarbeit in Forschung und Lehre. Jens Geisse studierte Soziologie und Informatik in Freiburg, Marburg und Darmstadt. 2019 promovierte er in Darmstadt zum Dr. phil. im Bereich Technikphilosophie.



Alexander Gemeinhardt, geboren 1973, ist seit 2013 Geschäftsführender Vorstand und Direktor der Schader-Stiftung. Er studierte Sozialwesen und Soziale Verhaltenswissenschaften. Von 2000 bis 2003 war er Geschäftsführer des Evangelischen Bundes, dann Geschäftsführer und Referent für Publizistik des Konfessionskundlichen Instituts in Bensheim. Er vertritt die Schader-Stiftung in verschiedenen Beiräten und gehört unter anderem der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung und dem Deutschen Werkbund an.



Dr. Katharina Gerarts, geboren 1984, ist Vorstand der Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie. Sie studierte Erziehungswissenschaften an der Universität Bielefeld und promovierte 2014 an der Goethe-Universität Frankfurt. Von 2015 bis 2017 war sie Forschungsleiterin am World Vision Institut für Forschung und Innovation und von 2017 bis 2020 Professorin für Kindheitswissenschaften an der Evangelischen Hochschule Darmstadt. Sie amtierte von 2017 bis 2019 als Beauftragte für Kinder- und Jugendrechte der Hessischen Landesregierung. 2019 war sie Mitgründerin des Kinderrechte-Instituts.



Dr. Marilena Geugjes, geboren 1991, ist Postdoktorandin an der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung und koordiniert das DFG-Forschungsprojekt „Polizei, Politik, Polis – Zum Umgang mit Geflüchteten in der Stadt“. Sie studierte an der Universität Heidelberg Politik- und Wirtschaftswissenschaft, Anglistik und Germanistik und promovierte dort am Institut für Politische Wissenschaft. 2017/2018 leitete sie das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung. Sie ist Gemeinderätin in Heidelberg und seit 2021 kooptiertes Mitglied im Kleinen Konvent der Schader-Stiftung.



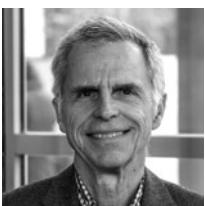
Simone Gully, geboren 1990, ist seit August 2021 Bildungsreferentin beim ver.di Bildungswerk Hessen e.V. und dort in der gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Erwachsenenbildung tätig. Sie studierte Soziologie, Geschlechterforschung und Sozialpsychologie in Göttingen und Frankfurt am Main. Von 2016 bis 2021 war sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Goethe-Universität Frankfurt. Im Sommer 2021 hat sie ihre Dissertation im Fach Soziologie bei der Goethe-Universität Frankfurt eingereicht.



Dr. Sarah Haase ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin sowie Netzwerkmanagerin im Wissenstransfer-Projekt WERTE an der Hochschule Coburg. Nach ihrem Studium in Französischer Philologie, Anthropogeographie und Umweltwissenschaften in Potsdam und Paris promovierte sie dort 2018 zu zivilgesellschaftlichem Engagement in den deutsch-französischen Beziehungen nach 1989. Von 2013 bis 2021 war sie Verbandsmanagerin eines Veranstaltungsdienstleisters. Sarah Haase ist zudem Vorstandsbeauftragte für ehrenamtliches Engagement und Vereine im Bürgerverein Burgkunstadt.



Prof. Anselm Hager Ph.D., geboren 1988, ist seit 2019 Juniorprofessor für Internationale Politik an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er studierte an der London School of Economics und promovierte an der Columbia University, New York. Ab 2017 war er Juniorprofessor für Political Economy an der Universität Konstanz. Zudem ist er Gastwissenschaftler am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Er evaluiert Entwicklungsprojekte im subsaharischen Afrika. Hager ist seit 2019 Mitglied im Kleinen Konvent der Schader-Stiftung.



Prof. Dr. Dr. Martin Hambrecht, geboren 1955, war von 2002 bis 2019 Chefarzt der Klinik für Psychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie am Agaplesion Elisabethenstift in Darmstadt. Er studierte Psychologie und Medizin an den Universitäten Freiburg, Hamburg, Rhode Island, USA, und Mannheim und habilitierte sich 1995. Hambrecht war Leitender Oberarzt und von 1999 bis 2002 Professor für psychiatrische Prävention an der Universität Köln. Er ist Mitglied zahlreicher Fachgesellschaften und Lehrbeauftragter für Klinische Psychologie an der Technischen Universität Darmstadt.



Christopher Hamich, geboren 1995, ist Politikwissenschaftler. Seine Forschungsschwerpunkte sind Demokratietheorie, Parlamentarismus und Konstellationen des Digitalen. Seit 2014 studierte er zunächst Politikwissenschaft an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, dann Politische Theorie an der Goethe-Universität Frankfurt, wo er aktuell als Studentischer Mitarbeiter im Forschungsverbund „Normative Ordnungen“ arbeitet. Bis Juni 2021 war er als Studentischer Mitarbeiter im Projekt „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung (s:ne)“ für die Schader-Stiftung tätig.



Dr. Claudius Härpfer, geboren 1981, ist Lehrstuhlmanager und Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Soziologie mit dem Schwerpunkt Technik- und Organisationssoziologie der RWTH Aachen. Er studierte Soziologie, Philosophie und Politologie an den Universitäten Würzburg, Frankfurt am Main und Zürich. Härpfer ist Schatzmeister der Deutschen Gesellschaft für Netzwerkforschung und der Sektion Soziologiegeschichte der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Netzwerkforschung, Allgemeine Soziologie sowie Wissenschafts- und Technikforschung.



Prof. Dr. Michael Haus, geboren 1970, ist seit 2012 Professor für Moderne Politische Theorie an der Universität Heidelberg. Er studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Philosophie in Frankfurt am Main und Heidelberg. Nach seiner Habilitation in Darmstadt wurde er 2009 Professor an der Universität Kassel. Michael Haus ist Mitglied der Redaktion der „Politischen Vierteljahresschrift“ und seit Januar 2020 einer von zwei Geschäftsführenden Direktor*innen der Heidelberg School of Education, einer Kooperation der Universität und der Pädagogischen Hochschule im Bereich der Lehrerbildung.



Prof. Dr. Roger Häußling, geboren 1969, ist seit 2009 Professor für Soziologie mit dem Schwerpunkt Technik- und Organisationssoziologie an der RWTH Aachen. Er studierte Wirtschaftsingenieurwesen, Philosophie und Soziologie in Siegen und Karlsruhe. Von 2002 bis 2003 war er Fellow der Akademie Schloss Solitude Stuttgart. Seine Schwerpunkte umfassen die Bereiche Innovationsforschung, Digitale Soziologie sowie Relationale Soziologie. Er ist Mitbegründer der Deutschen Gesellschaft für Netzwerkforschung (DGNet). Seit 2020 ist Roger Häußling Mitglied im Kleinen Konvent der Schader-Stiftung.



Erwin Heberling ist Soziologe und seit 2000 Geschäftsführer des Film- und Kinobüros Hessen e.V., das seit fast 40 Jahren für unabhängige Filmkultur und Filmförderung in Hessen steht und unter anderem den vom Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst vergebenen „Preis für nachhaltiges Kino“ organisiert. Zuvor war Erwin Heberling Gründer und langjähriger Leiter des soziokulturellen Marburger Zentrums Café Trauma und des Filmfestes OpenEyes. Er war und ist Mitglied von Festivaljürs und übt gelegentlich journalistische Tätigkeiten zu filmischen Themen aus.



Leonie Herdel, geboren 1996, ist seit 2020 Masterstudierende an der Technischen Universität Darmstadt im Fachbereich Soziologie mit Schwerpunkt Stadt- und Raumforschung. Nach dem Bundesfreiwilligendienst in der Klinik Hohe Mark in Oberursel 2015 erwarb sie 2020 ihren Bachelorabschluss im Fachbereich Soziologie an der Technischen Universität Darmstadt.



Dr. Ulrike Höppner, geboren 1977, ist Politikwissenschaftlerin und seit November 2021 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forschungsinstitut für öffentliche und private Sicherheit (FÖPS) der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin. Nach ihrer Promotion 2011 forschte sie insbesondere zu Fragen von Internet und Gesellschaft, unter anderem im „Global Privacy Governance Network“ am Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft, an der Humboldt-Universität zu Berlin und an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Sie lehrt zudem an verschiedenen Universitäten.



Jens Hübertz, geboren 1991, ist in der politischen Bildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen im Rahmen verschiedener Projekte, unter anderem gefördert vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“, tätig. Er studierte an der Goethe-Universität Frankfurt am Main den Masterstudiengang Soziologie mit den Schwerpunkten soziale Ungleichheit, Geschlechterpolitik und Wohlfahrtsstaat. Anschließend war er als Studentische Hilfskraft am Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung tätig. 2016 war Jens Hübertz Praktikant der Schader-Stiftung.



Dr. Jasmin Jossin ist Stadt- und Umweltpsychologin und Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsbereich Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen am Deutschen Institut für Urbanistik (Difu). Sie studierte Psychologie an der Goethe-Universität Frankfurt und promovierte 2013 an der Humboldt-Universität zu Berlin im Bereich Umweltpsychologie und Stadtökologie. Jossin ist Mitglied des Verbands Deutscher Städtestatistiker und berät dort die Lenkungsgruppe „Urban Audit – europäischer Städtevergleich“. Sie gehört auch dem Fachforum Kommunen des Programms „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ an.



Lotte Jung, geboren 1969, ist seit 2009 Gefängnispfarrerin an der Justizvollzugsanstalt Frankfurt I. Sie ist aktives Mitglied der Bundeskonferenz Gefängniseseelsorge, zuletzt als Beauftragte für Fragen der Betreuung muslimischer Gefangener. Sie studierte Evangelische Theologie in Marburg und war nach dem Vikariat in der Organisationsentwicklung bei Opel tätig. 2004 wurde sie Pfarrerin der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Seit 2016 ist sie Synodale der Landeskirche; seit 2020 Synodale der Evangelischen Kirche in Deutschland. 2021 wurde sie Mitglied des Präsidiums der Landeskirche.



Prof. Dr. Martin Junkernheinrich, geboren 1958, ist seit 2008 Inhaber des Lehrstuhls für Stadt-, Regional- und Umweltökonomie an der Technischen Universität Kaiserslautern. Er studierte Wirtschaftswissenschaft, Sozialwissenschaften und Germanistik. Ab 1998 war er Professor mit Schwerpunkt Kommunalwirtschaft und Kommunal Finanzen an der Universität Trier, ab 2006 Professor für Kommunal- und Regionalpolitik an der Universität Münster. Er ist Vorsitzender der Transparenzkommission des Landes Nordrhein-Westfalen und Mitherausgeber des „Jahrbuchs für Öffentliche Finanzen“.



Prof. Dr. Johannes Kabisch, geboren 1980, ist seit 2021 Associate Professor an der Norwegian University of Science and Technology in Trondheim. Vorher war er Professor für Computergestützte Synthetische Biologie an der Technischen Universität Darmstadt. Kabisch studierte Biologie an der Universität Greifswald, wo er 2013 promovierte. Er ist Mitglied der Global Biofoundries Alliance, welche sich mit Automatisierung in der Biotechnologie befasst. Neben seinen akademischen Tätigkeiten ist er als Geschäftsführer der Firma DNA Essence und als Berater tätig.



Bijan Kaffenberger, geboren 1989, ist direkt gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis Darmstadt II im Hessischen Landtag. Er studierte International Economics and Economic Policy an der Goethe-Universität Frankfurt und arbeitete dort anschließend am Lehrstuhl für Bankbetriebslehre. Im Thüringer Wirtschaftsministerium war er ab 2016 als Referent für Breitbandausbau und Digitalisierung beschäftigt, bis er 2019 in den Landtag gewählt wurde. Er ist digitalpolitischer Sprecher seiner Landtagsfraktion sowie Vorsitzender des Forums für Kunst und Kultur der Sozialdemokratie in Hessen.



Christoph Kehr-von Plettenberg, geboren 1977, ist stellvertretender Leiter des Nachhaltigkeitsmanagements bei der DekaBank. Er studierte Rechtswissenschaften in Rostock, Kopenhagen und Köln und absolvierte Ausbildungen als Börsenhändler und Wirtschaftsmediator, unter anderem in Los Angeles, New York und Cambridge, Massachusetts. Kehr-von Plettenberg engagiert sich in der Johanniter-Hilfsgemeinschaft Frankfurt am Main als ehrenamtlicher Leiter des Besuchsdienstes für Senioren. Zudem ist er Vorsitzender des DGAPforums Frankfurt der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.



Ulf Kilian, geboren 1956, ist Vorsitzender des Deutschen Werkbundes Hessen, seit 2020 offizieller Partner des New European Bauhaus. Er ist mit zuständig für die Programmarbeit des Werkbundes Hessen mit dem Schwerpunkt des Verhältnisses von industrieller Produktion, sozialem Miteinander und ökologischer Verantwortung. Nach seinem Studium der Philosophie, Kunstgeschichte und Kunstpädagogik an der Goethe-Universität Frankfurt studierte er Kunst an der Staatlichen Hochschule für Bildende Künste – Städelschule in Frankfurt. Er wurde 1994 in den Deutschen Werkbund berufen.



Gudrun Kirchoff, geboren 1956, ist Diplom-Soziologin und seit 2015 wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektleiterin im Bereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales am Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) in Berlin. Sie studierte Soziologie mit dem Schwerpunkt Stadtsoziologie an der Freien Universität Berlin. Von 2006 bis 2015 war Gudrun Kirchoff als wissenschaftliche Referentin für die Schader-Stiftung tätig und verantwortete dort unter anderem die Forschungs-Praxis-Projekte „Zuwanderer in der Stadt“ und „Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen“.



Dr. Silke Kleihauer, geboren 1965, leitet das Projekt „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung (s:ne)“ an der Hochschule Darmstadt (h_da). Sie studierte Biologie mit Schwerpunkt Ökologie und promovierte an der Schnittstelle zwischen Biologie, Wissenschaftstheorie und Recht. Seit 2001 ist sie Mitarbeiterin der Sonderforschungsgruppe Institutionenanalyse und spezialisiert auf transformative Forschungsprojekte. Sie entwickelte den Masterstudiengang Risk Assessment and Sustainability Management (RASUM) und rief die Initiative: Nachhaltige Entwicklung in der h_da (i:ne) mit ins Leben.



Klara Kletzka, geboren 1957, ist seit 2005 geschäftsführende Gesellschafterin der DIALOGMUSEUM gGmbH Frankfurt, zudem ist sie Seniorberaterin und Partnerin der Dialogue Social Enterprise GmbH. Sie studierte Romanistik, Politik und Pädagogik an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt. 1988 war sie Gründungsmitglied des Künstlerhauses Mousonturm in Frankfurt, wo ihre Zusammenarbeit mit Andreas Heinecke, dem Ideengeber der Ausstellung „Dialog im Dunkeln“ begann. Seither ist sie in wechselnden Funktionen für „Dialog im Dunkeln“ im In- und Ausland tätig.



Aylin Klisura, geboren 1997, ist Gender and Diversity Studies-Studierende im Bachelor an der Hochschule Rhein-Waal in Kleve. Ihre Schwerpunkte im Studium sind unter anderem Migration und Antidiskriminierung. Seit 2020 ist sie Stipendiatin der Studienstiftung des deutschen Volkes. Aylin Klisura war von April bis August 2021 als Praktikantin der Schader-Stiftung und ist aktuell dort als Studentische Mitarbeiterin tätig.



Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte, geboren 1958, ist seit 2003 Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Politisches System der Bundesrepublik Deutschland und moderne Staatstheorien an der Universität Duisburg-Essen und seit 2006 Direktor der NRW School of Governance. Er promovierte an der Universität Mainz und habilitierte sich an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Korte ist unter anderem Vizepräsident des Deutschen Hochschulverbands und Geschäftsführender Herausgeber der „Zeitschrift für Politikwissenschaft“.



Alexander Kraemer, geboren 1979, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „MigraChance“ am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung in Leipzig. Er studierte Soziologie, Islamwissenschaften und Philosophie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena sowie am Institut d'études politiques und der Université I in Rennes. An der Universität Tübingen war er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Aspekte einer gerechten Verteilung von Sicherheit in der Stadt“ tätig. Seine Schwerpunkte liegen unter anderem auf kritischer Stadtforschung sowie Gerechtigkeits- und Sicherheitsforschung.



Dr. Max-Christopher Krapp, geboren 1985, ist seit 2016 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut Wohnen und Umwelt tätig und bearbeitet dort Fragen der Wohnraumversorgung und der Wohnungspolitik mit besonderem Schwerpunkt auf der sozialen Absicherung des Wohnens. Er studierte Politikwissenschaft an der Technischen Universität Darmstadt (TUD) und an der Universität Karlstad in Schweden. Von 2010 bis 2016 war er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der TUD tätig und promovierte mit einer Dissertation zu arbeitsmarktpolitischen Reformprozessen.



Dr. Kora Kristof ist habilitierte Volkswirtin. Sie leitet seit 2011 im Umweltbundesamt die Abteilung Nachhaltigkeitsstrategien, Ressourcenschonung und Instrumente und lehrt an verschiedenen Universitäten. Kristof forscht, publiziert und berät Politik sowie gesellschaftliche Akteure unter anderem zu Transformation, Nachhaltiger Entwicklung, Ressourcenschonung, Energiewende, Klimaschutz, Green Economy & Society, Nachhaltiger Digitalisierung. Ab 1994 war sie am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie und davor für die Bundestags-Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“ tätig.



Dr. Rudolf Kriszeleit, geboren 1955, ist Rechtsanwalt und war von 2009 bis 2014 Staatssekretär im Hessischen Ministerium der Justiz, für Integration und Europa. Er studierte Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre in Frankfurt, war bei der Staatsanwaltschaft am Landgericht Frankfurt und im Hessischen Ministerium der Finanzen tätig. Von 1995 bis 2001 war er Leiter der Finanzabteilung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, anschließend Vorstandsmitglied der Investitionsbank Hessen. Er ist seit 2013 Mitglied des Stiftungsrats der Schader-Stiftung, seit 2016 dessen Vorsitzender.



Prof. Dr. Dorothea Kübler, geboren 1966, ist Direktorin der Abteilung Verhalten auf Märkten am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Technischen Universität Berlin. Sie studierte Volkswirtschaftslehre und Philosophie in Philadelphia, Konstanz und an der Freien Universität Berlin, promovierte 1997 und habilitierte sich 2003 an der Humboldt-Universität zu Berlin. 2021/22 lehrt und forscht sie an der New York University. 2020 erhielt Dorothea Kübler den Schader-Preis und ist seither Mitglied des Senats der Schader-Stiftung.



Prof. Dr. Gisela Kubon-Gilke, geboren 1956, ist seit 1998 Professorin für Ökonomie und Sozialpolitik an der Evangelischen Hochschule Darmstadt. Sie studierte Volkswirtschaftslehre in Göttingen und war Wissenschaftliche Mitarbeiterin, dann Wissenschaftliche Assistentin an der Technischen Universität Darmstadt. Es folgten Vertretungs- und Gastprofessuren in Frankfurt und München. Schwerpunkte ihrer Forschung sind unter anderem Armut und Armutsmessung, Bildung und Arbeitsmarkt sowie ethische Grundfragen der Ökonomie. Sie war von 2018 bis 2021 Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung.



Dr. Astrid Kuhn, geboren 1983, ist seit 2015 hauptamtliche Geschäftsführerin und seit Juni 2020 Vorstandsvorsitzende der Stiftung Wissenschaft und Demokratie. Zuvor war die Politikwissenschaftlerin von 2009 bis 2015 als Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Stifters Eberhard Schuett-Wetschky am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Kiel tätig. Astrid Kuhn promovierte 2020 zum Thema „Bundesverfassungsgericht und Parlamentarismus“. Zudem absolvierte sie den Intensivstudiengang zur Stiftungsmanagerin an der EBS Universität für Wirtschaft und Recht.



Annette Kulenkampff, geboren 1957, ist Kunsthistorikerin und war bis Juli 2021 Geschäftsführerin des Deutschen Instituts für Stadtbaukunst. 1986 schloss sie ihr Studium in Kunstgeschichte an der Goethe-Universität Frankfurt ab. In der Vergangenheit war sie unter anderem Geschäftsführerin der documenta und der Museum Fridericianum gGmbH sowie des Hatje Cantz Verlages. Außerdem war sie Vorstandsvorsitzende des Württembergischen Kunstvereins Stuttgart. Heute ist Annette Kulenkampff Vorstandsmitglied der International Biennial Association und Mitglied im Kuratorium der Kasseler Sparkasse.



Robert Langer, geboren 1959, ist seit März 2020 Vorstand Vermögen/Finanzen/Liegenschaften der Schader-Stiftung. Langer war als Diplom-Sparkassenbetriebswirt mit den Schwerpunkten Marketing sowie Wertpapier- und Privatkundengeschäft in verschiedenen Fach- und Leitungspositionen der Sparkassenorganisation tätig, darunter von 1998 bis 2001 als Vorstandsmitglied der Sparkasse Bensheim und ab 2002 als Bankdirektor der DekaBank in Frankfurt am Main. Ehrenamtlich engagiert sich Robert Langer für soziale Projekte in Deutschland und Ecuador.



Dr. Jutta Lauth Bacas ist Sozialanthropologin mit dem Schwerpunkt Migration, Flucht und Asyl in Südosteuropa. Auf die Promotion in Zürich folgten Lehrtätigkeiten an schweizerischen und deutschen Hochschulen. Von 2004 bis 2011 war sie an der Wissenschaftsakademie Athen in Forschungsprojekten zu Fluchtmigration nach Griechenland tätig. Seit 2012 ist sie freiberuflich als Publizistin und Dozentin aktiv, unter anderem als Dozentin am Fachbereich Soziale Arbeit der Hochschule Darmstadt und seit 2015 als Research Affiliate am Institute of Mediterranean Studies der Universität Malta.



Karen Lehmann, geboren 1990, ist seit 2018 Wissenschaftliche Referentin der Schader-Stiftung im Projekt „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung (s:ne)“. Sie studierte den Bachelorstudiengang European Studies an der Universität Maastricht und absolvierte dann das Masterstudium der Politikwissenschaft an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Anschließend war sie bei der Europäischen Akademie für Steuern, Wirtschaft und Recht in Berlin tätig.



Dr. Roland Lentz ist Inhaber der LLentz Research+Management für Innovations- und Nachhaltigkeitsmanagement. Lentz studierte Biologie an der Universität Mainz und promovierte dort. Nach sieben Jahren als Umweltmanager in leitender Stellung war er von 1994 bis 1998 Professor für betriebliches Umweltmanagement an der Fachhochschule Wedel. Er leitete zuletzt mehr als 20 Jahre den Geschäftsbereich Innovation und Nachhaltigkeit der Industrie- und Handelskammer Darmstadt Rhein Main Neckar.



Prof. Dr. Beate Lindemann, geboren 1964, ist Professorin für Angewandte deutsche Sprachwissenschaft und Deutsch als Fremdsprache an der Fakultät für Humaniora, Gesellschaftswissenschaften und Lehrerbildung der Universität Tromsø, Norwegen. Sie studierte Deutsch als Fremdsprache, Skandinavistik sowie Latein ebenfalls in Tromsø und promovierte dort 1994. Ihre Forschungsgebiete sind German Studies, kontrastive Linguistik, multiples Sprachenlernen, Fremdsprachendidaktik und Fremdsprachenlehrerbildung.



Dr. Kai Lindemann, geboren 1968, ist seit 2008 beim Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Grundsatzabteilung tätig. Nach seiner Ausbildung zum Industriekaufmann studierte er Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Von 1998 bis 2003 war Lindemann Wissenschaftlicher Assistent der amerikanischen Künstlerin Jenny Holzer und anschließend bis 2008 Gewerkschaftssekretär beim DGB Bezirk Berlin-Brandenburg, zuletzt im Referat Politische Planung und Koordination. 2005 promovierte er an der Goethe-Universität Frankfurt zum Thema Politische Korruption.



Prof. Dr.-Ing. Sven Linow, geboren 1967, ist seit 2014 Professor für Thermodynamik und Umwelttechnik an der Hochschule Darmstadt. Er studierte Physik und Vegetationsökologie an der Universität Hamburg. 2000 promovierte er an der Technischen Universität Darmstadt und war danach Entwicklungsleiter im Bereich Elektrowärme. Linow ist für die Deutsche Kommission Elektrotechnik Mitglied in mehreren internationalen Normungs-Expertenkommissionen. Sein Forschungsinteresse umfasst technische und energetische Voraussetzungen einer gelingenden Energiewende und die Didaktik einer Energy-Literacy.



Andreas Lipsch, geboren 1960, ist Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Pro Asyl und des Stiftungsrates der Stiftung Pro Asyl. Er studierte Philosophie und Theologie in Berlin und Marburg. 2001 wurde er zum Interkulturellen Beauftragten der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau berufen. Lipsch war Gemeindepfarrer in Neu-Isenburg bei Frankfurt und Mitarbeiter in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit am International Documentation Centre in Rom. Er leitet die Abteilung Flucht, Interkulturelle Arbeit, Migration der Diakonie Hessen.



Peter Lonitz, geboren 1959, ist in der Schader-Stiftung in den Bereichen Pressearbeit und Projektmanagement tätig. Er studierte Soziologie, Psychologie und Städtebau an der Technischen Universität Darmstadt. Nach Stationen bei der Wissenschaftsstadt Darmstadt und der Technischen Universität Darmstadt ist Peter Lonitz seit 1997 Mitarbeiter der Schader-Stiftung. Neben der Pressearbeit ist er zuständig für den Kontakt zu Partner*innen und Fachbesucher*innen sowie die Organisation des Schader-Preises.



Prof. Dr. Wiebke Loosen, geboren 1966, ist Senior Researcher für Journalismusforschung am Leibniz-Institut für Medienforschung | Hans-Bredow-Institut und Professorin an der Universität Hamburg. Sie studierte an der Universität Münster, promovierte dort und habilitierte sich an der Universität Hamburg. Einer ihrer Forschungsschwerpunkte ist die Transformation des Journalismus in einer sich wandelnden Medienumgebung. In ihren aktuellen Projekten geht es um den Wandel der Beziehung von Journalismus und Publikum, die Datafizierung des Journalismus und um Formen von „Pionierjournalismus“.



Dörte Maack ist Moderatorin, Coach und Rednerin. Bis in die 90er-Jahre war sie Straßenkünstlerin, Schauspielerin und Akrobatin. Nach ihrer Erblindung schloss sie ein Studium der Pädagogik, Sportwissenschaften und Linguistik an der Universität Hamburg ab und war für verschiedene theaterpädagogische Workshops unterschiedlicher Organisationen verantwortlich. Von 2007 bis 2017 war Dörte Maack Head of Education bei „Dialog im Dunkeln“, wo sie unter anderem ein Team von blinden Trainer*innen aufbaute und leitete sowie über 1200 Workshops plante und durchführte.



Petra Manahl, geboren 1969, leitet das Referat Großer Frankfurter Bogen, Innovative Konzepte und Urbanes Leben im Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen. Sie schloss 1996 das Studium der Germanistik an der Goethe-Universität Frankfurt ab und hat nach drei Jahren Wissenschaftlicher Mitarbeit an der University of Applied Sciences Frankfurt mehrere Funktionen in Marketing und Kommunikation, zuletzt leitend ausgeübt. Petra Manahl engagiert sich kulturell-gesellschaftspolitisch und ist Mitbegründerin des 2013 eröffneten „Frankfurter Garten“.



Dr. Michael Mangold, geboren 1962, ist Gesellschafter der Proflog GmbH, deren Schwerpunkt auf den Themen open data und kommunale Finanz- und Haushaltsberatung liegt, und Wissenschaftlicher Berater des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) e.V. an der Universität Tübingen. Nach dem Studium der Soziologie und Politikwissenschaft und seiner Promotion an der Technischen Universität Karlsruhe 2007 war er für das IAW in Tübingen tätig. Später gründete und leitete er bis 2015 das Institut für Medien, Bildung und Wirtschaft am Zentrum für Kunst und Medientechnologie Karlsruhe.



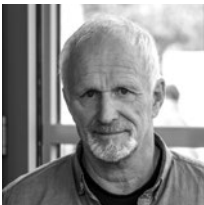
Hannes Marb, geboren 1967, ist Rektor an einer Gesamtschule. Ein Schwerpunkt seiner Tätigkeit ist die Gewaltprävention. Im Rahmen seiner Ausbildung zum Antiaggressionstrainer erhielt er den Präventionspreis der Stadt Darmstadt für das Programm „Soziales und aggressionshemmendes Training“. Er unterstützt die Initiative „Kinder- und Jugendrechte in Eberstadt“ und ist im Organisationsteam der Stadtviertelrunde in Eberstadt-Süd tätig. Weiterhin moderiert er die Sendung Hannes and Guests - meet & speak bei Radio Darmstadt, die auch als Podcast erscheint.



Dr. Kirsten Mensch, geboren 1967, ist seit 2000 Wissenschaftliche Referentin der Schader-Stiftung. Sie studierte Politikwissenschaft, Philosophie sowie Rechtswissenschaften. 1993 folgte ein Studienaufenthalt an der Universität Groningen in den Niederlanden. Von 1994 bis 1998 war sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt, wo sie 1999 promovierte. Ihre Schwerpunkte sind unter anderem Sicherheitspolitik, Menschenrechte und Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Zudem betreut sie Veranstaltungen mit agilen Formaten.



Prof. Dr. Verena Metze-Mangold, geboren 1946, ist Journalistin und Politikwissenschaftlerin. Bis 2018 war sie Präsidentin und ab 2006 Präsidiumsmitglied der Deutschen UNESCO-Kommission. Sie leitete zehn Jahre die Evangelische Medien-Akademie, war ab 1987 Bereichsleiterin in der Intendanz des Hessischen Rundfunks und ab 2006 Leiterin der Hessischen Rundfunk Filmförderung. Metze-Mangold gehört unter anderem dem Forschungsbeirat des Instituts für Auslandsbeziehungen an. Sie lehrt Politische Kommunikation und Internationales Recht an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin.



Bernhard Mohr ist Diplom-Schauspieler, Regisseur und Theaterpädagoge. Sein Diplom absolvierte er an der Kulturmühle Lützelflüh in der Schweiz und war 1996 Mitbegründer des überregional bekannten Subito! Improvisationstheaters in Wiesbaden. Darüber hinaus ist er für die Leitung der Krimnacht.de sowie des Pegasustheaters zuständig. Als Vorstandsmitglied engagiert er sich seit fünfzehn Jahren im Landesverband Professionelles Freies Theater Hessen e.V., seit 2006 Landesverband Professionelle Freie Darstellende Künste Hessen e.V. (laPROF).



Dr. Anna-Lisa Müller, geboren 1981, ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld. Sie studierte Soziologie, Philosophie und Neuere Deutsche Literatur und promovierte 2013 an der Universität Bielefeld. 2019 habilitierte sie sich an der Universität Bremen. Sie war Vertretungsprofessorin am Geographischen Institut der Universität Heidelberg. Ihre Schwerpunkte sind Sozialgeographie mit Fokus auf Stadtgeographie und Migrationsforschung. Im Frühjahr 2021 war sie erste Fellow der Schader-Residence.



Luca Müller, geboren 1995, ist Mitarbeiter in der Projektadministration am Passivhaus Institut Darmstadt, einer Einrichtung, die sich mit energieeffizienten und nachhaltigen Baukonzepten beschäftigt. Er absolvierte 2017 den Bachelorstudiengang Social Sciences an der Justus-Liebig-Universität Gießen und schloss 2021 den Masterstudiengang Governance und Public Policy an der Technischen Universität Darmstadt ab. Von Dezember 2019 bis Ende Februar 2020 war Luca Müller Praktikant der Schader-Stiftung.



Prof. Dr. Sybille Münch ist aktuell Gastwissenschaftlerin am Zentrum für Demokratieforschung der Leuphana Universität Lüneburg. Von 2015 bis 2021 war sie dort Juniorprofessorin für Theory of Public Policy. 2003 schloss sie ein Studium der Politikwissenschaft und Slawistik an der Universität Hamburg ab und promovierte 2010 an der Technischen Universität Darmstadt. Sie war von 2003 bis 2006 Wissenschaftliche Referentin der Schader-Stiftung im Verbundvorhaben „Zuwanderer in der Stadt“. Sybille Münch ist stellvertretende Redakteurin der Zeitschrift „Migration und Soziale Arbeit“.



Andrea Nispel, geboren 1960, ist seit 1998 als freiberufliche Beraterin, Coach, Moderatorin sowie als Sozialwissenschaftlerin tätig. Sie studierte Pädagogik, Soziologie, Psychologie, Philosophie und Germanistik. Zudem absolvierte sie Ausbildungen zur Systemischen Beraterin und Systemischen Coach. Ihre Schwerpunkte sind die gesellschaftspolitischen Themenfelder Diversität und Inklusion sowie Bildung, Arbeit und Lernen in der Einwanderungsgesellschaft. Nispel war Gründungsmitglied und gehört seit 1994 dem Vorstand des Vereins *beramí – berufliche Integration e.V.* in Frankfurt am Main an.



Laura Pauli, geboren 1991, ist seit 2019 Persönliche Referentin des Vorstands der Schader-Stiftung sowie bereits seit 2018 Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung (s:ne)“. Nach ihrem Bachelor in Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt schloss sie den Masterstudiengang Governance und Public Policy an der Technischen Universität Darmstadt ab. 2020 absolvierte sie eine Ausbildung zur Stiftungsmanagerin (DSA). 2015 war sie Stadtteil-Botschafterin der Stiftung Polytechnische Gesellschaft Frankfurt.



Katharina Pelka, geboren 1982, ist Diplom-Ingenieurin und leitet seit 2013 die Stabsstelle Kultur- und Kreativwirtschaft im Dezernat für Kultur, Bürgerservice und Kreativwirtschaft der Stadt Heidelberg. Sie studierte Raumplanung in Dortmund, Birmingham und Zürich. Nach ihrem Studium arbeitete sie in Forschung und Lehre am Lehrstuhl für Europäische Planungskulturen der Technischen Universität Dortmund. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind die Themen Stadtentwicklung mit und durch die Kreativwirtschaft sowie die planerischen Instrumente der Stadtentwicklung.



Dr. Tillman Prinz ist Jurist und seit 2003 Bundesgeschäftsführer der Bundesarchitektenkammer e.V. Er legte sein Erstes und Zweites juristisches Staatsexamen an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel ab und wurde 1994 zum Doktor der Jurisprudenz an der Universität Bielefeld promoviert. An der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) schloss er 2010 ein Masterstudium in Mediation ab. Prinz ist im Bereich berufspolitische Interessenvertretung für Architektinnen und Stadtplaner tätig und lehrt an der IRE|BS International Real Estate Business School der Universität Regensburg.



Dr. Regina Rhodius ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Waldbau der Universität Freiburg. Aktuell ist sie dort als Referentin für den Wissenschaftlichen Beirat für Waldpolitik beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft tätig. 2001 schloss sie ihr Studium in Landschaftsnutzung und Naturschutz an der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde ab und promovierte 2012 zur Wirksamkeit partizipativer Verfahren in räumlichen Planungsprozessen an der Universität Freiburg. Von 2015 bis 2020 koordinierte sie das Reallabor Wissensdialog Nordschwarzwald.



Prof. Dr. Lars Rinsdorf, geboren 1971, ist Professor für Journalistik sowie Studiendekan an der Hochschule der Medien Stuttgart. Er studierte Journalistik und Raumplanung an der Universität Dortmund. Von 2008 bis 2012 war er Professor für Verlagsmanagement im Studiengang Medienwirtschaft der Hochschule der Medien Stuttgart. Seit 2018 ist Rinsdorf Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft (DGPK). Seine Forschungsschwerpunkte sind Rezeptionsforschung, Redaktionsmanagement, Forschung und Entwicklung in Medienunternehmen sowie Medienmarken.



Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha, geboren 1951, war Gründungsdirektorin und bis 2021 Wissenschaftliche Leiterin des Zentrums für Angewandte Kulturwissenschaft und Studium Generale am Karlsruher Institut für Technologie. Sie ist Koordinatorin des deutschen Netzwerks der Anna Lindh Stiftung, Mitglied im Fachausschuss Kultur der deutschen UNESCO-Kommission und seit 2013 Vorsitzende des Wissenschaftlichen Initiativkreises Kultur und Außenpolitik am Institut für Auslandsbeziehungen. Seit 2017 ist sie Mitglied und seit März 2020 Sprecherin des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung.



Dorothee Rodenhäuser, geboren 1983, ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für interdisziplinäre Forschung, Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) e.V. mit Sitz in Heidelberg. Sie studierte Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Heidelberg und Lausanne. Ihre aktuellen Forschungsschwerpunkte sind Nachhaltige Entwicklung, sozial-ökologische Transformation, Indikatorenforschung sowie Treibhausgasbilanzierung und Klimaschutzprojekte. Rodenhäuser ist Mitglied der Jury für das Umweltzeichen Blauer Engel des Bundesumweltministeriums.



Oberst i.G. Prof. Dr. Matthias Rogg, geboren 1963, ist seit 2013 Professor für Neuere und Neueste Geschichte mit dem Schwerpunkt Militärgeschichte an der Universität der Bundeswehr Hamburg. Von 2017 bis 2021 war er Mitglied im kollegialen Vorstand des German Institute for Defence and Strategic Studies an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Nach seiner Offiziersausbildung studierte er Geschichte an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und promovierte dort 1998. Von 2010 bis 2017 war er Direktor des Militärgeschichtlichen Museums der Bundeswehr in Dresden.



Holger Rößler, geboren 1977, ist gelernter Klärwerker und Diplom-Soziologe. Nach seiner Ausbildung bei Mercedes Benz studierte er an der Akademie der Arbeit in Frankfurt und anschließend an den Universitäten Darmstadt und in Buenos Aires. Beim Vorstand der IG Metall beschäftigt er sich hauptsächlich mit nationaler und transnationaler Unternehmenspolitik. Holger Rößler ist aber auch in der Kulturszene Darmstadts fest verwurzelt. So ist er unter anderem Mitveranstalter und Moderator der Early Late Night Show in Darmstadt.



Torsten Sälinger, geboren 1969, ist Kommunikationsberater sowie Gründer und Geschäftsführer der Agentur SÄLINGER Kommunikation. Er studierte Publizistik und Kommunikationswissenschaft sowie Theater-, Film- und Fernsehwissenschaft mit Schwerpunkt Journalismus und Öffentlichkeitsarbeit an der Freien Universität Berlin. Von 2003 bis 2016 war Sälinger als Leiter der Kommunikation und Pressesprecher der Deutschen Bahn AG für Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland tätig. Er war von 2014 bis 2021 Vorsitzender des Vorstands der Gertrud-von-Ortenberg-Bürgerstiftung.



Alois M. Schader, geboren 1928, ist Diplom-Ingenieur und Stifter. Nach dem Studium an der Darmstädter Staatsbauschule und der Technischen Hochschule Darmstadt war er freiberuflich als beratender Bauingenieur tätig. 1988 gründete er die Schader-Stiftung und gehört bis heute deren Vorstand an. Schader wurde 2013 mit der Leibniz-Medaille der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften ausgezeichnet und erhielt 2015 die Johann-Heinrich-Merck-Ehrung der Wissenschaftsstadt Darmstadt. 2019 wurde ihm die Ehrensenatorenwürde der Technischen Universität Darmstadt verliehen.



Dr. Thomas Schäfer, geboren 1967, ist Direktor des Internationalen Musikinstituts Darmstadt (IMD). An der Universität Hamburg (UHH) studierte er Historische und Systematische Musikwissenschaft, Neuere deutsche Literatur und Philosophie. Er ist Mitbegründer der „Arbeitsgruppe Exilmusik“ am Musikwissenschaftlichen Institut der UHH. 1997 promovierte er an der Humboldt-Universität zu Berlin. Von 2000 bis 2008 war Thomas Schäfer Dramaturg für die Musik der Gegenwart am Wiener Konzerthaus und Kurator des Festivals „Wien Modern“.



Prof. Dr. Torsten Schäfer, geboren 1977, ist seit 2013 Professor für Journalismus mit Schwerpunkt Textproduktion an der Hochschule Darmstadt und zudem als Journalist tätig. Nach dem Studium der Politikwissenschaft, European Studies, Lobbying/Public Affairs und Journalistik in Aachen, Brüssel, Tours und Dortmund promovierte er an der RWTH Aachen. Schäfer arbeitete als Dozent, Autor, Text- und Online-Redakteur. Er gründete und leitet das Medienportal „Grüner Journalismus“. Seine Arbeitsschwerpunkte sind unter anderem Umwelt- und Europajournalismus sowie mediale Nachhaltigkeit.



Karl-Christian Schelzke, geboren 1950, ist Geschäftsführer des Verbandes der kommunalen Wahlbeamten in Hessen und Rechtsanwalt. Er studierte Rechtswissenschaften, Politikwissenschaft und Philosophie in Frankfurt am Main und Gießen und war als Strafverteidiger, Staatsanwalt und als Dozent an der Verwaltungsfachhochschule Wiesbaden tätig. 1986 wurde er Referatsleiter im Hessischen Ministerium der Justiz, ab 1989 als Oberstaatsanwalt. Er war Bürgermeister der Stadt Mühlheim am Main und von 1999 bis 2020 Geschäftsführender Direktor des Hessischen Städte- und Gemeindebunds.



Nora Schierenbeck absolvierte 2017 zuerst ihren Bachelor, 2020 dann ihren Master in Psychologie an der Universität Kassel. Nach ihrem Studium war sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin am ISG – Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH in Köln sowie Wissenschaftliche Hilfskraft am Fachgebiet Methodologie qualitativ-rekonstruktiver Forschung der Universität Kassel. Ihr Forschungsinteresse gilt besonders der Psychoanalyse und ihrer Anwendungen im klinischen und sozialwissenschaftlichen Kontext. Von Juni bis August 2019 war Schierenbeck Praktikantin der Schader-Stiftung.



Kjell Schmidt, geboren 1981, ist seit 2016 Geschäftsführer der Regionalpark Rhein-Main gGmbH. Er war zuvor beim Landesbetrieb HessenForst und dort zuletzt als Referent des Projekts „Land mit Zukunft“ der Herbert Quandt-Stiftung sowie der Landesstiftung „Miteinander in Hessen“ tätig. Schmidt studierte Forstwirtschaft an den Hochschulen Rottenburg und Inverness sowie berufsbegleitend Business Administration an der Hochschule Mainz. Zudem war er von 2011 bis 2014 stellvertretender Geschäftsführer des Naturparks Taunus.



Roman Schmitz, geboren 1985, ist seit 2021 Geschäftsführender Dramaturg bei der Stiftung Humboldt Forum im Berliner Schloss und war 2020 dort bereits als Kurator tätig. Er studierte Soziologie an der Universität Trier und war Assistent der Künstlerischen Leitung und Regisseur am Theaterhaus Jena. Nach seinem Studium der Angewandten Theaterwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität Gießen war er von 2014 bis 2019 am Staatstheater Darmstadt drei Jahre persönlicher Referent des Intendanten Karsten Wiegand und ab 2016 Künstlerischer Leiter und Regisseur an den Kammerspielen.



Rolf Schnaufer, geboren 1998, studiert an der Universität Kassel den Masterstudiengang Soziologie mit den Schwerpunkten Digitalisierung, Soziologie des Geldes und angewandte Statistik. Zuvor absolvierte er dort den Bachelorstudiengang Soziologie mit dem Nebenfach Wirtschaftswissenschaften. 2020 war er als Praktikant der Schader-Stiftung tätig.



Dr. Christopher Scholtz, geboren 1972, ist seit 2016 Leiter des Instituts für Personalberatung, Organisationsentwicklung und Supervision (IPOS) der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Zudem leitet er dort die Fachstelle Organisationsentwicklung. Er studierte Evangelische Theologie, Philosophie und Pädagogik in Mainz, Pisa, Frankfurt und Göttingen. Scholtz ist Pfarrer der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, war Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Goethe-Universität Frankfurt und von 2014 bis 2016 Studienleiter für Religion und Politik an der Evangelischen Akademie Frankfurt.



Dr. Anne Schreiter, geboren 1984, ist seit 2016 Geschäftsführerin der German Scholars Organization e.V. (GSO). Sie studierte Gesellschafts- und Wirtschaftskommunikation an der Universität der Künste Berlin sowie Chinesische Sprache und Kultur in Nanjing und Shanghai. Nach ihrer Promotion in St. Gallen im Fach Organisationssoziologie forschte sie ein Jahr als Postdoc an der University of California, Berkeley. Sie engagiert sich bei der Planck-Academy, dem Science Blog Elephant in the Lab, dem Netzwerk Wissenschaftsmanagement und ist 2021 Einheitsbotschafterin für den Freistaat Sachsen.



Philipp Schulz, geboren 1995, ist Doktorand am Geographischen Institut der Universität Heidelberg. In seinem Promotionsprojekt untersucht er die Bedeutung digitaler Plattformen für das Zustandekommen und die Pflege sozialer Beziehungen im urbanen Raum. Philipp Schulz studierte Geographie an der Universität Heidelberg. Im Rahmen des Sommercamps 2019 der Schader-Stiftung „Echt kommunikativ?“ entwickelte er mit seiner Arbeitsgruppe das Projekt „Be Local“, eine lokal-globale Begegnungsplattform. Er war von 2019 bis 2021 kooptiertes Mitglied im Kleinen Konvent der Schader-Stiftung.



Dr. Matthias Schulze-Böing, geboren 1954, war von 1995 bis 2020 Leiter des Amtes für Arbeitsförderung, Statistik und Integration der Stadt Offenbach und von 2005 bis 2020 zusätzlich Geschäftsführer des Kommunalen Jobcenters. Er ist Lehrbeauftragter an der Hochschule Fulda. Von 1974 bis 1980 studierte er Soziologie und Volkswirtschaftslehre an der Goethe-Universität Frankfurt und promovierte an der Freien Universität Berlin. Er ist Vorstandsvorsitzender des Vereins Beschäftigungspolitik: kommunal e.V. und Wissenschaftlicher Beirat des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt.



Dr. Sophie Seher, geboren 1982, ist seit 2017 Leiterin der Arbeitsstelle für Kultur- und Religionssensible Bildung am Zentrum für Religionspädagogische Bildungsforschung der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Sie studierte Kunstgeschichte und Psychologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und promovierte dort 2012. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Bildungs- und Erziehungspartnerschaften in pädagogischen Einrichtungen sowie gesellschaftliche Vielfaltsgestaltung und Chancengerechtigkeit.



Christel Shelton, geboren 1968, ist Polizeihauptkommissarin beim Polizeipräsidium Südhessen in Darmstadt. Ihr spezieller Aufgabenbereich ist die Städtebauliche Kriminalprävention und das Hessische Präventionsprogramm KOMPASS. Christel Shelton gehört darüber hinaus dem Personal-Pool für polizeiliche Auslandsmissionen an. So war sie unter anderem 15 Monate im UN-Einsatz im Kosovo und für die Grenzschutzorganisation Frontex in Flüchtlingslagern auf den Inseln Samos und Lesbos (Camp Moria) eingesetzt.



Hanns-Jörg Sippel, geboren 1957, ist Sozialwissenschaftler und Vorstandsvorsitzender der Stiftung Mitarbeit. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Demokratieentwicklung, politische Partizipation und E-Partizipation sowie die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements durch webgestützte Informations- und Serviceleistungen. Sippel ist Mitglied im Netzwerkrat des Netzwerks Bürgerbeteiligung und im Koordinierungsausschuss des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement.



Tatiana Soto Bermudez, geboren 1992, ist seit Mai 2021 Wissenschaftliche Referentin der Schader-Stiftung. Sie studierte in Kooperation mit IBM Wirtschaftsinformatik im Bachelor an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg in Mannheim. Später absolvierte sie ein Masterstudium der Umweltsystemwissenschaften mit Schwerpunkt Nachhaltigkeitsmanagement an der Karl-Franzens-Universität in Graz, Österreich. Bei der Schader-Stiftung ist sie im Projekt „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung (s:ne)“ tätig und verantwortlich für die Darmstädter Tage der Transformation.



Luise Spieker, geboren 1992, ist seit Juni 2021 Studentische Mitarbeiterin der Schader-Stiftung im Projekt „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung (s:ne)“. Sie studiert Politische Theorie an der Goethe-Universität Frankfurt und der Technischen Universität Darmstadt. Im Bachelor studierte sie Politikwissenschaften und Amerikanistik mit einem Schwerpunkt auf epistemischer Ungerechtigkeit. 2020 war Spieker Praktikantin der Schader-Stiftung und vertrat diese in der Jury des Lehrpreises Politikwissenschaft der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft und der Schader-Stiftung.



Dr. Rainer Sprengel, geboren 1960, leitet den Bereich Information und Kommunikation des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement. Er studierte Soziologie, Politik und Romanistik in Hannover und Nancy, Frankreich, sowie später Bibliotheks- und Informationswissenschaft in Berlin. 1994 promovierte er zum Raumbegriff und Diskurs der Geopolitik an der Universität Hannover. Seine Arbeits- und Forschungsschwerpunkte sind seit 1998 Bürgerschaftliches Engagement, Stiftungswesen, Zivilgesellschaft und Engagementpolitik in Deutschland und international.



Prof. Dr. Christian Stegbauer, geboren 1960, ist außerplanmäßiger Professor für Soziologie an der Goethe-Universität Frankfurt. Er studierte Soziologie, Sozialpsychologie, Statistik und Wirtschaftsgeographie in Frankfurt. Es folgten Tätigkeiten an der Technischen Universität Darmstadt, bei Nielsen-Marketing Research und an der Universität Frankfurt. Er ist Mitbegründer der Sektion Soziologische Netzwerkforschung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Mitinitiator der Initiative interdisziplinäre Netzwerkforschung und Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Netzwerkforschung.



Prof. Dr.-Ing. Ursula Stein ist Inhaberin von Büro Stein, Stadt- und Regionalplanung. Sie studierte Raumplanung an der Universität Dortmund, wo sie 2006 zum Thema Lernende Stadtregion promovierte. Seit 2005 ist sie Honorarprofessorin für Kommunikation in der Planung an der Universität Kassel. Ihre Schwerpunkte sind Strategien für Städte und Regionen, Prozessgestaltung für kooperative Planung sowie Organisationsentwicklung in planenden Institutionen, unter anderem der Strukturwandel im Rheinischen Braunkohlerevier. Sie gehört seit November 2020 dem Kleinen Konvent der Schader-Stiftung an.



Dr. Felix Streiter, geboren 1972, ist seit 2020 Geschäftsführer der Carl-Zeiss-Stiftung. Nach seinem Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften in Bayreuth, Genf, Freiburg und an der Duke University promovierte er an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg zum Thema Wissenschaftsförderung durch Mittlerorganisationen. Er hatte von 2008 bis 2019 bei der Stiftung Mercator verschiedene Führungspositionen inne, zuletzt als Leiter des Bereichs Wissenschaft. Zuvor war er bei der Alexander von Humboldt-Stiftung als Referatsleiter in den Abteilungen Strategie und Förderprogramme tätig.



Prof. Dr. Georgios Terizakis, geboren 1975, ist Professor für Politikwissenschaft an der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung. Nach seinem Studium und der Promotion an der Technischen Universität Darmstadt arbeitete er bei der Landeshauptstadt Hannover und anschließend als Hochschul-Praxis-Koordinator im LOEWE-Forschungsschwerpunkt „Eigenlogik der Städte“ sowie als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt. Von 2017 bis 2019 war er Dozent für Sozialwissenschaften an der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz.



Dr. Daniel Theobald, geboren 1981, ist seit 2017 Leiter des Geschäftsbereichs Unternehmen und Standort der Industrie- und Handelskammer Darmstadt Rhein Main Neckar. Er studierte Raum- und Umweltplanung in Kaiserslautern mit Schwerpunkt Stadt- und Regionalentwicklung sowie EU-Strukturpolitik. Zudem promovierte er an der Technischen Universität Dortmund zur Evolution von Governance-Strukturen der europäischen Metropolregionen in Deutschland. Daniel Theobald war 2006 Praktikant der Schader-Stiftung im Projekt „Stadtumbau und Kulturwirtschaft“.



Prof. Dr. Peter F. Titzmann, geboren 1973, ist seit 2016 Professor für Entwicklungspsychologie an der Leibniz Universität Hannover. Er studierte in Greifswald Psychologie und promovierte an der Universität Jena. Bis 2015 war er Assistenzprofessor für Lebenslauf und Kompetenzentwicklung im Kindes- und Jugendalter an der Universität Zürich, dann Professor für Psychologie an der Pädagogischen Hochschule Weingarten. Seine Forschung bezieht sich vor allem auf den Kontext von Migration, Akkulturation und normativer Entwicklung. Er gehört seit 2021 dem Kleinen Konvent der Schader-Stiftung an.



Canan Topçu, geboren 1965, ist Dozentin, Journalistin und Moderatorin mit Schwerpunkt auf den Themen Migration, Integration, Partizipation, Medien, Islam und muslimisches Leben in Deutschland. Sie studierte Geschichte und Literaturwissenschaft an der Universität Hannover. Canan Topçu lehrt an der Hochschule Darmstadt und an der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung.



Rolf Toyka, geboren 1950, ist Berater mit dem Schwerpunkt Kommunikation im Themenfeld Architektur und Städtebau. Der diplomierte Architekt war bis 2015 Geschäftsführer der Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen (AKH) und Leiter der Akademie der AKH. Er studierte an der Technischen Universität Braunschweig und der ETH Zürich. Toyka war als Architekt in Architekturbüros und als Stadtbaumeister tätig. Er hatte Lehraufträge an verschiedenen Hochschulen inne, zuletzt für Marketing und PR für Architekten an der Fachhochschule Frankfurt, und ist Autor von Fach-, Schul- und Kindersachbüchern.



Dr. Leonie Treber, geboren 1980, ist Geschäftsführerin des Verbands der Historiker und Historikerinnen Deutschlands e.V. Nach ihrem Studium in Geschichte, Literatur- und Sprachwissenschaften und Soziologie an der Technischen Universität Darmstadt promovierte sie 2012 an der Universität Duisburg-Essen im Fachgebiet Geschichte. Ein Fokus ihrer Arbeit ist der „Mythos der Trümmerfrauen“. In verschiedenen Positionen war Treber unter anderem in den Bereichen Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit der Technischen Universität Darmstadt tätig.



Prof. Dr. Annette Treibel, geboren 1957, ist seit 1996 Professorin für Soziologie am Institut für Transdisziplinäre Sozialwissenschaft der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe. Seit 2018 ist sie Studiengangleiterin des dortigen Masterstudiengangs Interkulturelle Bildung, Migration und Mehrsprachigkeit. Seit 2011 gehört sie dem Rat für Migration an. Sie ist seit 2017 Mitglied im Konzil der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS), dem sie bereits von 2005 bis 2013 angehörte. Ihre Schwerpunkte sind Migrations- und Geschlechterforschung, Zivilisationstheorie und Öffentliche Soziologie.



Anna-Lena Treitz, geboren 1996, ist seit 2018 Studentische Mitarbeiterin der Schader-Stiftung. Seit 2019 verantwortet sie schwerpunktmäßig die Organisation des Großen Konvents und des Kleinen Konvents der Stiftung und seit 2020 den Podcast „In guter Gesellschaft“. Zuvor war sie bereits Praktikantin der Schader-Stiftung. Treitz studierte Soziologie und Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, schloss mit dem Bachelor ab und absolviert nun dort ihr Masterstudium im Fach Soziologie.



Salman Tyyab, geboren 1984, ist Fernsehjournalist, Unternehmer und Kommunikationsberater. Er studierte Medienkommunikation und Journalismus an der Fachhochschule des Mittelstands in Bielefeld und schloss 2009 damit ab. Anschließend volontierte er in Günther Jauchs Firma i&u TV und war dort bis 2015 als stern TV-Redakteur tätig, wechselte dann als Chefredakteur zu Muslim Television Ahmadiyya (MTA). 2021 gründete er die Medienagentur dieMedienexperten.de und konzipiert zusammen mit seinen Expert*innen mediale Projekte mit gesellschaftlichen Schwerpunkten und setzt diese um.



Prof. Dr. Gotlind Ulshöfer ist Professorin für Diakoniewissenschaft, diakonische Praxis und Ethik an der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg und stellvertretende Leiterin des Frauenbegegnungszentrums EVA Frankfurt. Sie ist habilitierte Theologin, Pfarrerin und Volkswirtin. Von 2001 bis 2016 war sie Studienleiterin der Evangelischen Akademie Frankfurt, danach DFG-Heisenberg-Stipendiatin mit dem Projekt „Ethik der Macht im digitalen Zeitalter“ an der Universität Tübingen. Ulshöfer hatte Gast- und Vertretungsprofessuren in New York, Zürich, Bamberg, Tübingen und Neuendettelsau inne.



Prof. Dr. Joachim Valentin, geboren 1965, ist seit 2005 Direktor des Hauses am Dom - Katholische Akademie Rabanus Maurus und außerplanmäßiger Professor für Christliche Religions- und Kulturtheorie an der Goethe-Universität Frankfurt. Er studierte Katholische Theologie und Philosophie in Freiburg i.Br., promovierte im Fach Fundamentaltheologie und ist Pastoralreferent. Er war Wissenschaftlicher Assistent für Religionsgeschichte in Freiburg und habilitierte sich dort. Valentin ist Vorsitzender des Frankfurter Rates der Religionen.



Matthias Wanner ist seit 2013 Wissenschaftlicher Assistent und Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, seit 2018 in der Abteilung Nachhaltiges Produzieren und Konsumieren. Er studierte Psychologie und Politikwissenschaften in Münster und promoviert als Stipendiat der Heinrich-Böll-Stiftung an der Leuphana Universität Lüneburg. Von 2015 bis 2018 war er am Zentrum für Transformationsforschung und Nachhaltigkeit der Universität Wuppertal tätig. 2021 erhielt er den Forschungspreis „Transformative Wissenschaft“ der Zempelin-Stiftung und des Wuppertal Instituts.



Dennis Weis, geboren 1987, ist seit 2018 Wissenschaftlicher Referent der Schader-Stiftung. Er studierte Internationale Entwicklungszusammenarbeit an der Universität Wien und schloss seinen Master of Science im Fach International Public Management and Policy an der Erasmus Universität zu Rotterdam ab. In der Schader-Stiftung ist er schwerpunktmäßig für das Projekt „Integrationspotenziale finden Stadt“ zuständig und betreut weitere Projekte zu internationaler Politik und internationalen Beziehungen sowie Social-Media-Kanäle.



Prof. Dr.-Ing. Thomas Weith ist Leiter der Arbeitsgruppe „Co-Design von Wandel und Innovation“ am Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF), wo er seit 2009 tätig ist. Er studierte Landschaftsplanung an der Technischen Universität Berlin und promovierte dort. Zudem ist er seit 2015 außerplanmäßiger Professor für Raumplanung und Umweltentwicklung an der Universität Potsdam. Räumliche Schwerpunkte seiner Arbeit sind derzeit Europa, China und Indonesien. Er ist Mitglied der ARL Akademie für Raumentwicklung (ARL) und der International Society of City and Regional Planners (ISOCARP).



Prof. Julian Wékel ist Wissenschaftlicher Sekretär der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, Berlin, und leitet das Institut für Städtebau und Wohnungswesen München. Er studierte Architektur und Städtebau in Wien und Berlin, war leitender Stadtplaner in Hamburg, Frankfurt und Berlin und lehrte unter anderem in Paris, Saigon und Berkeley. Von 2001 bis 2016 war Wékel Professor für Entwerfen und Stadtplanung an der Technischen Universität Darmstadt. Er gehört dem Kuratorium Nationale Stadtentwicklungspolitik an und war bis 2020 Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung.



Rüdiger Wiechers, geboren 1943, ist Diplom-Kaufmann und Stiftungsvorstand der 2005 von ihm gegründeten Wiechers Stiftung Städte für Menschen. Er studierte Betriebswirtschaft an der Universität Münster. Wiechers war unter anderem Direktor für Marketing der Landesbausparkasse Münster und Vorstand für Vertrieb und Marketing der Allianz Dresdner Bauspar AG in Bad Vilbel. Zudem war er Dozent an der European Business School und Stadtrat für Stadtentwicklungs- und Wirtschaftsförderungsfragen in Bad Vilbel.



Karsten Wiegand, geboren 1972, ist seit 2014 Intendant des Staatstheaters Darmstadt. Er studierte Germanistik, Politikwissenschaft und Betriebswirtschaftslehre in München und Berlin. Seine Theaterlaufbahn begann er 1994 als Dramaturg für Schauspiel und Musiktheater am Hans Otto Theater in Potsdam und arbeitete dann als freier Regisseur unter anderem am Theater Bremen, der Oper Hannover, dem Staatsschauspiel und der Staatsoper Stuttgart und der Staatsoper Berlin. Von 2008 bis 2013 war er Operndirektor des Deutschen Nationaltheaters Weimar. 2001 erhielt er den Bayerischen Theaterpreis.



Karin Wolff, geboren 1959, ist seit Oktober 2019 Geschäftsführerin der Gemeinnützigen Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH. Sie studierte Geschichte und Theologie in Mainz und Marburg. Von 1995 bis 2019 war sie Landtagsabgeordnete, von 1999 bis 2008 Hessische Kultusministerin und von 2003 bis 2008 stellvertretende Ministerpräsidentin. Ab 1989 war Wolff mehrfach Stadtverordnete der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Sie gehört unter anderem dem Kuratorium der Evangelischen Hochschule Darmstadt und dem Stiftungsrat der Schader-Stiftung an, seit 2018 als stellvertretende Vorsitzende.



Koray Yilmaz-Günay ist Co-Geschäftsführer der Dachorganisation Migrationsrat Berlin, in dem über 80 Migrant*innen-Selbstorganisationen Mitglied sind. Er gründete 1999 gemeinsam mit vielen anderen eine Türk-Gay-Gruppe in Berlin, aus der später GLADT wurde, die Gays and Lesbians aus der Türkei. Zudem arbeitet er beim Flüchtlingsrat Brandenburg und in der politischen Bildung. Yilmaz-Günay ist Publizist und betreibt seit 2015 seinen eigenen Verlag, den Verlag Yilmaz-Günay.



Prof. Dr. Hanna Zapp ist selbständige Beraterin in den Bereichen Strategieentwicklung, Mediation und Coaching. Sie absolvierte ein Studium in Evangelischer Theologie, Philosophie und Germanistik und promovierte an der Universität Koblenz-Landau in den Fächern Pädagogik und Soziologie. Als Oberkirchenrätin war sie Leiterin der Personal- und Organisationsentwicklung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Von 2010 bis 2020 lehrte sie in den Studiengängen „Integrative Heilpädagogik“ und „Management in Sozialen Organisationen“ an der Evangelischen Hochschule Darmstadt.



Christian Ziegler, geboren 1983, ist Ingenieur und bei der Unternehmensgruppe fischer verantwortlich für die Themen Nachhaltigkeit, Umwelt und Energie. Er hatte die Projektleitung zur Einführung und Etablierung des Nachhaltigkeitsmanagements bei der Unternehmensgruppe fischer inne, samt jährlicher Veröffentlichung eines Nachhaltigkeitsberichtes nach CSR-Richtlinie und Durchführung von Stakeholder-Workshops unter Einbeziehung des Tools der Wesentlichkeitsanalyse. Ziegler ist Lehrbeauftragter an der Universität Stuttgart zum Thema „Sustainability in High-Tech-Unternehmen“.



Jan Zillich, geboren 1997, studiert den Bachelorstudiengang Angewandte Sozialwissenschaften an der Hochschule Darmstadt mit der Vertiefungsrichtung „Innovation und Evaluation“. Ein Studienschwerpunkt sind die Methoden empirischer Sozialforschung. Jan Zillich war von Oktober bis Dezember 2021 Praktikant der Schader-Stiftung.



Prof. Dr. Birgit Zimmermann, geboren 1969, ist Professorin und Studiengangleiterin der Lebensmittelverfahrenstechnik an der Wilhelm Büchner Hochschule Darmstadt. Sie studierte Oecotrophologie an der Justus-Liebig-Universität Gießen und wurde 1999 an der Universität Hohenheim promoviert. Sie war Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Tierernährung der Universität Hohenheim und arbeitete als PR-Beraterin mit Schwerpunkt Gesundheitskommunikation. Schwerpunkte liegen in den Bereichen Life Sciences, Digitalisierung und Nachhaltigkeit in der Food-Branche sowie Nachhaltige Ernährung.

7

Wahl zum Kleinen Konvent



Die Mitglieder des Großen Konvents wählen jeweils bei ihrer Jahrestagung im Herbst aus den Reihen der Gesellschaftswissenschaftler*innen einen Kleinen Konvent, der als zentrales Beratungs- und Begutachtungsgremium die Aufgabe hat, mit dem Vorstand gemeinsam die kommende Konventstagung vorzubereiten, Kooperationsanträge zu begutachten und die Stiftung in wissenschaftlichen Fragen zu beraten.

Der Kleine Konvent besteht aus sechs Personen und soll ein weiteres Mitglied als Vertretung der nächsten akademischen Generation kooptieren. Am 6. November 2020 wurde ein Mitglied des Kleinen Konvents durch den Großen Konvent für die Amtszeit 2021/22 bestätigt und zwei Mitglieder wurden neu gewählt:

- *Prof. Dr. Roger Häußling*
RWTH Aachen
- *Prof. Dr. Gisela Kubon-Gilke*
Evangelische Hochschule Darmstadt (seit 2018)
- *Prof. Dr.-Ing. Ursula Stein*
Büro Stein Stadt- und Regionalplanung, Frankfurt am Main

Die Wahl zum Kleinen Konvent unterliegt folgenden Grundregeln:

- Wählbar sind Gesellschaftswissenschaftlerinnen und Gesellschaftswissenschaftler im Verständnis von § 2 (2) der Satzung.
- Es muss mindestens je ein Mitglied des Kleinen Konvents dem Bereich der Soziologie, der Politikwissenschaft sowie der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft angehören.
- Es dürfen nicht gleichzeitig mehrere Mitglieder des Kleinen Konvents einer Hochschule oder einem Institut angehören.
- Gewählt werden immer drei Mitglieder auf jeweils zwei Jahre.
- Das passive Wahlrecht ist nicht an die Präsenz bei der Tagung des Großen Konvents gebunden.
- Das aktive Wahlrecht kann nur persönlich während der Tagung des Großen Konvents wahrgenommen werden.

- Um gewählt zu werden, muss eine Person mindestens die Hälfte der abgegebenen Stimmen erreichen.
- Eine direkte Wiederwahl ist zweimalig möglich.
- Die Wahlliste wird von Vorstand und amtierendem Kleinen Konvent aufgestellt.

Eine Aufgabe des Kleinen Konvents ist es, ein Mitglied der nächsten akademischen Generation aus dem Bereich der Gesellschaftswissenschaften zu kooptieren. Für dieses stimmberechtigte Mitglied gilt eine Berufungszeit von zwei Jahren.

Im Oktober 2021 wurde als Mitglied der nächsten akademischen Generation für die Amtszeit 2022/23 in den Kleinen Konvent kooptiert:

- *Dr. Marilena Geugjes*
Hessische Hochschule für Polizei und Verwaltung, Wiesbaden

Die Wahl zum Kleinen Konvent wurde ordnungsgemäß während der Jahrestagung des Großen Konvents am 29. Oktober 2021 vollzogen. Im Fall von Anselm Hager (er gehört dem Kleinen Konvent seit 2019 an), Caroline Y. Robertson-von Trotha (seit 2017) und Ulrike Röttger (seit 2019) fand eine Wiederwahl statt, Peter F. Titzmann kandidierte erstmals. Bei Peter F. Titzmann handelt es sich um eine Nachwahl für die noch ein Jahr dauernde Amtszeit von Frau Prof. Dr. Gisela Kubon-Gilke, die zu unserem großen Bedauern aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig aus dem Kleinen Konvent ausscheidet. Die Kandidierenden hatten Gelegenheit, sich persönlich vorzustellen. Die Wahlhandlung erfolgte in diesem Jahr über ein digitales Tool.

Jedes Mitglied des Großen Konvents hatte vier Stimmen. Dabei entfielen auf die Kandidierenden Stimmen in folgender prozentualer Verteilung:

Prof. Anselm Hager Ph.D.	96 %
Prof. Dr. Caroline Robertson-von Trotha	94 %
Prof. Dr. Ulrike Röttger	92 %
Prof. Dr. Peter F. Titzmann	92 %

Prof. Anselm Hager Ph.D., geboren 1988, ist seit 2019 Juniorprofessor für Internationale Politik an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er studierte an der London School of Economics und promovierte an der Columbia University, New York. Ab 2017 war er Juniorprofessor für Political Economy an der Universität Konstanz. Zudem ist er Gastwissenschaftler am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Er evaluiert Entwicklungsprojekte im subsaharischen Afrika. Hager ist seit 2019 Mitglied im Kleinen Konvent der Schader-Stiftung.

„Ich beschäftige mich mit internationaler Politik und möchte das auch weiterhin sehr gerne in die Arbeit der Stiftung einbringen. Es sind vor allem zwei Themen, die mich in meiner Forschung umtreiben: die Entwicklungszusammenarbeit und Integration bzw. lokal gedachte Migration. Zuletzt war ich auch Mitglied im Fachbeirat Integration der Stiftung. Gemeinsam mit den anderen Mitgliedern des Kleinen Konvents setze ich gerne Impulse für die Arbeit der Stiftung. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie mir dafür weiterhin Ihr Vertrauen aussprechen würden.“

Prof. Anselm Hager Ph.D.

Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha, geboren 1951, war Gründungsdirektorin und bis 2021 Wissenschaftliche Leiterin des Zentrums für Angewandte Kulturwissenschaft und Studium Generale am Karlsruher Institut für Technologie. Sie ist Koordinatorin des deutschen Netzwerks der Anna Lindh Stiftung, Mitglied im Fachausschuss Kultur

der deutschen UNESCO-Kommission und seit 2013 Vorsitzende des Wissenschaftlichen Initiativkreises Kultur und Außenpolitik am Institut für Auslandsbeziehungen. Seit 2017 ist sie Mitglied und seit März 2020 Sprecherin des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung.

„Ich habe schwerpunktmäßig zu Migrations- und Integrationsfragen, aber auch zu den Themen Kulturwandel und Globalisierung gearbeitet. Die Verbindung zwischen Wissenschaft und Zivilgesellschaft, die ein großes Anliegen der Schader-Stiftung ist, beschäftigt mich auch in meinem Ehrenamt bei der Anna Lindh Stiftung. Ich hoffe, dass ich auch in den nächsten zwei Jahren im Kleinen Konvent etwas zu dieser Verbindung beitragen kann. Denn sowohl die Zusammenarbeit mit dem Team der Stiftung als auch mit den Mitgliedern des Kleinen Konvents macht mir viel Spaß.“

Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha

Prof. Dr. Ulrike Röttger, geboren 1966, ist seit 2003 Professorin für Public Relations-Forschung an der Universität Münster. Sie studierte Journalistik und Raumplanung, war Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fachhochschule Hannover und am Institut für Journalistik der Universität Hamburg sowie Assistentin und Oberassistentin am Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich. Von 2008 bis 2010 war sie Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Seit 2019 gehört sie dem Kleinen Konvent der Schader-Stiftung an.

„Ich durfte bereits die vergangenen zwei Jahre die Schader-Stiftung als Mitglied im Kleinen Konvent begleiten und würde mich sehr freuen, wenn ich auch die nächsten zwei Jahre in diesem Gremium mitwirken dürfte. Ich halte es in diesen Zeiten mehr denn je für bedeutsam, die gesellschaftliche Relevanz der Gesellschaftswissenschaften darzustellen und erfahrbar zu machen. Interdisziplinarität und der kontinuierliche Dialog mit der nicht-wissenschaftlichen Praxis sind dabei nach meiner Erfahrung unverzichtbar und spielen in meiner Forschung z.B. zur Verantwortungskommunikation von Unternehmen oder zur strategischen Kommunikation im Lokalen eine wesentliche Rolle.“

Prof. Dr. Ulrike Röttger

Prof. Dr. Peter F. Titzmann, geboren 1973, ist seit 2016 Professor für Entwicklungspsychologie an der Leibniz Universität Hannover. Er studierte an der Universität Greifswald Psychologie und promovierte an der Universität Jena. Von 2012 bis 2015 war er Assistenzprofessor für Lebenslauf und Kompetenzentwicklung im Kindes- und Jugendalter an der Universität Zürich. Anschließend hatte Titzmann eine Professur für Psychologie an der Pädagogischen Hochschule Weingarten inne. Seine Forschung bezieht sich vor allem auf das Zusammenspiel aus Migration, Akkulturation und normativer Entwicklung.

„Ich kann in der Schader-Stiftung Expertise in psychologischen Fragen einbringen. Als Entwicklungspsychologe forsche ich auch zu Fragen der Integration, aber aus anderer Perspektive: Etwa beschäftige ich mich damit, wie sich Jugendliche mit Migrationshintergrund positiv entwickeln können, wie sie Resilienz aufbauen können und wie Gesellschaften Diversität als Ressource begreifen können. Ich hoffe, den Kleinen Konvent und die Schader-Stiftung mit diesen Themen weiterzubringen.“

Prof. Dr. Peter F. Titzmann



Vorstand und Kleiner Konvent der Schader-Stiftung danken dem Team für die Durchführung des Großen Konvents 2021. Im Bild (v.l.n.r.): Justus Heinecker, Simone Munding, Christopher Hamich, Tatiana Soto Bermudez, Peter Lonitz, Kirsten Mensch, Dennis Weis, Alexander Hinz, Michèle Bernhard, Alexander Gemeinhardt, Jens Hübertz, Johanna Lanio, Luca Müller, Anna-Lena Treitz, Laura Pauli, Karen Lehmann, Luise Spieker, Nora Schierenbeck, Jan Zillich, Aylin Klisura, Rolf Schnauffer, Till Miethe und Cedric Faust.

Einmal jährlich treffen sich zum Großen Konvent Partner*innen der Schader-Stiftung, um ganz konkret über gesellschaftliche Entwicklungen zu sprechen, Herausforderungen und Aufgaben für die Gesellschaftswissenschaften zu benennen und daraus Themen für die zukünftige Stiftungsarbeit abzuleiten. Die Veranstaltung dient dem Dialog und der Vernetzung, aber auch der Orientierung unserer Arbeit als Stiftung. Sie soll relevante Themen zutage fördern und Motivation sein, gemeinsam daran weiterzuarbeiten.

Der neunte Große Konvent am 29. Oktober 2021 beschäftigte sich mit „Normalität als Experiment“. Wir fragen uns und Sie, was normal ist; wen oder was zählen wir zu unserer Normalität? Wer entscheidet über Normalität und Devianz? Welche Folgen haben diese formalen oder informellen Differenzierungen? Und darüber hinaus: Was ist paranormal, was deviant, was experimentell? Was können Experimente leisten und an Erkenntnis generieren? Welche Experimente braucht unsere Gesellschaft? Es diskutierten rund 150 Teilnehmende vor Ort im Schader-Forum und in der Digitalen Dependence.

Die vorliegende Dokumentation informiert über den Großen Konvent 2021, die Teilnehmenden und die Wahl zum Kleinen Konvent.

Weitere Informationen unter
www.schader-stiftung.de/GrKo21

ISBN 978-3-932736-56-8